



„Kristallnacht“
auch in Königsberg

(Seite 7)

Die Geburt der
Ersten Republik

(Seiten 8 und 9)

Tribüne der
Meinungen

(Seiten 10, 11 und 16)

In Eger wird die Wahrheit zu Grabe getragen

Auf dem städtischen Friedhof von Eger (Cheb) werden gerade tausende Pappschachteln mit den Gebeinen von toten Deutschen unter die Erde gebracht. Seit 13. November setzen Mitarbeiter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) die vor zweieinhalb Jahren in einer Lagerhalle bei Aussig entdeckten Überreste von rund 5500 toten Deutschen bei. Nach langen Verhandlungen und mehreren gescheiterten Versuchen sollen die Toten nun endlich eine würdige letzte Ruhestätte finden. Tatsache ist aber auch: In Eger wird gerade die Wahrheit zu Grabe getragen. Zwar hat der VDK in der Ankündigung der Beisetzung darauf hingewiesen, daß es sich bei den Gebeinen um die sterblichen Überreste deutscher Soldaten und von etwa 450 Zivilisten, die während des Zweiten Weltkrieges in Tschechien umgekommen waren, handelt. Doch die ganze Wahrheit wurde verschwiegen: Daß nämlich zumindest ein Teil dieser Zivilisten den tschechi-

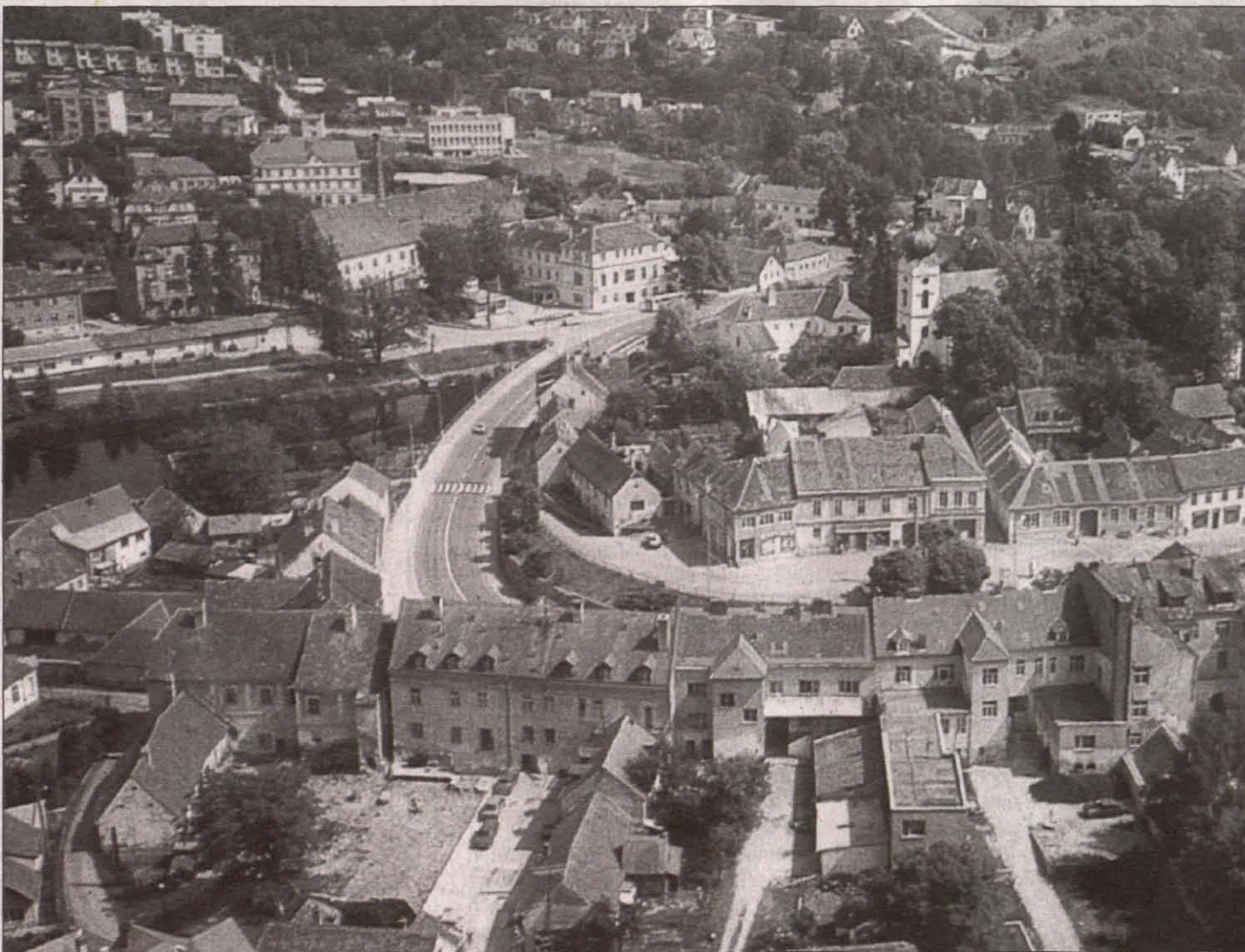
schen Nachkriegsverbrechen zum Opfer gefallen war. VDK-Sprecher Fritz Kirchmeier sagte gegenüber der „Sudetenpost“, daß die Zahl der Zivilisten durchaus noch höher sein könnte. Bei den angegebenen 450 sei es aber eindeutig nachgewiesen. In früheren Informationen des VDK war von etwa einem Drittel die Rede gewesen. Einen gesonderten Hinweis, daß hier neben tatsächlich im Krieg gefallenen Wehrmachtssoldaten auch nach dem Krieg ermordete Soldaten und Zivilisten auf einem Soldatenfriedhof begraben werden, gab es bei der Beisetzungsfeier nicht. Auch wurde dazu kein Vertreter einer Vertriebenenorganisation oder der deutschen Minderheit in Tschechien eingeladen. Ob die Wahrheit unter der Erde bleibt oder doch noch „exhumiert“ wird, steht freilich nicht endgültig fest. Auf dem Friedhof gibt es nämlich noch keine Gedenktafel und daher auch keine Inschriften. „Es gibt keinen Text, noch nicht einmal einen Entwurf“, so Kirchmeier. Da es sich

aber um Einzelgräber handeln wird, müsse eine der Realität entsprechende Formulierung gefunden werden. Daß dann zum Beispiel auf einem Grab der Hinweis auf Opfer eines nach dem Krieg verübten Massakers stehen wird, ist aber höchst fraglich. Denn, so Kirchmeier: „Wir müssen eine Lösung finden, aber diese muß auch von der tschechischen Seite akzeptiert werden.“ Bislang ist in den Presseaussendungen des VDK und in den Medienberichten allgemein die Rede von „deutschen Kriegstoten“, ohne daß auf deren individuelles Schicksal näher eingegangen wird. Es wird somit der Eindruck erweckt, daß es sich um – militärische und zivile Kriegsopfer handelt.

Daß ein Teil der Opfer keinesfalls bei Kriegshandlungen, sondern im Zuge von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestorben ist, wird geflissentlich verschwiegen.

Lesen Sie dazu den ausführlichen Bericht auf Seite 4.

DAS BILD DER HEIMAT



Frain an der Thaya, Bezirk Znaim, 1990. Der Markt geht auf eine Grenzburg zurück, die seit dem 12. Jahrhundert bestand.

Dreist

VON MANFRED MAURER

ES IST DIESE DREISTE ART tschechischer Politik, die unsereinen auf die Palme bringt.

DA STRAHLE DER Österreichische Rundfunk aus Anlaß des 30. Jahrestages der Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf einen Spielfilm aus, in dem es um einen fiktiven Unfall im tschechischen Atomkraftwerk Dukovany ging, und aus Prag hagelt es Proteste. Der ORF hat ein bißchen mit den Ängsten der Österreicher gespielt, konnte sich daher hoher Einschaltquoten und wohlwollender Kritik sicher sein. Zu keinem Zeitpunkt wurde jedoch der Anspruch erhoben oder der Eindruck erweckt, als handelte es sich hier um die Dokumentation eines realen Geschehens.

UND TROTZDEM GRIFF Staatschef Klaus zum Hörer und deponierte seinen Unmut beim Wiener Kollegen Fischer. Und trotzdem stand Jan Koukal, tschechischer Botschafter in Wien, gleich am Tag nach der Ausstrahlung auf der Matte, um gegen das simple Filmchen zu protestieren. Er redet von einer Schädigung der österreichisch-tschechischen Beziehungen und findet es „direkt unmoralisch, auf diese Weise die österreichische Öffentlichkeit zu verwirren und zu erschrecken“. Was, bitte sehr, geht es einen tschechischen Botschafter an, wenn ein österreichischer Sender die österreichische Bevölkerung verwirrt? Daß in einem tschechischen Atomkraftwerk – siehe Pannenserie in Temelin – einmal was Gröberes passieren könnte, ist ja nicht so an den Haaren herbeigezogen, als daß man sich nicht mit dem Gedanken daran filmisch auseinandersetzen könnte. In der tschechischen Administration scheint sich aber noch nicht ganz herumgesprochen zu haben, daß die Zeiten, in denen Regierungen intervenieren konnten, wenn ihnen ein mediales Produkt nicht in den Kram paßte, vorbei sind. Willkommen in Europa, Herr Klaus, Herr Koukal!

DIESE ANGELEGENHEIT wäre nicht der Rede wert, stünde sie nicht in einer langen Reihe tschechischer Anmaßungen. Die tschechische Außenpolitik ist getragen von dieser Dreistigkeit, die Prag dazu befähigt, sich als Netto-Empfänger von EU-Transferleistungen in die Rolle des Ton-Angebers zu drängen. Tschechen (und Polen) schnapsen sich mit den Amerikanern ein Raketenabwehrsystem aus, ohne sich auch nur einen Deut um sicherheitspolitische Bedenken anderer europäischer Staaten zu kümmern. Nur die eigenen strategischen und ökonomischen Vorteile, die man sich in Washington ausgehandelt hat, zählen.

ES IST DIESE DREISTIGKEIT, die auch in der Beisetzung der Opfer tschechischer Nachkriegsverbrechen auf einem Soldatenfriedhof in Eger überschattet: Daß ein Teil der verscharrten Gebeine von Zivilisten stammt, die unter untersuchungswürdigen Umständen gestorben sind, hat niemanden interessiert. Tschechien konnte aber den Mantel des Verschweigens nur deshalb über diese Opfer breiten, weil alle brav mitgespielt haben und die wenigen, die sich dem widersetzen, eine offenbar vernachlässigbare Größe darstellten.

UND DAMIT ZURÜCK zum Film. Da hat die ARD vor ein paar Wochen den vom Hessischen Rundfunk zusammengeschusterten Dokumentationszweiteiler „Die Sudetendeutschen und Hitler“ und „Verlorene Heimat“ ausgestrahlt. Das war keine Fiktion, auch wenn sie vielen Landsleuten, die von der Geschichte etwas mehr Ahnung haben als die Filmproduzenten, wie eine solche

Fortsetzung auf Seite 2

Sozis machen gemeinsame Sache mit den Kommunisten

Neuer Kreishauptmann im Mährisch-Schlesischen Kreis wird der Sozialdemokrat Jaroslav Palas. Der frühere Landwirtschaftsminister führt eine Koalitionsregierung seiner Sozialdemokraten mit den Kommunisten an. Palas ersetzt im Amt des Kreishauptmannes den Bürgerdemokraten Evžen Tošenovský, der in den vergangenen acht Jahren die Regierungsgeschäfte in der Kreishauptstadt Ostrava / Ostrava geleitet hatte.

In Karlsbad wird der Sozialdemokrat Josef Novotný Kreishauptmann. Der Vorsitzende der Karlsbader Sozialdemokraten steht einer Dreier-Koalition aus Sozialdemokraten, Kommunisten und der Bewegung „Ärzte für eine Gesundheit der Gesellschaft“ vor.

Die Wahl des Kreishauptmanns im Kreispalament war von emotional geführten Debatten begleitet. Die Bürgerdemokraten werfen Novotný vor, die Koalitionsverhandlungen mit den

demokratischen Parteien abgebrochen zu haben, um statt dessen mit den Kommunisten zu regieren.

Der Chef der Grünen im Landkreis Königgrätz (Hradec Králové) und ehemalige Dissident Stanislav Penc tritt aus der Partei aus. Der Grund: Er könne die Bemühungen einiger Grüner nicht unterstützen, die kommunistische Partei im politischen Bereich zu legitimieren.

Der ehemalige tschechische Präsident und frühere Gegner des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei, Václav Havel, beklagt die Rückkehr der Kommunisten in die Regierungen der Landkreise. Er habe kein gutes Gefühl dabei, sagte Havel. Vor neunzehn Jahren während der politischen Wende habe die Ansicht überwogen, die kommunistische Partei nicht zu verbieten und ihr stattdessen eine Chance zum Wandel zu geben. Bei den kommunistischen

Parteien anderer Länder habe dies geklappt, in Tschechien jedoch nicht, bemerkte Václav Havel gegenüber der Zeitung „Lidové noviny“.

Rund ein Viertel der Tschechen würde eine Regierungsbeteiligung der kommunistischen Partei des Landes tolerieren oder befürworten. Ein Fünftel lehnt dies jedoch ab und glaubt, daß die kommunistische Partei verboten werden sollte. Dies hat eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Median ergeben. Die Umfrage steht im Zusammenhang mit dem Feiertag zur Samtenen Revolution. Am 17. November 1989 hatte mit der Samtenen Revolution das Ende der Alleinherrschaft der Kommunisten in der Tschechoslowakei begonnen. Die Umfrage hat auch ermittelt, daß drei Viertel der Tschechen sich keine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der politischen Wende wünschen. Nur vierzehn Prozent wollen das.

Verfassungsgericht wies Pezolds Beschwerde ab

Das tschechische Verfassungsgericht hat eine Beschwerde von Elisabeth Pezold, geborene Prinzessin Schwarzenberg, verworfen. Pezold, deren Vater Heinrich 1960 den heutigen tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg adoptiert hatte, kämpft seit Jahren erfolglos um die Rückgabe des früheren Familienbesitzes in Südböhmen, den einst die deutsche Nazi-Besatzungsmacht konfisziert hatten und der nach dem Zweiten Weltkrieg in tschechoslowakisches Staatseigentum übergegangen war.

Die 61jährige Urenkelin von Fürst Adolph Joseph zu Schwarzenberg, Herzog von Krummau, argumentierte damit, daß die Enteignungsmaßnahmen Bestimmungen der damals gültigen Verfassung widersprochen habe. Zu den strittigen

Besitzümern gehören die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärten Schlösser Krummau (Český Krumlov) und Frauenberg (Hluboká nad Vltavou) nördlich von Budweis (Česke Budejovice). Pezolds Anträge waren vor Gericht immer mit der Begründung abgewiesen worden, die Enteignung sei aufgrund noch immer gültiger Gesetze erfolgt. Seine Ansprüche auf dem Restitutionsweg durchgesetzt hat indes der zweite (sogenannte Orlik-)Zweig des Adelsgeschlechts rund um Außenminister Schwarzenberg. Fürst Adolph war ein bekennender Nazi-Gegner, der auch die offene Konfrontation mit den Nationalsozialisten nicht gescheut hatte. Trotzdem wurde er nach dem Krieg aufgrund der Beneš-Dekrete enteignet.

Gedenkstätte in Saaz

In Saaz entstand eine neue Gedenkstätte mit einem großen Kreuz und der Jahreszahl 1945. Sie soll an die Opfer des Krieges und auch an die Ereignisse nach seiner Beendigung erinnern, bei denen hunderte Menschen gewaltsam zu Tode kamen, auch Zivilisten.

Die Gedenkstätte wurde am Allerseelentag feierlich eingeweiht. Es kamen dazu die Vertreter der Stadt, des Kulturkreises Saaz und mehrere Gäste. Hauptinitiatoren der Gedenkstätte waren Gerhard Illing, Vors. des Kulturkreises Saaz und Jan Ranek, Saazer „Historiker und Publizist“. Die Errichtung der Gedenkstätte und die Renovierung eines Teiles der Friedhofsmauer war mit Kosten von über 8000 Euro verbunden, die von der deutschen Seite übernommen wurden. Die Stadt übernimmt dafür die Pflege der Gedenkstätte, was in der Ansprache von Bürgermeister Knoblauch erwähnt wurde.

Fortsetzung von Seite 1

vorgekommen ist. Zumindest hat der Hessische Rundfunk den Anspruch erhoben, eine Dokumentation gemacht zu haben. Das Machwerk hat bekanntlich viele Menschen verärgert. Aber hat sich irgendein Offizieller darob beschwert? Es gab viel Protest, aber bislang hat sich kein namhafter Politiker der Kritik angeschlossen und die filmische Geschichtsklitterung verurteilt. Das wäre auch eine Sensation gewesen. Denn es gehört ja geradezu zum guten Ton, Sudetendeutsche als irgendwie oder überhaupt schuldig darzustellen. Deshalb haben sie auch keinen Schutz zu erwarten, wenn sie in geschichtsfälschender Weise porträtiert werden. Keine Regierung wird sich aufregen, wenn die Sudetendeutsche Frage im tschechischen Fernsehen unwahr dokumentiert wird. Da wird kein deutscher oder österreichischer Botschafter in Prag vorstellig, um eine Schädigung der Beziehungen zu attestieren.

DIE DREISTE TSCHJECHISCHE Art bringt unsereinen auf die Palme. Viel mehr aber noch die Wurstigkeit und Ignoranz, mit der diese Dreistigkeit in Berlin, Wien und auch Brüssel hingenommen wird.

„Wehrmacht“ zu Gast in Prag

Eine peinliche Panne ist dem tschechischen Verteidigungsministerium unterlaufen. Der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, besuchte kürzlich Prag. Das Ministerium informierte darüber auf seiner Internetseite (www.army.cz) in einer Meldung unter dem Titel „Die Wehrmacht im Verteidigungsministerium“. Die Tageszeitung „Lidové noviny“ bemerkte den Irrtum und forderte sofort Aufklärung vom Sprecher des Ministeriums. „Echt, heißt es dort, Wehrmacht im Verteidigungsministerium?“, wollte Sprecher Jan Pjescak die Panne im ersten Moment nicht glauben. Dann sagte er, es handle sich um den Fehler einer Online-Redakteurin. „Das ist sehr traurig“, fügte der Sprecher hinzu. Der Fehler wurde dann korrigiert, so daß vom „Generalinspekteur der Bundeswehr in der Tschechischen Republik“ die Rede war.

Emmerová erste Kreishauptfrau

Die Ex-Gesundheitsministerin Milada Emmerová ist die erste Kreishauptfrau in der Geschichte der CR. Die 64jährige Sozialdemokratin übernimmt das Amt im Kreis Pilsen (Plzeň) und führt dort eine Koalition aus Sozialdemokraten, Christdemokraten und Europademokraten an. Emmerová kehrt damit nach drei Jahren auf die politische Bühne zurück. Im Oktober 2005 war sie im Amt der Gesundheitsministerin abgelöst worden. Emmerová ist seit 1994 Sozialdemokratin. Vor 1989 war sie 22 Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei.

„Wahrheit auf den Grund gehen!“

Der Vizegeneralsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), Peter Ludwig, erklärt zu der Beisetzung von deutschen Opfern in Eger: „Es besteht für uns nicht der geringste Zweifel, daß es sich bei den Getöteten nicht nur um entwaffnete deutsche Soldaten, sondern auch um wehrlose Zivilisten, also um unsere Landsleute handelt. Viele in der CR wissen das, haben aber nicht den Mut, das auch öffentlich zu sagen. Die EU-Wertegemeinschaft, sofern sie sich dafür interessiert, bleibt mit der Vermutung zurück, daß man es in Prag mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Dieser auf den Grund zu gehen, wird auch eine der Aufgaben der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) sein. Mit Jahresbeginn 2009 übernimmt die CR den EU-Ratsvorsitz. Man kann gespannt sein, ob und wie Prag diesen Anforderungen gewachsen sein wird.“



Von
Gustav
Chalupa

Das tschechische Parlament hat nach jahrelanger Verschleppungstaktik dem Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof zugestimmt. Das Tribunal ist zuständig für Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit etc., was das hinhaltende Sträuben der tschechischen Abgeordneten aller Couleur erklärt. Alleine mit Blick auf den Genozid an Millionen sudetendeutscher Mitbürger und die noch immer praktizierten verbrecherischen Beneš-Dekrete. Ist der Beitritt Tschechiens als letztes Land der EU eine Vorleistung oder Beginn längst überfälliger Selbstkritik?

Prag hält für den umstrittenen Vorsitz in der Europäischen Union ab Jänner 2009 doch manche Überraschung bereit. Schon um der in Europa wachsenden Skepsis an der EU-Reife Tschechiens entgegenzuwirken. Die Regierung Mirek Topolánek, die so gar nicht sicher sein kann, zum Jahreswechsel noch an der Macht zu sein, steht im klaren Widerspruch zu Staatspräsident Václav Klaus, der während seines kurz zurückliegenden offiziellen Besuches in Irland für einen ungewöhnlichen Faux pas sorgte. Er verglich die dortigen Gegner der EU, die in einer Volksabstimmung gegen den sogenannten Lissabonvertrag gestimmt und somit den Einigungsprozeß in der EU blockiert hatten, mit dem Widerstand der Prager Dissidenten gegen das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei und setzte so das demokratische Irland mit der stalinistischen Diktatur in der CSSR gleich. Die prompte Reaktion des irischen Außenministers Michael Martin ließ nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. „Es ist ein lächerlicher und absurder Vergleich, denn wenn die EU überhaupt etwas erreicht hat, so

war es der Sturz des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa!“ Prompt erklärte jeder zweite Tscheche in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts STEM, daß „Klaus Tschechien schadet“. In Leserbriefen an Tageszeitungen „schämen sich Tschechen für ihren Präsidenten“ und in Brüssel haben die EU-Abgeordneten Hannes Svoboda und Joe Leinen die Ausfälle Václav Klaus' als die „schlechteste Einführung in den EU-Vorsitz“ verurteilt. Was wird, wenn die Regierung Topolánek im tschechischen EU-Halbjahr stürzt – dem „Friedensabkommen“ zwischen Regierung und Opposition traut niemand – wer entscheidet dann, die Regierung oder der Präsident, wird der Verfassungsgerichtshof dem seit Monaten verschleppten Lissabonvertrag als verfassungskonform zustimmen und wie wird dann das Parlament entscheiden? – diese Fragen stehen knapp einen Monat vor dem Amtsantritt Prags an der Spitze der EU im Raum! Jedenfalls wirkt

Klaus schadet Tschechien

das Logo Prags für den sechs Monate dauernden EU-Vorsitz wie ein buntes Kennzeichen an einem Auto – EU 2000 CZ –, über dessen Geschwindigkeit Uneinigkeit vorherrscht, so daß umlaufende Spekulationen über eine Verlängerung des derzeitigen, energischen französischen Präsidenten Sarkozy nicht verstimmen wollen. An Sarkozys Idee der Anbindung des Mittelmeerraumes an die EU hängt der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg den Vorschlag zur Ausweitung des Abkommens EU – Israel an. Es läuft im März 2009 ab, also während des Prager EU-Vorsitzes. Daß der für seine amerikanorientierte Linie bekannte Schwarzenberg geistige Anleihen bei der Israelpolitik der vormaligen tschechischen US-Außenministerin Madeleine Albright nimmt, drängt sich auf. Die Neuauflage des Abkommens EU – Israel sieht noch engere Bindungen vor, zum Nachteil der Palästinenser, was die arabische Diplomatie alarmiert hat. Der Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für Außenbeziehungen Ägyptens, Mustafa al Fiquello,

warnte vor einer „neuen globalen Verschwörung der USA, die den Reichtum und das Kapital der Araber hinter einem politischen Vorhang für eine ökonomische Ausbeutung vorbereitet, was ja auch die Mentalität des Westens wäre...“. In radikalen Kreisen wird bereits eine Provokation vermutet, die zu einer unerwünschten Konfrontation führen könnte. Sehr zum Nachteil der ökonomischen Beziehungen der 27 EU-Staaten zur arabischen Welt, was die in Europa bereits spürbare Finanz- und Konjunkturkrise verschärfen würde.

Übrigens auch in Tschechien, wo die Laufbänder der Škoda-Automobilwerke in Jungbunzlau und in Zulieferbetrieben stillstehen. „Wegen Desinteresse an den Erzeugnissen nur vorübergehend“, heißt es lapidar, aber niemand kann sagen, für wie lange. Auch böhmisches Glas, einst ein Exportschlager, ist in der Krise. Dutzende Glashütten und Schleifereien mußten zusperrern. Eine Ausnahme ist „Moser-Glas“ in Karlsbad, das weltbekannte sudetendeutsche Produkt, mit dem selbst Edvard Beneš protzte. Er präsentierte vor 60 Jahren Königin Elizabeth II. von England zur Hochzeit ein Moser-Glasservice!

Die Voraussagen der ökonomischen Wachstumsraten hat der tschechische Finanzminister auf 3,7 Prozent herabgesetzt, angesehene Analytiker auf 2 Prozent, also dreimal niedriger als im vorigen Jahr. Noch pessimistischer ist der Euro-Kommissär Joaquim Almunia, der ein „Aussetzen des ökonomischen Wachstums und eine so umfassende Krise, wie sie Europa noch nicht erlebt hat, voraussagte“. Für alle Fälle erschwert ab sofort Prag den Zuzug von Migranten aus Osteuropa, um den Arbeitsmarkt zu schützen und hat die Einreise von Vietnamesen völlig gestoppt. Angeblich wegen Produktpiraterie und mafiösen Strukturen unter Vietnamesen, was angesichts der vielen vietnamesischen Märkte in den einst deutschen Grenzgebieten Fragen aufwirft, wieso Prag bisher so blind war?

Minister Schwarzenberg stellte sich vor seine Diplomaten, die in Verdacht geraten waren, an der 2700-US-Dollar-Vermittlungsgebühr einer Agentur für ein Visum nach Tschechien zu partizipieren. Die tschechische Botschaft in Seoul darf aber keine Visa für Vietnamesen mehr ausstellen!

Atombehörde lobt Tschechien

Während Österreich immer wieder die mangelnden Sicherheitsstandards insbesondere im südböhmischen Atomkraftwerk Temelin bemängelt, sieht der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), Mohammed El-Baradei, alles positiv. Er ist zufrieden, wie Tschechien an die Fragen zur Problematik von Nuklearanlagen herangeht. Dies sagte El-Baradei kürzlich vor Journalisten in Prag. Er lobte dabei die tschechischen Sicherheitsstandards und bewertete diese als sehr gut. Zudem deutete er das Interesse seiner Behörde an einer Zusammenarbeit mit dem Kernforschungsinstitut in Řež bei Prag an.

Keine direkte Präsidentenwahl

Der Senat in Prag hat kürzlich einen Vorschlag zur Einführung der Direktwahl des tschechischen Präsidenten abgelehnt. In ihrer Debatte über den Vorschlag eines parteiunabhängigen Parlamentarismus kam die Mehrheit der Senatoren überein, daß es zurzeit keinen Konsens darüber gebe, welche Stellung das Staatsoberhaupt in Zukunft einnehmen und welche seiner Kompetenzen man überdenken oder gar beschränken sollte.

Lkw-Fahrverbot am Freitag

Die Regierung hat das Lkw-Fahrverbot am Freitag nachmittag gebilligt, das während des ganzen Jahres gelten soll. Bislang bezog sich das Verbot nur auf die Sommerferien. In der novellierten Straßenverkehrsordnung soll zudem die Zahl der Ausnahmen erhöht werden, auf die sich das Fahrverbot nicht beziehen würde. Der Entwurf sieht vor, daß Lkws über 7,5 Tonnen freitags von 15 bis 18 Uhr und sonntags von 0 bis 22 Uhr nicht auf die tschechischen Straßen dürfen. Das geplante Verbot wird von Spediteuren sowie der tschechischen Wirtschaftskammer kritisiert.

Größerer Schaden in Temelin

Der erste Reaktorblock des südböhmischen Atomkraftwerkes Temelin wird mehrere Wochen länger als vorgesehen stillstehen. Das Ausmaß der Beschädigung eines Niederdruck-Teiles der Turbine erwies sich bei einer Kontrolle in dem Produktionsbetrieb in Pilsen größer als bisher angenommen. Eine Schaufel habe sich gelöst und eines der Umlaufräder beschädigt, teilte Temelins Sprecher Marek Svíták vorigen Dienstag mit.

ZITAT

„Ich glaube, ich trage schon bedeutend dazu bei. Ich nehme jedes Jahr an Freundschaftstreffen mit Ausgesiedelten in Reingers (NÖ) teil. Darum weiß ich, daß die angeblich gespannten Beziehungen zwischen Tschechen und Ausgesiedelten nur eine von einigen Journalisten gut aufgeblasene Medienblase sind.“

Jiri Zimola (CSSD), neuer südböhmischer Kreishauptmann, in der Tageszeitung NEUES VOLKSBLATT auf die Frage, was er zur Aussöhnung mit den vertriebenen Sudetendeutschen beitragen werde.

Mazedonier fordern von Athen Rückerstattung von Eigentum

Griechenland dürfte sich demnächst mit zahlreichen Klagen auf Rückerstattung von Eigentum konfrontieren. Sie sollen von slawischen Mazedoniern gestellt werden, die nach dem griechischen Bürgerkrieg 1946 bis 1949 von ihren Heimen in diesem Land geflüchtet oder vertrieben worden waren. Wie die griechische Tageszeitung „Ethnos“ berichtete, habe eine mazedonische Regierungskommission bereits 8000 Anträge auf Rückerstattung des Eigentums bzw. Entschädigung gesammelt. Ihr Wert

Am 12. November 1918 wurde vor dem Parlamentsgebäude in Wien die Republik „Deutsch-Österreich“ ausgerufen. Sie entstand als parlamentarische Demokratie und es wurden Strukturen geschaffen, die die Republik bis heute wesentlich kennzeichnen. Neunzig Jahre danach werden im Parlament in einer noch bis 11. April 2009 geöffneten Ausstellung die historischen Wurzeln der Republik und die wichtigsten Entwicklungsstränge der folgenden Jahrzehnte – mit ihren Kontinuitäten und Brüchen – gezeigt.

Einer der Schwerpunkte der Ausstellung bezieht sich auf die Gründungsjahre der Republik zwischen 1918 und 1920, als die neuen Staatsgrenzen gezogen wurden, eine neue Verfassung mit starker Einbindung der Bundesländer in Kraft trat und eine Umorientierung der österreichischen Wirtschaft in Richtung Westeuropa stattfand. Weitere Schwerpunkte behandeln wesentliche Kontinuitäten und Brüche in der historischen Entwicklung Österreichs: Die Schnitt-

Der Konflikt um die ungarische Minderheit in der Slowakei gärt seit Jahrzehnten zwischen Budapest und Preßburg. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ehemalige Oberungarn der neu entstandenen Tschechoslowakei zugesprochen worden. Heute zählt die ungarische Minderheit in der Slowakei ungefähr 540.000 Personen, die geschlossen im slowakisch-ungarischen Grenzgebiet entlang der Donau siedeln.

Ungarn wirft der Slowakei eine gezielte Assimilationspolitik vor und verweist etwa auf die Absicht des slowakischen Unterrichtsministeriums, künftig in Schulbüchern ungarische Ortsnamen nur noch auf Slowakisch anzuführen. Eine zusätzliche Belastung stellen die Provokationen der Slowakischen Nationalpartei SNS dar. Die SNS ist in der slowakischen Koalitionsregierung vertreten und verfolgt einen extrem nationalistischen Kurs, der sich vornehmlich gegen die ungarische Minderheit richtet.

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) nimmt den ungarisch-slowakischen Konflikt zum Anlaß, um

Der offizielle Staatsbesuch des tschechischen Präsidenten Václav Klaus in Irland ist zu einer Farce geworden. Nachdem sich Klaus bereits als „EU-Dissidenten“ bezeichnet und dabei mit dem antikommunistischen Widerstand verglichen hatte, äußerte er sich nach einem privaten Abendessen positiv über den Europa-skeptischen Unternehmer und Politiker Declan Ganley und griff dabei auch die irische Regierung an. In Dublin ist man nun verärgert.

Decan Ganley – das ist jener millionenschwere Unternehmer, der die Iren im Sommer zu einem „Nein“ im Referendum über den neuen EU-Vertrag geführt hat. Die irische Regierung versucht derzeit, einen Weg aus dieser europäischen Sackgasse zu finden. Da mitten hinein platzte der tschechische Präsident Václav Klaus. Er war drei Tage im November auf Einladung der Staatsführung in Dublin auf die Insel gekommen. Doch privat und offiziell muß Klaus wohl verwechselt haben, glaubt der irische

dürfte in mehrere Milliarden Euro gehen. Alleine 500 Personen haben Antrag auf die Rückerstattung des einstigen Eigentums um die Hafenstadt Saloniki gestellt, dessen Wert auf mehr als eine Milliarde Euro bewertet wird. Anders als die deutschen Vertriebenen, werden die Mazedonier von ihrer Regierung unterstützt: Die mazedonische Regierungskommission plant, den Berichten zufolge, die Eigentumsklagen an die griechischen Gerichte zu richten. Skopje will sich aber auch an den Europarat wenden.

Ausstellung im Parlament verschweigt die März-Opfer

punkte der Ersten Republik, den Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938, das NS-System, die Besatzungsjahre, die Zweite Republik bis heute und Österreich im integrierten Europa seit 1995.

Als nach der Staatsgründung der CSR im Jahre 1918 den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde, rief der Sozialdemokrat Josef Seliger seine sudetendeutschen Landsleute zu Protestkundgebungen in sudetendeutschen Städten auf. Sudetendeutsche demonstrierten für den Verbleib bei Österreich. Diese Proteste wurden von der damaligen Staatsmacht gewaltsam unterdrückt.

54 Tote und hunderte Verletzte waren die Folgen dieser Aktion. Dies war der Beginn einer beispiellosen Unterdrückung der deutschen Bevölkerung und endete 1945 mit der brutalen Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat. In der Ausstellung werden diese Opfer allerdings nicht erwähnt, beklagt SLÖ-Bundesobmann

Gerhard Zeihsel. „Für uns Sudetendeutsche ist es Aufgabe und Verpflichtung zugleich, daß solche geschichtsträchtigen Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten. Sind wir schon aus der Heimat vertrieben worden, so wollen wir nicht noch aus der Geschichte vertrieben werden“, so Zeihsel. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft nimmt daher diesen 4. März 1919 jedes Jahr zum Anlaß, mit einer würdigen Feierstunde daran zu erinnern. „Es gibt aber verschiedenste Hinweise auf die Sudetendeutschen in der Parlaments-Ausstellung: Da ist u. a. eine große Landkarte von Deutsch-Österreich zu sehen – mit Deutsch-Böhmen und dem Sudetenland, der erste Staatskanzler Dr. Karl Renner kam aus Südmähren und wurde in Untertannowitz geboren, oder eine Grafik über die Vertreibung 1945 / 46 nach Österreich, so Zeihsel. „Den Gestalten Prof. Stefan Karner und Dr. Lorenz Mikoletzky ist eine Ausstellung gelungen, die man sich ansehen sollte.“

VLÖ: Österreich muß Schutzmacht für deutsche Volksgruppen sein!

auf ähnliche Fälle in Mittel- und Südosteuropa hinzuweisen. Dort sind es immer wieder nationalistische Kreise, die ganz offen gegen ethnische Minderheiten auftreten oder Lösungen in Entschädigungsfragen verhindern. So hatte Österreich mit Kroatien ein bilaterales Abkommen zur Regelung von Entschädigungsfragen paraphiert, ehe Kroatiens Präsident Stipe Mesić, ein Altkommunist, dagegen erfolgreich einen Propagandafeldzug startete. Mit diesem Schritt wurde bislang verhindert, daß auch die vertriebenen Donauschwaben aus dem kroatischen Raum ins Restitutionsprogramm der Republik Kroatien kommen.

In Tschechien gelten nach wie vor die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage 1945 das Vermögen der Sudetendeutschen entschädigungslos enteignet wurde. Betroffen von den Enteignungen sind bis heute auch die Angehörigen der deutschen Minderheit. Sie sind weiterhin von jeder Restitution ausgeschlossen, was nach Meinung des VLÖ eine ethnische Diskriminierung darstellt.

In Slowenien kämpft die kleine deutsche Minderheit mit ihren 2500 Angehörigen vergeblich um ihre Anerkennung als autochthone Volksgruppe. Andererseits werden die ungarische und die italienische Volksgruppe (beide bewegen sich in Größenordnungen von 2500 bis 3000 Personen) als solche in der slowenischen Verfassung anerkannt. Mit dieser Anerkennung sind zahlreiche Minderheitenrechte und finanzielle Vorteile für die Minderheiten verbunden.

Der BV des VLÖ, DI Rudolf Reimann, fordert die österreichische Bundesregierung auf, dahingehend bei der EU in Brüssel zu wirken, daß historische Altlasten wie Beneš-Dekrete oder AVNOJ-Gesetze im multilateralen Dialog gelöst werden und Mechanismen eingerichtet werden, die verhindern, daß Minderheiten diskriminiert werden. Der VLÖ denkt dabei an eine eigene Beobachtungsstelle der EU.

Es liegt in der historischen Verantwortung Österreichs, sich schützend vor die altösterreichischen deutschen Volksgruppen zu stellen und sie vor Diskriminierungen zu schützen.

Tschechischer Elefant im europäischen Porzellanladen

Außenminister Michael Martin. Nach einem privaten Abendessen mit Ganley erklärte Klaus öffentlich: Er stehe dem führenden EU-Skeptiker nahe. Aber nicht nur das. Tschechiens Präsident warf der Regierung in Dublin sowie Brüssel vor, das Ergebnis des Referendums zu ignorieren und damit der Demokratie zu schaden. Der irische Außenminister Michael Martin: „Wir sehen dies als ein unangemessenes Eingreifen an, in einer Zeit, in der die irische Regierung sich in heiklen Gesprächen mit den europäischen Kollegen befindet – über Irland und die Europäische Union. Aus dieser Sicht bedauern wir, daß Klaus sich öffentlich und politisch über sein Treffen mit Decan Ganley geäußert hat.“

Außenminister Martin fügte noch an, ihm sei durchaus bewußt, daß Václav Klaus nicht die Meinung der tschechischen Regierung repräsentiere. Die Ansichten von Václav Klaus, die sind natürlich in Dublin wie in anderen Hauptstädten der EU bekannt. Unter anderem bezweifelt der tschechische Präsident den europäischen Integrationsprozeß als solchen.

Von der Regierung in Prag gab es keine offizielle Reaktion. Eine Stellungnahme von Regierungschef Mirek Topolánek zog die Presseagentur ČTK zurück, nachdem der Premier sie

wieder dementierte. Nur die kleinste Partei der Regierungskoalition, die europafreundlichen Grünen, reagierte scharf. Gegenüber ČTK teilten die Grünen wörtlich mit, „daß Klaus' ultrakonservative persönliche Ansichten, die er ohne Rücksicht auf seine verfassungsrechtliche Funktion mitteilt, ein unrealistisches Bild der Tschechischen Republik entstehen lassen“.

Und wie hat Václav Klaus auf die Vorwürfe des irischen Außenministers reagiert? Gegenüber tschechischen Medien attestierte er erneut ein Demokratiedefizit innerhalb der EU und schüttete noch mehr Öl ins Feuer: „Ich habe wirklich große Probleme mit der verschwindenden Demokratie in der Europäischen Union empfunden. Wenn ich aber die Reaktion des Außenministers von Irland und eines Teils der Presse höre, dann steht es – glaube ich – noch schlimmer, als ich mir das bisher vorgestellt habe. Die Aufgabe, dagegen etwas zu unternehmen, bleibt noch dringlicher als sie es vorher war und als ich zuvor dachte.“

Europaabgeordnete und Politologen haben Klaus' Treffen mit Ganley mittlerweile als skandalös bezeichnet. Es schade zudem der näher rückenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009.

Leugnen von Verbrechen der Kommunisten wird strafbar

Laut dem neuem Strafrecht, das das tschechische Abgeordnetenhaus beschlossen hat, soll die öffentliche Leugnung oder das Anzweifeln der kommunistischen Verbrechen strafbar sein. Das gleiche gilt auch für die Nazi-Verbre-

chen. Es soll mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden können. Die kommunistische Partei stimmte erfolglos gegen den Gesetzentwurf. Aus den übrigen Fraktionen stimmte nur ein Sozialdemokrat dagegen.

Die unterdrückte Wahrheit ist zum System einer verlogenen Versöhnung geworden:

Die „Soldatengräber“ von Eger

Mitte November hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) mit der Beisetzung der deutschen Kriegstoten auf einem Teil des städtischen Friedhofes in Eger begonnen. Drei Wochen lang werden die Mitarbeiter des Volksbundes benötigen, um die Gebeine der etwa 5500 Toten beizusetzen. Der nachfolgende Bericht des deutschsprachigen Dienstes von „Radio Prag“ über dieser Aktion steht exemplarisch für eine auch in deutschen Medien gepflegte Unterdrückung der ganzen Wahrheit, welche die deutsch-tschechische Versöhnung zu einer verlogenen Angelegenheit macht:

Vor zweieinhalb Jahren stießen Reporter einer tschechischen Tageszeitung auf einen ungewöhnlichen Fund. Über fünftausend kleine Pappsärge lagerten in einer verlassenen Industriehalle im nordböhmischen Usti nad labem. Es waren die Überreste deutscher Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg auf tschechischem Boden starben. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) hatte sie zumeist schon in den neunziger Jahren exhumiert, um ihnen auf einem Soldatenfriedhof die letzte Ruhe zu geben. Drei Jahre wurden die sterblichen Überreste zwischengelagert, weil man in Tschechien keinen geeigneten Ort fand, um sie beizusetzen. Am vergangenen Mittwoch fand die Odyssee in der Grenzstadt Cheb (Eger) ihr Ende. Die Beisetzung auf dem städtischen Friedhof hat begonnen.

Er liegt an einer Ausfallstraße, der städtische Friedhof von Cheb. Wolfgang Dietrich trägt Arbeitskleidung, eine warme Weste und eine Militärhose, auf der man den Dreck nicht sieht. Er ist Angestellter der Deutschen Kriegsgräberfürsorge und kümmert sich um die Ausbaggerung der Gräber und die Beisetzung. Dietrich erklärt, wie die deutschen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg auf dem neuen Friedhof bestattet werden. „Eine Reihe lang hoch, eine Reihe lang runter. Die Toten sind nummeriert, daß man sie auch wiederfinden kann. Ein Beispiel: Reihe eins Grab zehn. Oder nehmen wir die Sechs. Das ist dann die Nummer sechs bis 57. Das war ein Kameradengrab. Und hier sehen Sie Einzel-tote. Da kann man eindeutig nachvollziehen auf den Zentimeter genau, wo ist das Grab meines Angehörigen.“

Die Journalisten stehen zwischen kleinen aufgetürmten grauen Pappsärgen. Wie Kindersärge sehen sie aus. Die Überreste von fast fünftausend Soldaten werden heute und in den kommenden drei Wochen in Cheb beerdigt. Sie sind alle gegen Ende des Zweiten Weltkrieges auf tschechischem Boden gefallen. Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge hatte Anfang der neunziger Jahre begonnen, die sterblichen Überreste der Soldaten an verschiedenen Orten in der Tschechischen Republik zu exhumieren, um sie würdig zu bestatten. Das ging einige Zeit lang gut, denn es war die tschechische Regie-

rung, welche die Errichtung eines Soldatenfriedhofs anordnen konnte. Aber dann kamen die Probleme, die dazu führten, daß die Särge mehrere Jahre zwischengelagert werden mußten, wie Reinhard Führer, der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, berichtet: „Dann ist die Zuständigkeit auf die örtlichen Behörden übergegangen, so daß die Regierung nicht mehr einfach anordnen konnte, wo ein Soldatenfriedhof entstehen soll. Dies führte dazu, daß die Diskussionen nun auch in der Bevölkerung stattfinden, was unter anderem auch sehr positiv ist, denn man setzt sich somit mit dem Thema auseinander. Allerdings kam es auch zu langwierigen Prozessen. Ich glaube, in Deutschland wäre es ähnlich, wenn es um ein Thema geht, das eventuell Unannehmlichkeiten mit sich bringt, das läßt man dann gerne mal die anderen machen.“

So ist das auch in Cheb gewesen. Auch hier stieß die Errichtung eines Friedhofs für deutsche Soldaten auf Widerstand. In der Bevölkerung, unter noch lebenden Zeitzeugen und bei einigen Stadträten. Die kommunistische Partei wiederum befürchtete, daß der Friedhof zum Aufmarschplatz von Neonazis werden könnte. Bürgermeister Jan Svoboda konnte jedoch eine Einigung erzielen, ist sich aber bewußt, daß das Eisen immer noch heiß ist. „Ich bin auf meine eigene Weise froh, daß wir die deutschen Soldaten bestatten können, damit sie nach 63 Jahren endlich ihren Frieden finden. Ich bin mir aber bewußt, daß diese Bestattung deutscher Soldaten eine sehr sensible Angelegenheit ist für alle, welche die Zeiten damals noch erlebt haben. Nicht jeder kann sich damit abfinden. Diese Menschen möchte ich bitten, tolerant zu sein, damit wir den gefallenen Soldaten ihre letzte Ruhe geben können.“

1,7 Millionen Euro kostet der Umbau des Friedhofes und die Bestattung der Soldaten, finanziert durch die Kriegsgräberfürsorge und die (deutsche, Anm.) Bundesregierung. Bevor dann die ersten knapp fünfhundert Soldaten auf dem Gelände des städtischen Friedhofs in die Erde gebettet wurden, sprach noch Jiří Kosta. Er ist Berater des tschechischen Außenministeriums, das ebenso bei der Einigung vermittelt hat. Tomáš Kosta hat die Nazizeit und den Zweiten Weltkrieg selbst schmerzlich durchlebt, besser gesagt überlebt: „Die sterblichen Überreste der Soldaten gehören zu meiner Generation. Wir haben unweit von hier das Ende des Krieges gemeinsam erlebt. Ich als Gefangener in einem Konzentrationslager; sie als junge, oft verwundete Menschen, die dann für eine Sache starben, die grauenhaft war. Mein Motto ist: Wir müssen vergeben, aber wir dürfen nicht vergessen.“

Und wenn ich hier so stehe, dann wird mir noch mal bewußt, daß ein Teil meiner Familie, meiner Freunde in Auschwitz geblieben ist. Ihre Asche wurde über die Felder verstreut und sie

hatten nicht das letzte Glück, unter die Erde zu kommen und dort zur Ruhe zu kommen.“

Und dann sprach Tomáš Kosta auf Deutsch weiter: „Ich wünsche den Männern in den Särgen, daß sie ewige Ruhe auf diesem Friedhof finden. Sie sind auf einem tschechischen Gebiet, das auch so bleibt. Und daß die Freundschaft der jungen Generationen alles vergessen läßt, was zwischen uns war.“

Massaker an Zivilisten ist keine Thema

Soweit der Bericht des deutschsprachigen Dienstes von Radio Prag. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen berichtete über die Beisetzung in Eger. Und wie die meisten Medien, berichtete es konsequent von gefallenen Soldaten, die jetzt in Eger die ewige Ruhe gefunden haben. Die vom VDK in einer Presseaussendung angebotene Differenzierung fällt unter den Schreibtisch: „Es handelt sich um die sterblichen Überreste deutscher Soldaten und von etwa 450 Zivilisten, die während des Zweiten Weltkrieges in Tschechien umkamen“, hatte der VDK in seiner Ankündigung der Beisetzung mitgeteilt. Zivilisten, die „umgekommen“ sind? Waren sie in den Wirren des Kriegsendes etwa zu schnell auf den Straßen unterwegs gewesen und bei Verkehrsunfällen „umgekommen“? Oder waren sie bei der harten Arbeit auf dem Feld „umgekommen“. Oder sind sie zu Kriegsende bei militärischen Angriffen „umgekommen“, was ja in diesem Fall die nächstliegende Vermutung wäre? Auf einen Teil der Toten mag dies zutreffen. Doch es gibt auch eine Gruppe von Opfern, die sicher in keinen Kriegshandlungen „umgekommen“ sind. Gesichert ist dies bei jenen 257 deutschen Zivilisten, die 1997 aus einem Massengrab der ostböhmischen Stadt Rovensko geborgen worden waren. Die Toten waren 1945 nach einem Massaker auf dem örtlichen Sportplatz verscharrt worden. Die „Sudetenpost“ hatte mehrfach ausführlich darüber berichtet. Man konnte also die ganze Wahrheit wissen. Keiner kann sagen, er habe von nichts gewußt. Dennoch zeigte kaum jemand Interesse für dieses Fakten, versuchte kein Historiker der Sache auf den Grund zu gehen. Es wurde auch nicht – wie das sonst sehr oft üblich ist – ein Buch über das Schicksal des Todeszuges nach Rovensko geschrieben oder gar ein Film über die Tragödie von Rovensko gedreht. Die Wahrheit wurde unterdrückt, um die Versöhnung, die in dieser mühsam ausgehandelten deutsch-tschechischen Beisetzungsaktion zum Ausdruck kommen sollte, nicht zu stören.

Den Tschechen wird unbequeme Diskussion erspart

Die deutsche Seite wollte der tschechischen die Unannehmlichkeit einer Auseinandersetzung mit der blutigen Nachkriegsgeschichte ersparen. Leute wie Tomáš Kosta, welche „die

Nazizeit und den Zweiten Weltkrieg selbst schmerzlich durchlebt“ haben, passen viel besser ins Konzept. Die stehen für die Versöhnungsleistung der Tschechen, die den Deutschen ihre Verbrechen verzeihen haben und sich jetzt sogar auf einen deutschen Soldatenfriedhof stellen. Ein offizieller Vertreter eines deutschen Vertriebenenverbandes war gar nicht erst eingeladen worden. Den hätte man ja auch eine Rede halten lassen müssen. Und der hätte dann vielleicht doch auf die massakrierten deutschen Zivilisten hingewiesen, die nicht einfach „umgekommen“, sondern eindeutig ermordet worden sind, wie die Einschüßlöcher in den Totenköpfen beweisen. Der Hinweis darauf wäre ein Beitrag zu einer ehrlichen Aussöhnung gewesen. Aber wer will die schon? Die Masse in Politik und Journalismus hat doch längst der verlogenen Variante den Vorzug gegeben. Wer sich dieser Verlogenheit zu widersetzen versucht, wird einfach ignoriert. Funktionieren kann dieses System allerdings nur, solange die Ignoranten sich dieser Ignoranz unterwerfen und im Sinne einer falsch verstandenen Versöhnung die Ausblendung der ganzen Wahrheit dulden. So mancher Amtsträger in den Vertriebenenorganisationen darf sich durchaus angesprochen fühlen ...

M. Maurer

STAATSBÜRGERSCHAFTEN

Mein Großvater wurde in Alt-Österreich geboren und hat auf den Kaiser Franz Josef geschworen. Mein Vater tat es jenem gleich – doch „Achtzehn“ war's aus mit Österreich. Da etablierte sich ein neuer Staat, der auch meinen Vater vereinnahmt hat. Er wurde – wer fragte, ob's recht ihm sei – ein Bürger der Tschechoslowakei.

Die Zeit verging, doch nach zwanzig Jahren hat er die nächste Wandlung erfahren. Kraft Gesetz erhielt er sogleich die Staatsbürgerschaft im „Großdeutschen Reich“. Da war ich natürlich auch schon dabei, doch nur ein paar Jahre blieben uns zwei – da kam mit Schrecken des Reiches Ende, mit ihm eine neue Zeitenwende.

Man hat uns vertrieben aus unserem Land, uns die Heimat genommen, in die Fremde verbannt. Nach einem Vakuum von einigen Jahren hat man den nächsten Wechsel erfahren. Durch Deutschland ging eine Grenze quer und trennte den Westen von der DDR. Nach vierzig Jahren, die uns Deutsche trennten, fiel endlich die Mauer, es kam die Wende.

Wir fanden zusammen, vereint im Glück, zur gemeinsamen Bundesrepublik. Da bin ich noch heute, werde bis zum Ende bleiben. Als Fazit möchte ich noch schreiben: Die Staaten kommen, die Staaten gehen, doch eins, das weiß ich, wird immer bestehen, was Großvater, Vater und Sohn stets verband: Die Liebe zur Heimat Sudetenland!

Kurt Klaus



Bild links: Die Pappsärge mit den sterblichen Überresten werden mit Lastwagen im Friedhof Eger angeliefert. – Bild Mitte: Nach 63 Jahren finden tausende Opfer eine letzte Ruhestätte. – Bild rechts: Wird in Eger auch die ganze Wahrheit über das Schicksal der Opfer tschechischer Nachkriegsverbrechen zu Grabe getragen?

Rückbesinnung aus tschechischer Sicht:

Das Schicksal der Königsberger Antifaschisten

Im September erinnern wir uns des siebzigsten Jahrestags der Tragödie aus dem Jahr 1938, dem bewaffneten Putschversuch der Henleiner am 13. September, auf den das

Von Josef Weikert

schändliche Münchener Abkommen über die Okkupation des Grenzgebiets durch das nazistische Dritte Reich folgte. Nicht einmal Königsberg (Anm.: a. d. Eger) blieb verschont. Es ist nicht leicht, die damaligen dramatischen Ereignisse zu rekonstruieren. Mehr bekannt sind die Kämpfe in Haberspirk, Gossengrün, Chodau, Rothau, Graslitz, Schwaderbach, Silberbach. Aber das Wüten der Henleiner erfaßte auch das gesamte Falkenauer Gebiet. Die Aussiedlerpublikationen (Am. d. Übersetzers: Gemeint ist die Vertriebenenpresse) schweigen gewöhnlich über den blutigen Herbst 1938, als fanatisierte sogenannte Sudetendeutsche die CSR mit der Hilfe Hitler-Deutschlands zerschlagen haben. Tschechische Forschungen hinsichtlich Königsberg erfolgen bisher nur in kleinen Schritten.

Die von einem ehemaligen Polizisten im nazistischen Geist niedergeschriebene ruhmreiche Ode auf den Henleinputsch in Königsberg (W. Eberle, Die letzten Tage Tschechoslowakei) ist notwendigerweise mit Zurückhaltung aufzunehmen, ist aber darüber hinaus eine Anklage der örtlichen nazistischen Fanatiker...

Ab dem Jahr 1933, als in Deutschland die Nazisten die Macht übernommen hatten, kam es bis zur Okkupation des Restes der CSR im Frühjahr 1939 zu zahlreichen Zwischenfällen an der tschechisch-deutschen Grenze. Diese wurde von deutschen Zöllnern und Grenzern, verstärkt durch NSDAP-Mitglieder aus den Grenzorten, bewacht. Über die Grenzwälder (damals nicht so dicht wie jetzt, Felder und Wie-

sen der nach dem Krieg untergegangenen Gemeinden reichten bis an die Grenze) flohen deutsche Antifaschisten in die CR, oftmals von reichsdeutschen bewaffneten Kräften bis auf tschechisches Gebiet verfolgt. Daß während der sich zuspitzenden Ereignisse im Jahr 1938 tschechischen Finanzwachen, Militär und den Wachen zur Verteidigung des Staates der schicksalhafte Befehl zum Verbot des Schußwaffengebrauchs in Richtung Deutschland gegeben wurde, ist hinreichend bekannt. Die Henleiner und auch das Dritte Reich waren bemüht, die Mission Runciman, die im Sommer 1938 in die CSR gekommen war, davon zu überzeugen, daß die deutsche Minderheit im Grenzgebiet starkem tschechischem Druck und unerhörtem Terror ausgesetzt sei...

Die ersten, die in Deutschland und in den sogenannten Sudeten das Wüten der Nazisten zu ertragen hatten, waren nicht die Juden noch die Slawen, sondern die Angehörigen des eigenen Volkes, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten. Wir wissen es nicht, wie sich während der kritischen Ereignisse des Jahres 1938 die Königsberger Antifaschisten verhalten haben, ob sie bei der Mobilmachung im Herbst 1938 (und vielleicht zuvor im Mai) in die Čs. Armee eingedrückt sind, wie dies in Katzengrün geschah, oder ob sie bereits früher zur Selbstverteidigung und Unterstützung der Republik eine sogenannte Rote Wehr gebildet haben gegen die Schikanen auf der Straße und den alltäglichen Terror von seiten nazistischer Schlägertrupps (Ordner). Während die Mehrzahl der fanatisierten Königsberger Deutschen am 3. Oktober 1938 jubelnd die deutsche Armee begrüßte, flohen die Antifaschisten (ähnlich wie die tschechischen Staatsangestellten und ihre Familien) aus den nach dem Münchener Diktat abgetrennten Grenzgebieten ins

tschechische Landesinnere. Die Regierungsorgane der sogenannten Zweiten Republik orientierten sich: Allerdings auf die Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich und lieferten die Flüchtlinge aus, sofern diese nicht selbst in die Sudeten zurückkehrten oder anderswohin in die Welt flohen. (Am. d. Übersetzers: Wie J. Brügel in seinem Buch „Tschechen und Deutsche, 1918 bis 1938“ auf S. 516 schreibt, haben „die Behörden nach dem 1. Oktober ... ganze Zugladungen mit ins Landesinnere geflohen und vielfach politisch exponierten deutschen Demokraten in jenes Gebiet zurückdirigiert, das von deutschen Truppen und der ihnen folgenden Gestapo besetzt werden sollte.“ Dies geschah also noch durch Organe der sogenannten Ersten Republik! Weniger, um damit dem Dritten Reich zu Gefallen zu sein als vielmehr, um die nunmehr lästig Gewordenen abzuschieben.) Das war auch das Schicksal einiger Königsberger Antifaschisten. Sie kehrten zurück in ihre ausgeplünderten Wohnungen, traktiert von Zusammenstößen, Beschimpfungen als Landesverräter sowie physischer Gewalt. Im nachhinein von der Gestapo verhaftet, wurden sie verhört und kriminalisiert.

Vom 14. Oktober 1938 ist eine Meldung des Kommandos des XIII. Armeekorps der deutschen Wehrmacht erhalten, das seinen Sitz im besetzten Marienbad hatte. Aus ihr geht hervor, daß in Königsberg an der Eger nach der Einnahme des Čs. Grenzgebiets vorübergehend das 13. Infanterieregiment der deutschen Armee disloziert gewesen war. Dieses meldete am 11. Oktober an das Armeekorps in Marienbad, von der Egerer Gestapo benachrichtigt worden zu sein, daß in die Stadt eine „größere Anzahl an Flüchtlingen, Angehörige der Roten Wehr, Funktionäre der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt

ist.“ Über ihre Rückkehr herrsche angeblich „Empörung“ unter der Bevölkerung; diese „Elemente“ würden oftmals staatsfeindliche Reden halten. Daraufhin führte das Infanterieregiment in seinem Operationsgebiet zusammen mit der Egerer Gestapo am 13. Oktober 1938 eine Razzia durch, in deren Verlauf 138 Leute, darunter mehrere Frauen, festgenommen wurden...

Sofern die Königsberger Antifaschisten endlich aus den nazistischen Kerkern und Konzentrationslagern zurückgekehrt waren, wurden sie nach dem Jahr 1946 in ihrer Mehrheit aus dem Grenzgebiet der erneuerten ČSR abgeschoben, augenscheinlich in die BRD (Anm. d. Übersetzers: Gemeint ist die amerikanische Besatzungszone Deutschlands). Dies sollte in den Archiven verifiziert werden, sofern sich die Identität (der Betroffenen) überhaupt noch belegen läßt. Zuerst dem Haß ihrer Landsleute ausgesetzt, dann auch die Entscheidungen der Großmächte über die ethnische Säuberung Mitteleuropas, finden sie sich wieder im zermahlenen geschichtlichen Räderwerk. Ihre politische Verfolgung ist für uns auch nach siebzig Jahren eine tragische Warnung.

Die vorstehende Leseprobe ist dem gleichnamigen Beitrag aus dem Monatsblatt „Kynšperkský zpravodaj“ (Königsberger Berichterstatter) vom September 2008 entnommen; Verfasser ist Josef Brtek. Der ganze Beitrag enthält einige sachliche Ungenauigkeiten und ist ein Lehrbeispiel für die tschechische sprachliche Ausdrucksweise. Es fällt auf, daß im ganzen Beitrag nur an einer einzigen Stelle, nämlich da, wo von Flüchtenden aus Deutschland über die grüne Grenze in die CSR gesprochen wird, die Wortverbindung „deutsche Antifaschisten“ gebraucht wird; alle weiteren Erwähnungen sprechen nur von „Antifaschisten“.

Ein Zufall? Kaum möglich.

ORF blendet Preßburg aus Wann kommt Prag dran?

„Seit Tagen trommelt – allen voran die ORF-Herren Pohanka und Fiala – schon in der Werbung und seit kurzem täglich ab 19 Uhr, der ORF ausschließlich für die alte Krönungsstadt Preßburg nur die junge Bezeichnung Bratislava“, bemängelt SLO-Bundesobmann Gerhard Zeihsel. „Der ORF betreibt damit eine kulturelle Verarmung für die österreichische Geschichte! Für die heimatvertriebenen Altösterreicher ist es nach der kollektiven Enteignung und Vertreibung aus der viele Jahrhunderte angestammten Heimat auf Grundlage der rassistischen Beneš-Dekrete eine zweite Vertreibung, jetzt aus der Geschichte! Der ORF ist damit ein Erfüllungsgehilfe für die Herren Beneš, Zeman, Václav Klaus und Fico, und das als öffentlich rechtliche Medienorgel Österreichs!“

Noch wird im ORF von Prag gesprochen, wie lange noch?

Zur Sendung am 17. November: Da wird allen Ernstes behauptet, die Wiener seien vor mehr als neunzig Jahren mit der Straßenbahn von Wien nach Bratislava gefahren! Damals hieß es deutsch Preßburg und slowakisch Prešporok. Erst nach der Gründung der ersten Tschechoslowakei (ČSR) wurde den Preßburgern, slowakisch Prešpuráci ab 1. 1. 1919 das Kunstwort Bratislava aufgezwungen! Für wie dumm verkauft der ORF seine Seher und Hörer?

Zur Sendung am 18. November: Da hieß es, vor über hundert Jahren seien die Wiener nach Bratislava in die Oper gefahren, welch ein Unsinn – siehe oben!

Aber sehr alt ist auch die ungarische Bezeichnung Pozsony, die von den Ungarn auf der ganzen Welt ausschließlich verwendet wird – auch auf den Autobahnhinweistafeln.

Zur Sendung am 19. November: Da ging es um heutige Wirtschaftsfragen und wieder wurde ausschließlich gut zehnmal Bratislava getrommelt!

Bundesobmann Zeihsel erinnert dazu an ein Gespräch des Verbandes Volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs (VLO) und der Vertriebenensprecher der Nationalratsparteien mit ORF-General Alexander Wrabetz, wo dieser betont hatte „bei historischen Bezügen müßte auch die deutsche Bezeichnung verwendet werden!“

„Herr Dr. Wrabetz, machen Sie bitte Ordnung in den ORF-Redaktionen und lassen Sie Ihre Mitarbeiter besser schulen, denn der ORF kann auf diese Art nicht seinem Bildungsauftrag gerecht werden.“

Es drängt sich hier für viele Österreicher die Frage auf, ob es sich hier nicht auch um politische und materielle Interessen diverser Kreise handelt“, schloß Zeihsel.

Streit mit EU um neun Millionen

Die tschechische Regierung hat sich entschlossen, einen Rechtsstreit mit der Europäischen Kommission um knapp zehn Millionen Euro zu führen.

Prag will Brüssel nicht die Gelder zurückerstatten, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vom EU-Fonds Phare verschwunden sind. Die EU-Gelder in Höhe von 9,3 Millionen Euro, die zur Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen beitragen sollten, seien von der Tschechischen Republik veruntreut worden, behauptet die Europäische Kommission. Deshalb hat sie diesen Betrag von der Fondssumme abgezogen, die Tschechien in diesem Jahr zusteht. Tschechien wolle diesen Betrag aber zurückhaben, sagte der Sprecher des Ministeriums für Regionalentwicklung, Hynek Jordán.

ODS-Streit über EU-Vertrag

Der Prager Oberbürgermeister und Kandidat für den Posten des Parteichefs der Bürgerdemokraten (ODS), Pavel Bém, ist gegen die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages. „Es ist nicht möglich, daß wir für nichts und wieder nichts nationale Kompetenzen an Brüssel abtreten, ohne auch nur annähernd zu wissen, weshalb wir das tun“, sagte Bém kürzlich. Er berief sich auf einen früheren Beschluß seiner Partei, demzufolge es untersagt sei, staatliche oder nationale Kompetenzen an die „Brüsseler Eurokratie“ abzutreten. Premier Topolánek hielt dem entgegen, daß „der Preis, trotz einer Reihe von für uns unvorteilhaften Merkmalen im Lissabon-Vertrag, ein annehmbarer sei, so daß man den Vertrag ratifizieren sollte.“ Sein Widersacher Bém gilt als Intimus von Präsident Václav Klaus, der hinlänglich als Euroskeptiker bekannt ist.

Aussöhnungspartner im Tode vereint



Am 11. Dezember des Jahres 1962 starb Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen im Alter von 85 Jahren. Mit ihm verlor nicht nur die sudetendeutsche Volksgruppe ihren Sprecher in der Vertreibung, sondern auch Europa und die freie Welt einen unerschrockenen und unbeugsamen Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, und die tschechischen Partner im Föderativausschuß einen wahren

Freund und Mitstreiter für die Zukunft eines friedlichen und harmonischen Zusammenlebens der beiden Völker in einem freien Europa.

Neben dem Grabe Lodgmans von Auen auf dem Münchener Waldfriedhof wurde der ein Jahr später verstorbene Partner der sudetendeutsch-tschechischen Aussöhnung, Armeegeneral Lev Prchala, beigesetzt.

NEUWAHL BEIM SUDETEN-DEUTSCHEN PRESSEVEREIN

In der 27. ordentlichen Generalversammlung des Sudetendeutschen Pressevereines am 18. November wurde der bisherige Vorstand in seinen Funktionen bestätigt. Einzige Ausnahme ist die Neubestellung eines stellvertretenden Obmannes, Lm. Dr. Hans Mirtes. Mit seiner Wahl wurde auch dem hohen Anteil an Beziehern und Lesern aus Deutschland Rechnung getragen. Die Redaktion gratuliert den Funktionsträgern herzlich zu ihrer Wahl und sieht darin wieder eine

gute Basis der Zusammenarbeit für weitere zwei Jahre.

Wahlergebnis:

Obmann: DDr. Alfred Oberwandling
Obmann-Stellv.: Prof. Leopold Fink
Obmann-Stellv.: Dr. Hans Mirtes
Obmann-Stellv.: Dieter Kutschera
Kassier: Rainer Ruprecht
Kassier-Stellv.: Dkfm. Alfred Kratschmer
Schriftführer: Dkfm. Margarete Bernard
Schriftführer-Stellv.: Hilde Rienmüller

Die „Volksdiplomatie“ der Heimatkreise – Eine Bestandsaufnahme: Falsch verstandene Heimatliebe...

Aus dem Referat von Roland Schnürch bei der Tagung des Sudetendeutschen Heimatrates am 8. November in Brannenburg.

Unter dieser „Volksdiplomatie“ verstehe ich grenzüberschreitende Vorhaben, die sich am Paragraph 3 der Satzung der SL zu orientieren haben: Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen; das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren.

Es ist unmöglich, diese Satzungsziele bei der „Volksdiplomatie“ beiseitezuschieben; alles andere wäre unwahr und fügt uns Schaden zu. Die „Volksdiplomatie“ läßt sich auch mit der Suche nach „Verständigung“ beschreiben, aber keinesfalls mit „Versöhnung“. Sicher gibt es versöhnliche Gesten tschechischer Gesprächspartner, aber das läßt sich nicht auf eine staatliche offizielle Ebene übertragen. Aus falsch verstandener Heimatliebe ist manch einer auch zu einer anderen Sicht bereit, aber ich habe persönlich dafür kein Verständnis.

Diese meine Beurteilung stützt sich auf meine langjährige Freundschaft mit dem leider schon im Jahre 2003 verstorbenen tschechischen Schachgroßmeister Ludek Pachmann, der 1972 aus tschechischer Haft entlassen und mit seiner Frau zum Verlassen des Landes gezwungen worden war. Ich hatte ihn bei Veranstaltungen des Witikobundes, aber auch am Heiligenhof bei der HL Altvatergebirge zu Gast. 1993 hatten wir beide uns im Handumdrehen auf eine gemeinsame Chronik mit dem Titel „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Herzen Mitteleuropas im Rückblick der letzten 75 Jahre“ geeint; sie erschien auch in der „Sudetendepost“ und „Sudetendeutschen Zeitung“. Dies war zehn Jahre vor Pachmanns Tod. In der Zwischenzeit war er aus seinem bayerischen Exil nach Prag zurückgekehrt, hatte sein Haus in Prag vor Gericht zugesprochen bekommen. Eines Abends rief er mich aus Prag an und sagte, ich solle es als einer der ersten erfahren: Er wolle wieder nach Bayern zurückkehren und dort seinen Lebensabend verbringen; in einem Land mit so viel Chauvinismus möchte er nicht mehr leben. Dies war für mich ein Schlüsselereignis zur Bewertung von „Verständigung“ und „Versöhnung“.

Als Mitglied des Sudetendeutschen Rates, dessen dreißig Mitglieder durch die SL-Bundesversammlung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages bestimmt werden, habe ich an mehreren Tagungen in Marienbad teilgenommen; neben zirka 15 Sudetendeutschen war die gleiche Anzahl von tschechischen Politikern und Wissenschaftlern vertreten. Ich habe diese Begegnungen sehr geschätzt, weil man dabei uns wohlgesinnte tschechische Vertreter wie Professor Mandler oder Daniel Hermann u. a. kennenlernen konnte. Die Tagungen, an denen auch die Sprecher Franz Neubauer und Johann Böhm teilnahmen, waren in der Regel von Volkmar Gabert, dem Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, hervorragend geleitet. Was ist aber bis heute dabei herausgekommen? Trotz des angenehmen Gesprächsklimas und interessanten Diskussionen: Nichts für eine nach vorn

gerichtete Vereinbarung. Im November 2000 hatten wir einen sehr unangenehmen Vorfall erlebt. Eingeladen war zu einem Referat der tschechische Europaabgeordnete der ODS, Jan Zahradil, den mir tschechische Teilnehmer als möglichen Außenminister beschrieben. Zahradil begann mit der Feststellung, daß nach Meinungsbefragungen 28 Prozent den „Abschub“ der Deutschen für gerecht, weitere 35 Prozent als gerecht mit gewissen Vorbehalten ansahen; in der Summe also zwei Drittel der Befragten. Diese Feststellung veranlaßte den kürzlich verstorbenen Wolfgang Egerter, sich spontan der Kopfhörer der Simultanübertragung zu entledigen und Herrn Zahradil einige passende Worte zu sagen. Zieht man eine Bilanz dieser Marienbader Veranstaltungen, die durch das Bundesinnenministerium finanziert wurden, fällt sie leider negativ aus.

Sudetendeutsche Vorleistungen

Dabei hat es von sudetendeutscher Seite enorme Vorleistungen gegeben. Ich meine damit die ungeheure Spendenbereitschaft unserer Landsleute. Wir kennen nicht die Gesamtsumme, die schon vor der Wende und nach der Wende in ungeheurem Ausmaß für die Renovierung von Kirchen und Denkmälern in die Heimat gespendet wurden. Wir kennen nicht die Gesamtsumme, weil es versäumt wurde, diese Maßnahmen rechtzeitig zu koordinieren. Wir hätten als SL überhaupt sehr frühzeitig uns Gedanken machen sollen, wie wir aus einer schriftlich vereinbarten Schenkung dieser privaten Gelder für die Zukunft Ansprüche aus unseren Rechten fixieren. Ich hatte nach der Wende einen diesbezüglichen Vorstoß in der SL-Bundesversammlung gemacht; mit dem Hinweis auf eine Unmöglichkeit der Erfassung dieser Spenden durch die Bundesgeschäftsstelle unterblieb alles.

„Wollen Sie mich auf den Arm nehmen?“

Aus meiner Heimatstadt Freiwaldau im Altvatergebirge kann ich in aller Kürze folgendes schildern: Der tschechische Bürgermeister bot Lm. Sitte ein Haus auf dem Ringplatz kostenlos an, falls der deutsche Verband dies renovieren würde. Lm. Sitte verständigte mich, ich setzte mich mit dem rechtmäßigen Eigentümer des Hauses in Kassel in Verbindung. Der gab seine Zustimmung, daß das Haus als Vereinsheim für den VdD hergerichtet wird; zusätzlich sollten einige Zimmer für die Übernachtung von Landsleuten bei Besuchen erstellt werden, um den überhöhten Forderungen in tschechischen Hotells auszuweichen. Bei einer Ratstagung in Marienbad informierte ich den deutschen Geschäftsführer des Zukunftsfonds, den früheren CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Ackermannsgemeinde, über das Vorhaben. Meine Frage, ob der Zukunftsfonds das Vorhaben unterstützen würde, beantwortete, Lm. Werner mit der Gegenfrage: Wollen Sie mich eigentlich auf den Arm nehmen? Dies war das Ende des Vorhabens – wir konnten es nicht finanzieren.

Am Beispiel meiner Heimatstadt Freiwaldau, die die Tschechen in Jeseník umbenannt haben

(bis 1938 begnügte man sich mit Fryvaldov), will ich Ihnen kurz die vergeblichen Bemühungen schildern, wenigstens hierzulande die deutsche Bezeichnung durchzusetzen. Patenstadt der Freiwaldauer ist Kirchheim / Teck in Baden-Württemberg. Neuburg a. d. Donau hat zusätzlich eine Partnerschaft mit Jeseník abgeschlossen. In beiden Städten war es nicht möglich, wenigstens die zweisprachige Bezeichnung Freiwaldau / Jeseník durchzusetzen; in Neuburg prangt diese tschechische Bezeichnung sogar auf den Ortsschildern. Das steht zwar in absolutem Gegensatz zu den Richtlinien, die Franz-Josef Strauß als bayerischer Ministerpräsident mit dem deutschen Städtetag durchgesetzt hatte. Leider greift auch in den Heimatkreisen die Bereitschaft zur Verwendung der tschechischen Ortsbezeichnungen um sich. Ich möchte dazu feststellen: Nur bei Postsendungen müssen wir die tschechischen Bezeichnungen verwenden, aber sonst sollten wir uns hüten, uns selbst aus der Heimat zu vertreiben.

Zu Freiwaldau möchte ich auch noch berichten, daß der Mährisch-Schlesische Sudetengebirgsverein sein 125jähriges Jubiläum an seinem heutigen Sitz in Kirchheim-Teck, aber auch in Freiwaldau beging. Wie lief das in Freiwaldau ab? Der Festsonntag begann mit einem Gottesdienst auf Tschechisch und auf Deutsch, der ganz unter dem Thema „Verständigung“ stand. Eine wesentliche Rolle spielte ein Denkmal, das 1898 von Mitgliedern des deutschen Turnvereins zu Ehren von „Turnvater Jahn“ errichtet worden war. Aus diesem Denkmal wurde später ein Denkmal zu Ehren des 28. Oktober 1918, zu Ehren der Gründung der Tschechoslowakischen Republik. In beiden Fällen hieß es, vor Ort „ging die Initiative von der Bevölkerung aus und wurde das Denkmal später von den politischen Institutionen in seiner Bedeutung umgewidmet“. Nun war man der Meinung, ein solches Denkmal sei so recht geeignet, ein weiteres Mal eine neue Bedeutung zu erhalten. So bat der tschechische Stadtrat von Freiwaldau den Mährisch-Schlesischen Sudetengebirgsverein in Baden-Württemberg, hier seine Verbundenheit mit der Stadt anlässlich seines 125jährigen Jubiläums zu dokumentieren. So geschah es, und so trägt der Stein seit dem 10. September 2006 auf Tschechisch, Deutsch, Polnisch und Englisch die Inschrift „Denkmal der Verständigung“. Es kommen einen beinahe die Tränen. Könnte man sich vorstellen daß im Jahr 2006 eine israelische Delegation in Deutschland ein Verständigungs-Denkmal besucht hätte, wenn die Nürnberger Gesetze heute noch in Kraft wären und keinerlei Wiedergutmachung geleistet worden wäre?

Ich bringe Ihnen noch ein letztes Beispiel aus der HL Altvaterland. Der schon genannte Lm. Sitte hat seinen Verbandssitz in Mährisch-Schönberg, außerdem führt er das dortige Begegnungszentrum in gutem Einvernehmen mit der Deutschen Botschaft in Prag. Patenstadt der Mährisch-Schönberger ist Bad Hersfeld, das seinerseits eine Partnerschaft mit dem tschechischen Mährisch-Schönberg unterhält. Im Mai 2005 beschlagnahmte der tschechische Bürgermeister von Mährisch-Schönberg zirka 33.000 Kronen des Verbandes der Deutschen. Der Hintergrund war die Bildung einer „Gesell-

schaft des tschechisch-deutschen Verständnisses Sumpark – Jeseník“. Bis Ende 2005 war durch Einflußnahme der HL auf die Patenstadt Bad Hersfeld der größte Teil des Geldes zurückgegeben. Trotzdem verlangte der tschechische Bürgermeister von Mährisch-Schönberg die Räumung des BGZ seitens des VdD und erhob Anspruch auf ein verbandseigenes Auto. Im Jänner 2006 fand in der deutschen Botschaft in Prag ein Gespräch statt, an dem von Seiten des deutschen Verbandes Frau Kunc und Walter Sitte teilnahmen. Im Mai 2006 hat dann die deutsche Botschaft gegenüber Walter Sitte die bisherige Zusammenarbeit mit finanzieller Unterstützung fortgesetzt. Damit war der Versuch, den Verband der Deutschen entgegen der bisherigen Rechtslage zu schwächen oder sogar auszuschalten, vorerst abgewehrt.

Interessant ist, daß es ein vom Bundesinnenminister stark bezuschußtes Bildungswerk in Hessen gibt, das sehr stark die Beziehungen zu tschechischen Gemeindevertretungen pflegt, so kürzlich auch zu Mährisch-Schönberg. Für früher achtzig Euro, heute hundert Euro, kann man an einer fünftägigen Reise teilnehmen, Übernachtung und volle Verpflegung inbegriffen. Das wesentliche sind festliche Veranstaltungen mit den tschechischen Gemeindevertretungen. Auch die verbliebenen Sudetendeutschen sind einbezogen, heißt es offiziell, wenn ich aber meinen Freund Walter Sitte vor Ort befrage, sieht es damit sehr dürrig aus. Die letzte Tagung vor wenigen Wochen ging sehr in Richtung der schon genannten „Gesellschaft des tschechisch-deutschen Verständnisses“.

Ich habe mich bisher auf Beispiele aus dem Altvaterland beschränkt. Wie es in weiteren HL aussieht, kann man leider häufig der „Sudetendeutschen Zeitung“ entnehmen; Gott sei Dank aber nicht der österreichischen „Sudetendepost“. Da gibt es Veranstaltungen und Tagungen der Heimatkreise oder der eingetragenen Vereine in der Heimat, bei denen man den Eindruck hat, daß wir uns seit Jahren schon wieder in der Heimat befinden, die Tschechische Republik unsere Häuser zurückgegeben und Entschädigung für den erlittenen Schaden geleistet hat. Ich stelle mir da die Frage, wie es denn gekommen wäre, wenn Konrad Adenauer und alle nachkommenden Bundesregierungen bis auf den heutigen Tag den jüdischen Überlebenden und Vertriebenen des Dritten Reiches jegliche Wiedergutmachung verweigert hätten? Kämen die israelischen Gemeinden zu Städtepartnerschaften nach Deutschland; würde Verständigung und Versöhnung beiderseits gefeiert?

Vielleicht mag dieser Vergleich, den ich hier anstelle, etwas befremden. Aber wieso eigentlich?

Lassen Sie mich mit einer letzten irritierenden Beobachtung schließen: Der tschechische Staatspräsident, dessen Haltung zu den Sudetendeutschen hinlänglich bekannt ist, besuchte vor Jahresfrist eine Stadt in einer sudetendeutschen Heimatlandschaft. Da ich nicht alle Heimatzeitungen lesen kann, war ich meinem Freund Walter Sitte sehr dankbar, daß er mir das Titelblatt der Heimatzeitung zuschickte. Es zeigte den Landschaftsbetreuer bei einem herzlichen Händedruck mit dem tschechischen Präsidenten.

Ängste vor vermehrtem Zuzug von Roma

In der Oktoberausgabe 2008 stellte die Redaktion des „Kynšperský zpravodaj“ (Königsberger Berichterstatte) dem Bürgermeister von Königsberg a. d. Eger die Frage: „Herr Bürgermeister, der Vernehmen nach wird der Zuzug einiger Zehnergruppen von Roma-Bürgern in die Stadt geplant, um so Finanzmittel in den Haushalt zu gewinnen. Was sagen Sie den Bürgern dazu?“

Die Antwort lautete: „Weder ich, noch jemand aus der Führung der Stadt verhandelt über etwas Derartiges oder erwägt so etwas. Wir haben keinesfalls eine derartige Absicht. Ich weiß etwa, von woher dieses Gerücht ausgeht. In den letzten, sagen wir etwa anderthalb Jahren hat hier wirklich die Zahl der Menschen zugenommen, die offensichtlich nicht arbeiten, in der Stadt herumbummeln, ungezogen, laut sind, Unordnung verursachen, insgesamt bei uns kein Vertrauen erwecken. Ich erkläre aber, daß mit deren Zuzug die Stadt nichts gemein hat.“

Sind Sie sich bewußt, wer diese Leute unter-

bringt? Es ist nicht die Stadt, es sind unsere eigenen Mitbürger, möglicherweise Nachbarn. Diese Leute wohnen in privaten Objekten, und wir haben keine Möglichkeit, etwas dagegen zu tun. Und sofern nichts Ungesetzliches geschieht, hat kein Organ das Recht, den Aufenthalt an dem gegebenen Ort zu verbieten. Besteht ein Grund dazu, kann dies ausschließlich ein Gericht im Zusammenhang mit der Verurteilung wegen einer Straftat verfügen oder ein Verwaltungsorgan in Verbindung mit der Ausweisung eines Fremden, der auf dem Gebiet der Republik keinen berechtigten Aufenthalt hat...

Anführen möchte ich, daß die Einnahmen in den Haushalt von den Einwohnern mit dauerndem Wohnsitz eingebracht werden, während diese Menschen in der Mehrzahl nicht zum dauernden Wohnsitz angemeldet sind... Vom Aufenthalt dieser Menschen hat der Städtische Haushalt nicht eine Krone; im Gegenteil, sie produzieren Abfälle, ohne dafür Gebühren zu bezahlen...

Auch wir nehmen den Zustand als negativ wahr, er gefällt weder mir noch den Organen der Stadt. In Reflexion darauf haben wir deshalb einige Maßnahmen getroffen. An erster Reihe steht die Einrichtung der Stadtpolizei... wir haben ausgesuchte Objekte, in denen Bürger ohne dauernden Wohnsitz untergebracht sind...

Sofern Sie über den Zuzug von Problemfällen wissen, geben Sie uns bitte Kenntnis darüber und wirken Sie auf Ihre Nachbarn ein, nur Leute aufzunehmen, die keine Beschwerden verursachen. Jene, die Gerüchte in der Stadt verbreiten, möchte ich wissen lassen, keine Panik zu verbreiten und zu keinen Emotionen aufzuwiegen. Viele von Ihnen sind selbst nach Königsberg zugezogen und wir haben Sie aufgenommen.“

Bemerkung:

Es ist das schwere Erbe der Vertreibung der „deutschen Mitbürger“, das weiterhin auf dem Lande lastet.

Josef Weikert

Neuerscheinung

Es erscheint eine Schrift zum 100. Geburtstag von Herbert Wessely, dem großen südmährischen Schriftsteller, durch die Walther-Hensel-Gesellschaft.

In dieser Publikation sind in einem breiten Spektrum die Arbeiten Herbert Wesselys dargestellt. Seine heitere, ernste und auch schalkhafte Seite mit Gedichten und Erzählungen. Aber auch seine graphischen Werke und Gemälde. Vor allem haben wir Gedichte und Erzählungen aufgenommen, die bisher nicht in Büchern erschienen sind. Familie Wessely übergab uns einen Teil seiner Manuskripte und Bilder zur Veröffentlichung.

Die Schrift erscheint Ende November. Umfang: 66 Text- und Graphikseiten, DIN A 5, geheftet, acht Farbseiten. Selbstkostenpreis Euro 5,50. Damit die vorgesehene Auflagenhöhe ausreicht, bitten wir um umgehende Bestellung an die Geschäftsstelle der Walther-Hensel-Gesellschaft, Ob dem Stäffle 2 – D 71364 Winnenden, Telefon +49 (0) 71 95 26 31 – Fax: +49 (0) 71 95 13 97 300 – E-mail: post@walther-hensel-gesellschaft.de

„Kristallnacht“ auch in Königsberg a. d. Eger

In der Monatsschrift „Kynšperský zpravodaj“ vom November 2008 schrieb Josef Brtek in seinem Beitrag „Um die Kristallnacht des Jahres

Von Josef Weikert

1938 brannte es auch in Königsberg“ über das jüdische Leben hier unter anderem:

„Einen Monat nach der Abtrennung des Grenzgebiets kam es hier, wie in den übrigen Gebieten des Dritten Reiches, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 zur sogenannten Kristallnacht – einer vom nazistischen System organisierten gewaltsamen Aktion, gerichtet gegen die Juden, ihre Persönlichkeiten, Besitztümer, Firmen, Gotteshäuser und Friedhöfe. Auf „Weisung von oben“ wurden Juden mißhandelt, die Schaufenster ihrer Geschäfte eingeschlagen, ihre Heiligtümer angezündet. Die herbeigerufene Feuerwehr durfte nicht löschen, nur darüber wachen, daß das Feuer nicht auf Nachbargebäude übergriff. Damals verbrannten unter einem Menschaufmarsch künstlerisch wertvolle Synagogen in Karlsbad, Franzens- und Marienbad, Königswart und auch jüdische Gebetshäuser in Dürrmaul, Klein Schüttüber usw.

Das fanatische Wüten örtlicher Nazisten erfaßte auch Königsberg. Ziel des Vandalismus wurde hier der jüdische Friedhof auf dem Schloßberg, der im Jahr 1814 um ein Nachbargrundstück erweitert wurde, wo eine – in der Nachkriegszeit abgebrochene – Leichenhalle entstand. Beim jüdischen Friedhof (im Areal der heutigen Gartenkolonie) brannte in der sogenannten Kristallnacht das jüdische Gebetshaus. Dieses diente seit dem Jahr 1930 nicht mehr kultischen Handlungen, nachdem die hiesige jüdische Gemeinde aufgrund der zu geringen Mitgliederzahl sowie aus finanziellen Gründen aufgelöst worden war und im Jahr 1931 der Egerer Gemeinde angeschlossen wurde. Nach dem Tod des Rabbiners Jakob Beer († 1925) war die Gemeinde außerstande, einen neuen Rabbiner zu unterhalten. Den Religionsunterricht einiger Kinder stellte der Oberkantor Armin Wilkowsky aus Eger sicher.

Das bescheidene jüdische Gebetshaus neben dem jüdischen Friedhof entstand angeblich im Jahr 1803 (Einige geben das Jahr 1784 an). Noch vor seinem Untergang wurde es beschrieben mit zwei Eingängen für die Frauen, von denen Treppen zu einem Umgang (der sogenannte Frauen- oder Frauen- und Männer-)

nannten Frauengalerie) emporführten, der von drei (hölzernen) Säulen getragen wurde und in den spärliches Licht aus den Giebelnfensterchen fiel. Unter dem Umgang waren an die Wand gesetzt Bänke für die Männer. Während der jüdischen Gottesdienste mußten die Männer von den Frauen getrennt sein; die Männer konnten sich daran beteiligen, die Frauen konnten sich nur nähern. Beleuchtet wurde das Gebetshaus mit Kerzen auf Leuchtern. Das Inventar war der jüdischen Gemeinde in Eger im Jahr 1931, die Matrik im Jahr 1932 übergeben worden.

So brannten die hiesigen deutschen Nazisten nur das ausgeräumte Gebäude nieder. Ihre Wut ließen sie auch an einigen Grabmalen des jüdischen Friedhofes aus, dessen älterer Teil sich am unteren und dessen neuerer Teil sich am oberen Graben der städtischen Befestigungen am Schloßberg befand. Für diese Barbarei während der sogenannten Kristallnacht, benannt nach den Scherben der jüdischen Schaufenster, wurde von dem für die hiesige Gegend zuständigen Retributionsgericht in Eger nach dem Jahr 1945 kein einziger Königsberger Nazist verurteilt.

Den Vandalismus der hiesigen Nazisten haben Königsberger Neusiedler und deren Kinder fortgesetzt ...“. Soweit der „Kynšperský zpravodaj“.

Das wegen zehntausendfacher eingeschlagener jüdischer Fenster und Schaufenster vom Berliner Volksmund alsbald als „Reichskristallnacht“ bezeichnete Geschehen, das in den letzten Jahren in Deutschland zunehmend als Pogromnacht bezeichnet wird, hat indessen eine weitgehend unbekannte Vorgeschichte.

Nachdem die Regierung in Polen (am 27. 10. 1938) die Pässe der 17.000 in Deutschland lebenden polnischen Juden für ungültig erklärt und sie damit zu Staatenlosen gemacht hatte, wurden diese auf Veranlassung des damaligen Leiters der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, am 28. Oktober 1938 aus ihren Wohnungen geholt, zur Grenzstation Benschen gebracht und von da über die Felder über die polnische Grenze gejagt. Unter ihnen befand sich der Flickschuster Sendel Grynszpan mit Frau und Kindern. In Polen angekommen, schrieb er an seinen damals 17jährigen Sohn Herszel Grynszpan, der sich in Paris aufhielt, eine Postkarte, in der er in bewegten Worten schilderte,

was geschehen war. Daraufhin faßte Herszel Grynszpan den Entschluß, das seinen Eltern und Geschwistern angetane Unrecht auf eigene Faust zu rächen und ist entschlossen, den deutschen Botschafter in Paris, Graf Johann von Welczek, zu töten. Nachdem er am 7. November in einem Pariser Geschäft einen Revolver gekauft hatte, betrat er gegen halb neun Uhr die deutsche Botschaft in der Pariser Rue de Lille, wird an den für Besuche zuständigen Legationsrat Ernst vom Rath verwiesen, auf den er in der Annahme, es handele sich um den deutschen Botschafter, zwei Schüsse abfeuert, deren Folgen v. Rath am 9. November 1938 – dem Jahrestag des mißglückten Hitlerputsches in München vor 23 Jahren – erlag. Daraufhin erfolgte jene von Josef Brtek erwähnte „Weisung von oben“. In einem von Heydrich unterzeichneten Fernschreiben an die Polizeichefs in ganz Deutschland erging die folgende Weisung (vorgelegt beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptbeschuldigten vom amerikanischen Ankläger F. Walsh):

„Aufgrund des Attentats gegen den Legationssekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht – 9. auf den 10. November – im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzu-

nehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren. In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, daß die deutsche Polizei vom Reichsführer SS die folgenden Weisungen erhalten hat:

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen, zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist.

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnungen zu überwachen und Plünderer festzunehmen.“

(Aus: Joe J. Heydecker und Johannes Leeb: „Der Nürnberger Prozeß“, ab S. 220, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1960.)

Der Prozeß gegen Herszel Grynszpan in Frankreich verzögert sich. Nach dem Vorrücken der deutschen Wehrmacht im Frankreichkrieg kommt Grynszpan in das nicht besetzte Südfrankreich, wird von da aber in das unter der Vichy-Regierung stehende Nordfrankreich ausgeliefert, wo er von deutscher Polizei übernommen und in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin gebracht wird. Auch in Deutschland verzögert sich sein Prozeß, nicht zuletzt, weil Grynszpan zu seiner Verteidigung v. Rath fälschlich homosexueller Beziehungen beschuldigte. Im Laufe des Krieges verliert sich etwa ab 1943 seine Spur.



Der siebzehnjährige Attentäter Herszel Grynszpan nach seiner Festnahme – und die Folgen seines Attentates am 9. November 1938.



VERTRIEBEN – AUCH AUS DEM JUBILÄUM

Auch Deutsche waren ein Bestandteil der Ersten Republik.

Bei den Feierlichkeiten zum 70. Gründungstag der Tschechoslowakei hat man getan, als hätte man vergessen, daß dieses Land der deutschen Minderheit für manches dankbar sein soll.

Das schreibt in der Zeitung „Lidové noviny“ ganzseitig der Autor Marek Kerles, der sich auf ein nicht publiziertes Werk des Schriftstellers Rudolf Boyer v. Berghof (1890 bis 1950) konzentriert. Boyer von Berghof erklärt hier, welche Beziehung die deutschen Bewohner des Böhmerwalds zu ihrer Heimat hatten. Auf diese Weise soll auch ihre Sicht der Geschichte dem tschechischen Leser nähergebracht werden. Das Werk entdeckte im Münchener Sudetendeutschen Archiv der Bohemist und Budweiser Bibliothekar Jan Mareš. Die Broschüre soll bald auf der Internetseite der Budweiser Bohemisten veröffentlicht werden.

Des Schriftstellers Ansicht, daß die Tschechen die Landschaft Böhmerwald eigentlich nicht brauchen, weil sie ihr fruchtbares Binnenland doch haben, hält Kerles für naiv. Kerles kommt allerdings manchmal trotz allem Lob für Boyer von Berghof zu anderen Ansichten: Er schreibt, daß „es die Deutschen ganze drei Jahrhunderte verhindern wollten, daß die Tschechen ihr Selbstbestimmungsrecht bekommen, warum sollten dann die Sudetendeutschen im Jahr 1918 dieses Recht von den Tschechen bekommen?“

Anderswo erklärt Kerles, daß die deutsche Bevölkerung des Böhmerwalds sich immer als ein Bestandteil des deutschsprachigen Raums Mitteleuropas gefühlt hat, es

kann also keine Rede von einem Verrat sein.

Und: „Es reicht, mit einem der Nachkriegsausiedler zu sprechen, damit sofort klar wird, daß nicht der Verlust des Eigentums, sondern gerade der Verlust der kulturellen Landesidentität und Zusammengehörigkeit mit dem Land der Vorfahren für die Deutschen des Böhmerwalds zu den schmerzhaften Erfahrungen gehört.“

Auch nach dem Jahr 1918 haben sie auch weiterhin zugunsten ihres Landes gearbeitet, in dem sie lebten. So wie sie es die ganzen Jahrhunderte getan haben, ohne Rücksicht auf die nationalen Streitigkeiten und Kämpfe.“

Kerles erinnert an die deutschen Kommunalpolitiker in Budweis, über die man heute überhaupt nicht mehr spricht, obwohl sie so viel für ihre Stadt getan haben, wie zum Beispiel der OB Josef Taschek vor 1918. Er kritisiert die Feierlichkeiten zum 28. Oktober, ohne ein Wörtchen zu sagen, daß die Erste Republik auch eine Heimat von drei Millionen Sudetendeutschen war.

Es sei gut, daß „Paroubek die Worte der Entschuldigung bei den deutschen Antifaschisten gesagt hat“, teilt uns der Autor mit, aber:

„Die Beziehungen der deutschen Aussiedler und der jetzigen Bewohner Tschechiens würde vielleicht noch mehr ein einfaches Dankwort verbessern. Nicht nur bei den Antifaschisten, sondern bei allen Deutschen, die die ganzen Jahrhunderte das Holz in den Wäldern des Böhmerwalds gehackt haben und uns ein Kulturerbe hinterließen, auf das wir mit Recht stolz sind.“

Peter Barton

Präsident Klaus kritisiert ORF-Film zu Dukovany

Der tschechische Staatspräsident Václav Klaus ist verärgert wegen des Films „Der erste Tag“ über einen fiktiven Atomunfall im südmährischen Atomkraftwerk Dukovany, der am 6. November im ORF ausgestrahlt worden war. „Der Herr Präsident hat mit seinem österreichischen Amtskollegen Heinz Fischer telefoniert. Er hat ihm gesagt, daß die Angelegenheit sehr unglücklich war und daß derartige Sachen nicht zur Bildung des Vertrauens zwischen den beiden Ländern beitragen“, sagte Klaus-Sprecher Radim Ochvat.

Der tschechische Botschafter in Wien, Jan Koukal, hatte zuvor schon Kritik an dem Film geübt. Es sei seiner Meinung nach „unglücklich und direkt unmoralisch, auf diese Weise die österreichische Öffentlichkeit zu verwirren und zu erschrecken“, sagte Koukal. Der Zugang der österreichischen Filmemacher sei „unprofessionell“ gewesen.

„Der Film wurde so gedreht, daß er die tschechisch-österreichischen Beziehungen beschädigt. Letztendlich wird er aber vor allem die Österreicher schädigen“, meinte Koukal weiters. Nach Konsultationen mit dem Außenministerium in Prag werde eine offizielle Stellungnahme zu der ORF-Sendung erwogen, hieß es. Die ORF-Führung habe laut der tschechi-

schen Nachrichtenagentur CTK im offensichtlichen Bemühen, eventuelle Kritik im Voraus zu entschärfen, den Film auch einem nicht genannten Vertreter der Tschechischen Republik gezeigt. Die tschechische Botschaft in Wien bestritt allerdings diese Information der Nachrichtenagentur.

Der ORF bestätigte die Einladung an Mitarbeiter der tschechischen Botschaft für eine eigene Filmvorführung vor der ORF-Ausstrahlung. Der Sender bedauerte aber, daß diese „die Gelegenheit, den Film vorab zu sehen, nicht wahrgenommen haben“. Markus Wibmer von der ORF-Pressestelle betonte weiters, daß „aus Gründen der Plausibilität das fiktive Szenario von einem ebenso fiktiven Unfall im Reaktor Dukovany“ ausgehe.

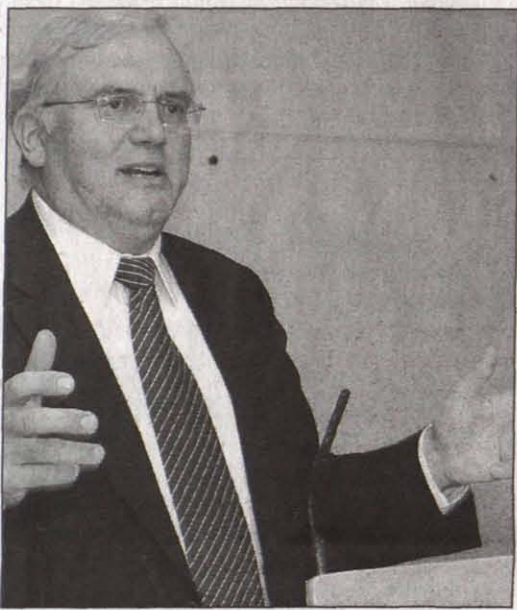
„Es sei darauf hingewiesen, daß dieser im Zusammenhang mit dem dreißigsten Jahrestag der Volksabstimmung um das Kernkraftwerk Zwentendorf stehende Film in keiner Weise als anti-tschechisch zu verstehen ist, was auch in der Darstellung der professionellen Handlungsweise der tschechischen Behörden zum Ausdruck kommt.“

Neben Dukovany wird im Film auch das slowenische KKW Krsko in Zusammenhang mit der Meldung eines Reaktor-Unfalls erwähnt.“

Ausstellung „Zusammenbruch der Monarchie und Ausrufung der Republik (Deutsch-) Österreich“: Die Geburt der Ersten Republik

Am 11. November wurde die Ausstellung im „Haus der Heimat“ „Zusammenbruch der Monarchie und Ausrufung der Republik (Deutsch-) Österreich“ eröffnet. SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihl begrüßte die zahlreich erschienenen Besucher und an der Spitze den Gestalter der gelungenen Ausstellung, Dr. Erik Eybl, und dankte ihm für diese wichtige Arbeit. Anschließend begrüßte er eine Reihe von Ehrengästen: Stadtrat Johann Herzog, Bezirksvorsteher-Stellv. Bernd Zeibel und Bezirksrat Harald Einfalt – alle FPÖ, aus der Patenstadt Klosterneuburg Stadtrat Dipl.-Ing. Franz Lebeth (SPÖ), für den Deutschen Orden Fritz Vogel, für den Freiheitlichen Akademikerverband Bruno Burcharts, NR-Präsident a. D. Gerulf Stix, Schriftsteller Fritz Lange, die Vertreter der Donauschwaben LO Anton Ertl und Frau Mag. Bolzer, BO-Stellv. der Siebenbürger Sachsen Mag. Ludwig Nienstelberger, den Obmann des Deutschmeister-IR 4 Oberst i. R. Kurt Ramler, den Obmann des Kulturvereins Panorama Karl Halama und den aus Wels angereisten SLÖ-BO-Stellv. Dr. Günter Kottek für alle erschienenen SLÖ-Amtswalter.

Es folgte der mit großem Interesse verfolgte Einleitungsvortrag von Dr. Erik Eybl:



Der mit großem Interesse verfolgte Einleitungsvortrag von Dr. Erik Eybl.

„Fragt man auf der Straße, welche Bedeutung der 11. 11. habe, werden die meisten Menschen rasch eine richtige Antwort wissen: „Faschingbeginn“, oder auch noch „Martinigansl“.“

Daß es der Tag war, an dem Kaiser Karl im Jahr 1918 seine „Verzichtserklärung“ unterschrieben hat, wird kaum jemand wissen. Genauso wie nur wenige wissen werden, daß am 12. November 1918 sozusagen der „Geburts-tag“ der Republik Österreich ist. Ich drücke mich da jetzt ungenau aus, aber dazu kommen wir gleich.

Wie auch immer – wir haben ein „8er“-Jahr, also ein Gedenkjahr. Wenn Sie meinen, es gibt ein bißchen viel Gedenkjahre, möchte ich einwenden: Wer viel Geschichte hat, hat auch viele Gedenkjahre: Von den 8er-Jahren liegen 1618 und 1648 als „Eckjahre“ des Dreißigjährigen Krieges in weiter Ferne, auch 1848 taugt eher für romantische oder wissenschaftliche Betrachtungen. 1908 ist ein vergessenes Jahr, dabei war es doch gerade die 1908 erfolgte Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn, die zur Todfeindschaft serbischer Nationalisten und damit zum Mord an Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo und damit zum Ersten Weltkrieg führte. Aus einer geplanten Züchtigung des lästigen Kleinstaates entwickelte sich binnen weniger Tage der Erste Weltkrieg der Geschichte. Mehr als vier Jahre Krieg forderten 17 Millionen Tote, davon 10 Millionen durch unmittelbare Kriegseinwirkung, mehr als 21 Millionen Verwundete und dreieinhalb Millionen Invalide.

Wenn ich zuerst sagte, der 12. November sei der Gründungstag der Republik Österreich, dann ist das aus zwei Gründen ungenau:

Erstens: Der neue Staat hieß nicht „Österreich“ sondern „Deutschösterreich“, da gab es noch andere Namensvorschläge wie „Ostalpenlande“ oder „Bergländerbund“. Es war gar nicht selbstverständlich, daß der Name „Österreich“ beibehalten wurde, wollte man doch jeden Anschein einer Rechtsnachfolge von Österreich-Ungarn vermeiden. Und „Österreich“ war doch sehr mit der Herrscherfamilie verbunden – Österreich war jenes Land, das vom „Haus

Österreich“, von der „Casa d'Austria“ regiert wurde. Also waren neben dem heutigen Österreich auch die Bukowina, Galizien, Restschlesien, Mähren, Böhmen, Krain, die Küstenlande und Istrien „Österreich“. Staatsrechtlich wurde der Begriff 1804 als „Kaiserreich Österreich“ auf alle diese Länder erstreckt, auch auf Ungarn. Erst 1867 wurde aus diesem Einheitsstaat „Österreich“ ein Doppelstaat: „Österreich-Ungarn“ – wobei die beiden Staaten nur durch die Person des Kaisers und einige gemeinsame Angelegenheiten, wie Vertretung nach außen, Krieg, Finanzen verbunden waren. In diesem Staat bekannte man sich seiner Herkunft und Muttersprache entsprechend zu einer Nation. So konnte man sich als Österreicher problemlos als „Italiener“ oder als „Deutscher“ bekennen – und wurde so bei den Volkszählungen auch eingeordnet. Zum Unterschied von der Nationszugehörigkeit nannte man die Staatsbürger Italiens „Reichsitaliener“, die des Deutschen Reiches „Reichsdeutsche“. Erst der Nationalstaatsgedanke mit der Gleichsetzung von Nation und Staat, macht den Umgang mit dem Nationsbegriff so schwer. Dabei ist es ja kein Problem, wenn Angehörige einer Nation in verschiedenen Staaten leben – die Schweiz mit ihren Deutschen, Franzosen und Italienern beweist das ja recht anschaulich. Und das beweist ja auch Österreich, das mittlerweile sehr gut als „zweiter deutscher Staat“ existieren kann.

Die andere Ungenauigkeit betrifft den 12. November als Gründungstag des neuen Staates. Rechtlich wäre eher der 30. Oktober als „Geburts-tag“ zu bezeichnen.

Wie war der Weg dorthin?

Im November 1918 erfüllte sich das Schicksal Österreich-Ungarns und des Deutschen Kaiserreiches. Dieses Jahr begann katastrophal. Als im Jänner die Brotquote der schon hungernden und ausgezehnten Bevölkerung halbiert werden sollte, traten hunderttausende Arbeiter in der ganzen Monarchie in einen Streik, der nur mühsam beendet werden konnte. Es folgte die Meuterei der Matrosen der Kriegsmarine in Cattaro, die für einige Tage einen Gutteil der Flotte in ihre Gewalt brachten. Von nun ab rissen Demonstrationen, Streiks, Plünderungen und vereinzelt auch schon Meuterein von Reservetruppen nicht mehr ab. An der Front war die Moral noch in Ordnung.

In Deutschland verkündeten die Militärmächte Hindenburg und Ludendorff unbeirrbar den Kampf bis zum sicheren Sieg, um nach dem Einbruch der Alliierten am 8. August und die Rücknahme der Front Kaiser Wilhelm im September kategorisch aufzufordern, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, da die Front nicht mehr zu halten sei.

Kaiser Karl hat viel früher begriffen, daß dieser Krieg nicht mehr zu gewinnen ist und daß Österreich-Ungarn an der Seite Deutschlands – Treue hin, Treue her – zugrundegehen werde. Aber ein Friedensschluß war wohl nur noch auf Basis der „Zehn-Punkte“ von US-Präsident Wilson möglich – und die enthielten das für Österreich-Ungarn so explosive „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Um dem zu entsprechen, ohne aber seinen Herrschaftsbereich zu gefährden, forderte Karl die Nationen Österreichs – nicht Ungarns, da war er durch den Krönungsseid gebunden und dürfte die Verfassung nicht ändern – in seinem „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918 auf, eigene Nationalräte zu bilden. Die Polen der Monarchie entließ er überhaupt schon in die staatliche Selbständigkeit, wie immer die auch aussehen möge. Karl schwebte ein Bundesstaat, bestehend aus einzelnen national möglichst geschlossenen Teilstaaten vor, die unter gemeinsamer Herrschaft der Habsburger standen. Die Idee kam zu spät und war in ihrer Wirkung wohl nicht völlig durchdacht – aber es war immerhin eine Idee. Kaiser Wilhelm II. hatte für sein in Chaos zerfallendes Deutsches Reich keine Idee, außer sich in das Armeehauptquartier nach Spa zu flüchten.

Der Aufforderung, Nationalversammlungen zu gründen, kamen alle Nationen, ja oft sogar einzelne Wahlkreise nach – nur mit der Idee eines „Bundesstaates unter Habsburgs Führung“ hatte Karl die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Habsburg war nicht nur daran, den Krieg zu verlieren, es hatte in den weitesten Schichten der Bevölkerung, auch auf dem Land, jedes Vertrauen verloren. Der Tenor der Kritik war: Wer sein Volk nicht ernähren kann, soll nicht Krieg führen.

So traten am 21. Oktober die 1911 gewählten Abgeordneten der deutschen Wahlkreise Österreichs zusammen – also auch die Südtiroler und deutschböhmenischen und deutschmährischen Abgeordneten – und bezeichneten sich als „provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs“. Im Sinne des „Völkermanifestes“ wurde diese Nationalversammlung zum Gründungsorgan des Deutschösterreichischen Nationalstaates. Daran konnten die Abgeordneten Deutsch-Westungarns (das spätere Burgenland) nicht teilnehmen – dieses Land gehörte ja noch zu Ungarn, für Ungarn galt das „Völkermanifest“ nicht und daher hätte ihnen die Legitimität gefehlt, sich an einer Nationalversammlung der österreichischen Reichshälfte zu beteiligen. Um sich vom kaiserlich-königlichen Reichsrat als Vertretungskörper des Gesamtstaates Österreich zu unterscheiden, trat die Provisorische Nationalversammlung nicht im Parlamentsgebäude, sondern im niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse zusammen – der Ort war bewußt gewählt worden, war er doch der Ausgangspunkt der bürgerlichen Revolution am 13. März 1848 gewesen.

Karl Renner wird Staatskanzler

Die nächste Sitzung nach dem 21. Oktober fand am 30. Oktober wieder im niederösterreichischen Landhaus statt. Dort nahm die Provisorische Nationalversammlung den unter Federführung von Karl Renner erarbeiteten Entwurf einer provisorischen Verfassung an und wählte eine provisorische Regierung unter dem provisorischen Staatskanzler Renner – man war halt sehr provisorisch zu dieser Zeit. Diese Tatsachen teilten die Politiker vom Balkon des Landhauses den in der Herrengasse wartenden Menschenmassen mit, ein Akt, der auch im neuen „Staatsgesetzblatt“ als Nummer 1 geführt wird. Ein vom nunmehrigen Bundespräsidenten Renner 1948 in Auftrag gegebenes Bild des Malers Max Frey trägt den Titel „Die Ausrufung der 1. Republik am 30. Oktober 1918“. Auch das „Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich“ beginnt mit den Beschlüssen vom 30. Oktober 1918.

Über die Regierungsform des neuen Staates wurde am 30. 10. noch nichts beschlossen, noch war man ja Monarchie, auch wenn fast allen Beteiligten klar war, daß nur eine Republik in Frage kommen wird. Nachdem der „Teilstaat“ Deutschösterreich am 30. 10. eine – wenn auch nur provisorische – Verfassung und Regierung erhalten hatte, übergab der letzte kaiserliche Ministerpräsident, Prof. Heinrich Lammasch, die Verwaltung für Deutschösterreich an Staatskanzler Renner. Es fehlte eigentlich nur noch die Lösung der Frage der Staatsform – und eine Legitimierung durch Kaiser Karl, da man als Österreicher ja nicht wirklich Revolution machen wollte.

Mittlerweile überschlugen sich die Ereignisse an der Front: Am 24. Oktober – dem Jahrestag der ein Jahr vorher so verheerend verlorenen 12. Isonzoschlacht – begann Italien eine Offensive am Piave, der nur mit Mühe standgehalten werden konnte. Bulgarien und die Türkei suchten um Waffenstillstand an, was den Alliierten einen Vormarsch aus Griechenland Richtung Ungarn ermöglichte. Die ungarische Regierung, die ebenfalls schon einen Trennungsprozeß vom Königshaus eingeleitet hatte, rief nun die ungarischen Truppen von der Italienfront zurück, die Reservetruppen weigerten sich, an die Front zu gehen. Am 1. November nahmen österreichische Parlamentäre Verbindung mit dem italienischen Abschnittskommando auf, am 3. 11. trat der Waffenstillstand nach österreichischer Ansicht in Kraft, wobei Italien den Zeitpunkt um einen Tag später definierte. Während die k.u.k. Armee die Kampfhandlungen einstellte marschierte die italienische Armee durch die österreichischen Reihen vor und bezeichnete alles bis zum 4. November erreichte Land als erobert. Mehr als 350.000 Soldaten der k.u.k. Armee gerieten am letzten Kriegstag so in Gefangenschaft, vielleicht gar nicht zum Schrecken der österreichischen Behörden, die weder wußten, wie sie die Menschen ernähren sollten, noch wie sie dem revolutionären Potential und möglichen Plünderungen Herr werden würden.

In Deutschland hatte der letzte kaiserliche Reichskanzler, Prinz Max von Baden, am 9. November einfach die Abdankung Kaiser Wilhelms II. erklärt, ohne diesen vorher davon zu informieren. Damit wurden Fakten geschaffen.

Wilhelm reiste aus dem Hauptquartier im belgischen Spa sang- und klanglos ins holländische Exil, ohne deutschen Boden wieder zu betreten. Anders in Österreich: Kaiser Karl zog mit der Familie wegen der unsicheren Verhältnisse in Wien zwar aufs Land, nach Schloß Eckartsau, das auch näher an der ungarischen Grenze lag. Karl war ja auch gekrönter König von Ungarn. Allerdings hatte die Monarchie praktisch keinerlei Rückhalt mehr in der Bevölkerung, auch nicht bei der als loyal geltenden Landbevölkerung, die unter der Kriegswirtschaft und brutalen Requirierung besonders zu leiden hatten. Sogar aus den früher so kaisertreuen Bundesländern und aus dem Klerus kam die Forderung nach der Republik als dem kleineren Übel als Revolution und Bolschewismus. Bezeichnenderweise gab es nur einen Abgeordneten der provisorischen Nationalversammlung, der sich vehement für die Beibehaltung der Monarchie ausgesprochen hat: Der 1928 zum Bundespräsidenten gewählte Christlichsoziale Wilhelm Miklas.

Kaiser Karl macht den Weg frei

Staatskanzler Renner drängte nun auf Abdankung des Kaisers, um klare Verhältnisse schaffen zu können und vor allem einer Revolution vorzubeugen. Karl entsprach diesem Wunsch nicht, bis Minister Seipel, der spätere Bundeskanzler, eine Formulierung fand, die auch der Kaiser unterschreiben konnte: Er verzichtete auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften und er anerkannte im vorhinein jede Entscheidung, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trafe. Wenn auch nicht de jure – de facto war das eine Abdankung.

Nachdem dieser Formalakt am 11. November erledigt war, konnte die provisorische Nationalversammlung am 12. November das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“ beschließen, dessen § 1 besagt: „Deutschösterreich ist eine parlamentarische Republik“ und § 2: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“.

Dieser Gesetzesbeschluß wurde sodann vom Linzer Bürgermeister Dr. Franz Dinghofer, Deutschnationaler und einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung beziehungsweise des als Vollzugausschuß gewählten zwanzigköpfigen Staatsrates, auf der Parlamentsrampe verkündet. Unter den Menschenmassen waren zahlreiche Kommunisten, die mit „Hoch die sozialistische Republik“ konterten, womit sie Räterepublik nach bolschewistischem Muster meinten. Der Kommunistenführer Tomann, ein als Bolschewik aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Soldat, verkündete ebenfalls vor dem Parlament diese Räterepublik, aus den rot-weiß-roten Fahnen wurde der weiße Mittelstreifen herausgerissen, rote Fahnen aufgezogen. Rollbalken knattern, das irrümlich als Maschinengewehrfeuer gedeutete Geräusch erwidern Kommunisten mit echten Schüssen gegen das Parlamentsgebäude – Tote und Verwundete blieben auf der Strecke. Am Abend war die Wiener Polizei unter ihrem energischen und tatkräftigen Präsidenten Johannes Schober wieder Herr der Lage.

Was waren nun die Aufgaben der ersten Regierung dieses Deutschösterreich:

○ Die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung war sicherzustellen. Österreich war das auf der Welt am schlechtesten versorgte Land, die Bevölkerung buchstäblich dem Hungertod nahe. Argentinien hat als erstes mit einem nicht rückzahlbaren Kredit in Höhe von 5 Millionen Pesos geholfen, dann die Schweiz, Dänemark, Schweden und Holland – Straßen- und Plätze-namen erinnern in Wien daran. Die USA mußten erst rechtliche Bedenken aus dem Weg räumen, doch dann sicherte die amerikanische Hilfe unzähligen Kindern in den Städten das Überleben.

Wegen des großen Interesses wird die Ausstellung „Zusammenbruch der Monarchie und Ausrufung der Republik (Deutsch-) Österreich“ im „Haus der Heimat“, Steingasse 25, 1030 Wien bis 12. Dezember 2008 verlängert. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr. Im SLÖ-Büro, 2. Stock melden, oder nach telef. Vereinbarung (SLÖ 01 / 71 85 919). Führungen durch den Gestalter der Ausstellung, Dr. Erik Eybl, finden am Mittwoch, 26. 11., Donnerstag, 4. 12. und Mittwoch, 10. 12., jeweils um 18 Uhr, statt.

○ Für Ordnung und Sicherheit nach außen war der Spielraum sehr gering: Keine Chancen gab es gegen die Besetzung der Gebiete, auf die die Sieger Anspruch erhoben, Südtirol und das Kanaltal. Während sich die Kärntner gegen die Besetzung durch Truppen des neuen SHS-Staates (später Jugoslawien) zuerst erfolgreich zur Wehr setzen konnten, mußte die steiermärkische Landesregierung die Besetzung der Untersteiermark durch den ehemaligen k.u.k. Hauptmann und nunmehrigen SHS-General Majster hinnehmen: Zu sehr war man auf Lebensmittelhilfe durch den Nachbarn angewiesen. Gegen die Besetzung wichtiger Bahnknotenpunkte in Südmähren und Südböhmen durch tschechisches Militär setzte man zwar Volkswereinheiten in Marsch, diese beschäftigten sich aber mehr mit der Suche nach Verpflegung und zogen sich bald zurück.

○ Chaotisch war die Situation im Inneren: Zurückflutende Frontsoldaten, heimwärtsdrängende Kriegsgefangene, aus ihren Verstecken kommende Deserteure, marodierende Banden, Plünderer prägten die ersten Tage der jungen Republik. Dagegen halfen örtliche Selbstschutzeinheiten aus denen später die Heimwehren entstehen sollten.

○ Und dann gehörten noch die republikanisch-demokratischen Strukturen abgesichert: Möglichst rasch waren Wahlen zur Ablösung der vielen Provisorien durchzuführen, um die Staatsorgane zu legitimieren und größte politische Gefahr abzuwenden: Eine bolschewistische Machtübernahme. Bei den Wahlen vom 16. Februar 1919 erzielten die Sozialdemokraten eine relative Mehrheit und Karl Renner bildete eine Koalitionsregierung mit der zweitstärksten Partei, den Christlichsozialen.

Alliiertes Anschlußverbot

Und dann gab es ja noch den § 2 des Gesetzes vom 12. November, der besagte „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“. Der Anschluß an Deutschland war vorzubereiten. Kaum jemand glaubte an die Lebensfähigkeit dieses Kleinstaates, und nachdem das „Haus Österreich“ weggefallen war, fand man keinerlei Notwendigkeit, den „Staat Österreich“ selbständig zu erhalten. Das war nicht nur die Überzeugung der Deutschnationalen, gerade die Sozialdemokraten und hier wieder deren Chefideologe Otto Bauer vertraten unbeirrbar die Idee des Anschlusses an Deutschland, wobei man sich natürlich ein sozialistisches Deutschland vorstellte. Bauer, mittlerweile Staatssekretär für Äußeres, führte Geheimverhandlungen mit dem deutschen Außenminister, die weit gediehen und in denen unter anderem festgelegt wurde, daß der Reichspräsident abwechselnd in Berlin und Wien residieren sollte. Der Anschluß wurde daher auch schon in die Deutsche Reichsverfassung von

1919 aufgenommen. Aber klar war auch, daß die Siegermächte, allen voran Frankreich, keine territoriale Stärkung Deutschlands zulassen konnten. Folgerichtig wurde sowohl im Vertrag von St. Germain en Laye als auch in dem von Versailles der Anschluß verboten bzw. mußte das Deutsche Reich die Selbständigkeit Österreichs anerkennen. Das ging bis zum Verbot des Namens „Deutschösterreich“, den der junge Staat im Sommer 1919 auf Österreich ändern mußte.

Jedenfalls hatte die sozialdemokratisch dominierte Regierung mit ihrem Anschlußfieber den Deutschen der ehemaligen Monarchie keinen guten Dienst erwiesen. Daß die Preisgabe deutschsprachigen Gebietes entgegen dem selbstpropagierten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ durch die Siegermächte an Italien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei so willfährig passierte, war auch auf die Angst zurückzuführen, daß diese Gebiete sich via Österreich erst recht wieder an Deutschland anschließen werden.

Seine Selbständigkeit verdankt Österreich – wider Willen – den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg. Doch diese Verträge sollen Gegenstand einer Ausstellung im Jahr 2009 sein, unter dem Titel: „St Germain und die Folgen“.

Der Erste Weltkrieg und das Jahr 1918 sind die Schicksalsereignisse europäischer Geschichte schlechthin. Die allermeisten kontinentalen Probleme dieses so blutigen 20. Jahrhunderts sind darauf zurückzuführen:

Die russische Revolution von 1917 führte zur Etablierung kommunistischer Diktaturen in Mittel / Osteuropa und Asien.

Die sogenannten Friedensverträge schufen weit mehr Probleme als sie lösten und führten direkt zur Apokalypse des Zweiten Weltkrieges – somit kann man die Zeit von 1914 bis 1945 auch als einen „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ sehen, denn die Zeit dazwischen war alles andere als friedlich. Allerdings: Als das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn dem zusammengebrochenen Rußland den Frieden diktierte, war man kaum anders vorgegangen.

Kaum der eisernen Faust der Diktatoren entkommen, zerbrachen Kunststaaten wie die Tschechoslowakei oder Jugoslawien – der eine friedlich, der andere blutig.

Die Spaltung der Bevölkerung in einander feindliche – selbst heute noch mißtrauische ideologische Lager.

Radikalisierung der Gesellschaft einerseits durch die beharrliche Verweigerung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ gegenüber den Besiegten bei gleichzeitigem Fehlen jeglichen Minderheitenschutzes andererseits durch die wirtschaftliche Knebelung.

Und schließlich führte der Krieg zu einer allgemeinen menschlichen Verrohung, einer ho-

hen Gewaltbereitschaft und Waffenpräsenz bei geringer Toleranz gegenüber „Anderen“ – anderer Nationalität, Andersdenkenden und Andersgläubigen. Aus Geringschätzung wurde verbale Aggressivität, aus verbaler wurde physische Aggressivität und diese mündete in Vertreibung, Vernichtung, Ausrottung.

Gedenken und Erinnern

So sei in diesen Novembertagen 2008 nicht nur der Gründung der „Republik Deutschösterreich“, sondern den Opfern aller Vertreibungen und Pogrome gedacht, die eine Folge dieses Ersten Weltkrieges waren: Das begann mit den Novembepogromen 1918 an Juden in Galizien und führte geradlinig zu den in der zynisch „Reichskristallnacht“ genannten Nacht von 9. auf 10. November 1938 begonnen Pogromen an Juden im Deutschen Reich; dazu gehörte aber auch die unter dem Mantel der Freiwilligkeit durchgeführte Austreibung der Südtiroler ab 1939 und die Pogrome an den Deutschen in Preußen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und anderen Siedlungsgebieten im Osten zu Ende des Zweiten Weltkrieges. Egal welche Nation, Überzeugung und Religion: Jedesmal waren es die Unschuldigen und Wehrlosesten, die aus ihren Wohnungen gezerrt, beraubt,

geschlagen, vertrieben oder ermordet wurden. Die Erinnerung an diese gar nicht so ferne Zeit, die die meisten Menschen heute wenn überhaupt nur von Erzählungen her kennen, sollte uns dankbar machen, daß wir in der längsten Friedensperiode der österreichischen Geschichte leben dürfen. Wie immer man zur Europäischen Union stehen mag: Wenn sie ihre Rolle als Friedensorganisation in diesem tausendfünfhundert Jahre lang geradezu manisch von Kriegswut heimgesuchten Europa erfüllt, ist sie die wertvollste Errungenschaft seit der pax romana.

Ich darf Ihnen nun zum Ende noch ein Musikstück vorspielen und stelle im Stil der Millionenshow die Frage:

Von welcher der folgenden Personen stammt kein Text für eine österreichische Hymne? Ottokar Kernstock, Karl Renner, Johann Gabriel Seidl oder Franz Werfel?*

Die richtige Antwort war Franz Werfel und wir hörten die Hymne von Karl Renner.

Die begeisterten Zuhörer dankten dem erfrischend Vortragenden mit viel Beifall.

Anschließend stand Dr. Erik Eybl im Ausstellungsraum für Fragen zur Verfügung und ebenso beim anschließenden gemütlichen Beisammensein im Festsaal.

DEUTSCHÖSTERREICH, DU HERRLICHES LAND

Text von Karl Renner, Melodie: Wilhelm Kienzl, 1920 bis 1929 als Bundeshymne gesungen.

1. Deutschösterreich, du herrliches Land, wir lieben dich!

Hoch von der Alm unterm Gletscherdom
Stürzen die Wasser zum Donaustrom:
Tränken im Hochland Hirten und Lämmer,
Treiben am Absturz Mühlen und Hämmer,
Grüßen viel Dörfer, viel Städte und zieh'n
Jauchzend zum Ziel, unserm einzigen Wien!
Du herrliches Land, unser Heimatland,
Wir lieben dich, wir schirmen dich.

2. Deutschösterreich, du tüchtiges Volk, wir lieben dich!

Hart ist dein Boden und karg dein Brot,
Stark doch macht dich und klug die Not.
Seelen, die gleich wie Berge beständig,
Sinne, die gleich wie Wasser lebendig,
Herzen so sonnig, mitteilbarer Gunst,
Schaffen sich selber ihr Glück, ihre Kunst.
Du tüchtiges Volk, unser Muttervolk,
Wir lieben dich, wir schirmen dich.

3. Deutschösterreich, du treusinnig Volk, wir lieben dich!

Dienende Treu schuf dir Not und Reu,
Sei uns in Freiheit dir selber treu!
Gibt es ein Schlachtfeld rings in den Reichen,
Wo deiner Söhne Knochen nicht bleichen?
Endlich brachst du die Ketten entzwei,
Dien dir selber, sei dein! Sei frei!
Du treusinnig Volk, unser Duldevolk,
Wir lieben dich, wir schirmen dich.

4. Deutschösterreich, du Bergländerbund, wir lieben dich!

Frei durch die Tat und vereint durch Wahl,
eins durch Geschick und durch Blut zumal.
Einig auf ewig, Ostalpenlande!

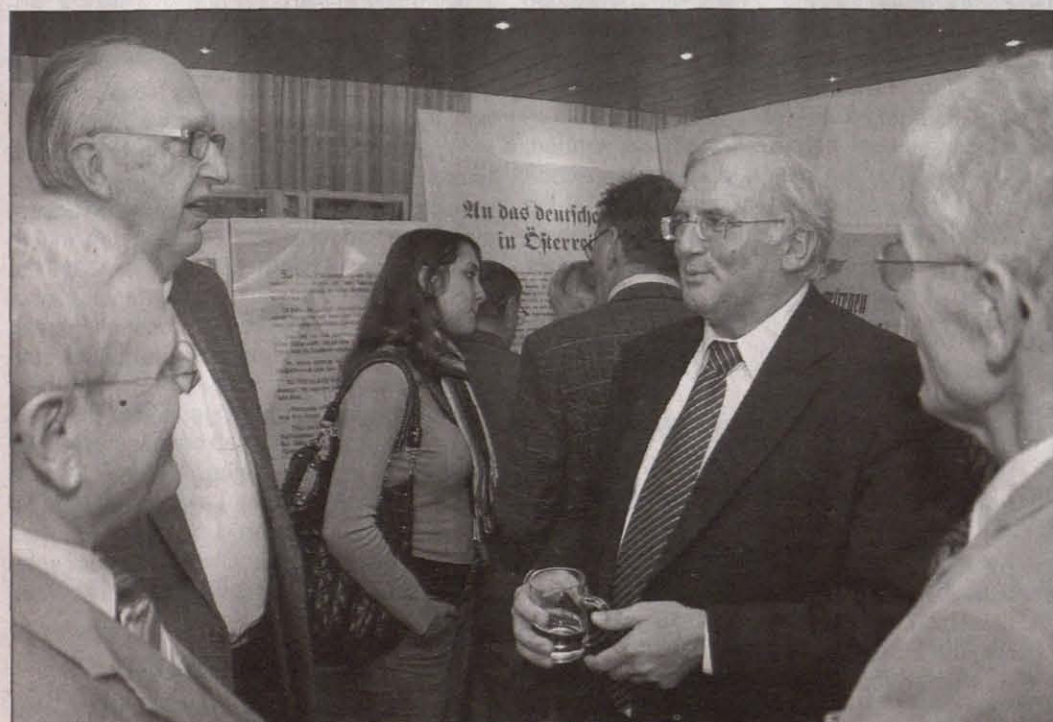
Treu unserm Volkstum, treu dem Verbande!
Friede dem Freund, doch dem Feinde, der droht,
Wehrhaften Trotz in Kampf und Not!
Du Bergländerbund, unser Ostalpenbund,
Wir lieben dich, wir schirmen dich.

Geschichte der Renner-Kienzl-Hymne

Der Text wurde 1920 vom Staatskanzler Karl Renner persönlich gedichtet, die Melodie dazu stammt von Wilhelm Kienzl. Beabsichtigt war, ein republikanisches Gegenstück zur Volkshymne des österr.-ungarischen Kaiserreichs zu schaffen. Obwohl es Österreich gemäß den Bestimmungen im Vertrag von Saint Germain vom 10. September 1919 untersagt war, den Namen „Deutschösterreich“ zu führen, unter welchem sich die deutschen Gebiete der untergegangenen Monarchie 1918 zunächst konstituiert hatten, verwendete Renner den Namen in dem Liedtext dennoch. Daneben benutzte er auch einige weitere Bezeichnungen, welche für den neuen Staat bei der Namenswahl ebenfalls, allerdings unter ferner liefen, in Betracht gezogen worden waren („Bergländerbund“, „Ostalpenlande“).

Kienzl selbst hat sich zu der Hymne wie folgt geäußert: „Da die kraftvollen, edlen, wenn auch nicht gerade volkstümlich gehaltenen Verse sich von jedweder Parteipolitik fernhalten und nur von der Liebe zum Vaterland sprechen, nahm ich das Angebot Renners an und belastete mich dadurch mit der schweren Verantwortung, die sich für mich unwillkürlich aus dem durch die geschichtliche Entwicklung hervorgerufenen Umstand ergab, für die im tiefsten Herzen jedes Österreicher wurzelnde, in ihrer erhabenen Volkstümlichkeit unerreichbare unsterbliche Melodie Haydns einen ‚Ersatz‘ schaffen zu müssen.“

Wegen mangelnder Popularität – die Melodie war für die Masse zu wenig eingängig und der Text wenig mitreißend – wurde die Renner-Kienzl-Hymne 1929 durch die sogenannte Kernstock-Hymne „Sei gesegnet ohne Ende“, wieder nach der Melodie der Kaiserhymne von Joseph Haydn, ersetzt.



Links oben: Dr. Kottek zeigt BO Zeihsel sein Znaim. – Links unten: Die interessierte Zuhörerschaft. – Oben: In der Ausstellung (von links): StR Herzog, Dr. Vogel, FrI. Strecker, Dr. Eybl und Oberst i. R. Seiter

Widerwärtig

Die deutsche Bundesregierung praktiziert eine widerwärtige, abstoßende Bußpolitik gegenüber Polen und Tschechien. Man nähert sich diesen Vertreiberstaaten nur auf Knien rutschend und bewirkt nichts anderes, als daß dort Selbstgerechtigkeit, Realitätsferne und übersteigertes Selbstbewußtsein fröhliche Urständ feiern. Man kann daher verstehen, daß die Vertreter Polens und Tschechiens, die mit Recht ein schlechtes Gewissen haben müssen, alles versuchen, um ihre Völker von dem Vorwurf des Völkermordes an den Deutschen fernzuhalten.

Dagegen ist man geneigt, es als pathologisch zu bezeichnen, wenn auch Deutsche sich in die Reihen jener stellen, die die Vertreibungen aus dem Osten, dem Sudetenland oder von sonstwo rechtfertigen! Wie gerade es jetzt die Berliner Regierung tut und die das Scheitern der Vertriebenenorganisation „Preußische Treuhand“ vor dem Europäischen Gerichtshof höhnisch begrüßt. Also Deutsche gegen Deutsche! Wenn Kanzlerin Angela Merkel schon früher polnischen Politikern sagte, Deutschland lehne jede Unterstützung der berechtigten Restitutionsforderungen deutscher Vertriebenen ab, so war das abweisende „Urteil“ vor dem EGMR vorauszu sehen. Die Anbiederung der BdV-Präsidentin Erika Steinbach an die Meinung ihrer Chefin Merkel ist bedeutungslos, ihre Distanzierung von der Klage von vornherein aber ein verräterischer Affront den Vertriebenen gegenüber!

Man muß sich die Frage stellen, ist Versöhnung durch Vertreibung möglich? Diese Argumente kehren oft in zahlreichen polnischen Stellungnahmen wieder. Man kann hören, „das notwendige Übel Aussiedlung hat einen Neuanfang zwischen Deutschen und Polen erst ermöglicht!“ Ähnliche Stimmen kommen auch aus Tschechien. Erstaunlich, welche Verantwortlichen dabei für die Vertreibung der Deutschen gefunden werden: Nicht nur Hitler und seine Nationalsozialisten, sondern ausdrücklich auch Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, die „kein besseres Rezept als den Bevölkerungstransfer“ sahen, um funktionsfähige Staaten zu schaffen. Damit nicht genug, hat Polens Ex-Außenminister Bartoszewski hinsichtlich der deutschen Vertriebenen einmal gesagt, sie hätten „nicht die schlechteste Karte“ mit der Vertreibung gezogen, denn „ihre Kinder und Enkelkinder wurden geboren und wuchsen als freie Bürger Westdeutschlands und Europas“ auf. Wobei man schon hinzufügen muß, sofern sie nicht bei Vertreibung und Flucht umgebracht wurden oder auf andere Weise zu Tode kamen!

Für ihn sind jene Ostdeutschen, die vor der nahenden Sowjetarmee flohen, „die Schuldigen“, haben sie sich doch aus „Angst mit der Wehrmacht“ davongemacht. Aber war es unbegründete Angst, wenn man von den kühl kalkulierten und durchgeführten Greueltaten, Vergewaltigungen der roten Soldateska im Osten hörte oder die haßerfüllten Aufrufe des sowjetischen Chefpropagandisten Ilja Ehrenburg „Töte den Deutschen!“ kannte?

Eine Versöhnung zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Völkern wird wohl nur dann gegeben sein, wenn auch den Vertriebenen vor internationalen Gerichten und Gremien in einem Europa der Gerechtigkeit jene Wiedergutmachung, Restitution und Anerkennung zuteil wird, die die Vertreiberstaaten bisher beharrlich verhindert haben. Oder gibt es in Polen und Tschechien doch auch vernünftige Staatsmänner, die aufgrund freier Willensentscheidung Vermögensfragen derart beschließen, daß Unrecht nicht wieder durch tausendfaches Unrecht beantwortet wird? Leider wohl kaum...

Kurt Heinz, Wien

Vor den Vorhang!

Der leitende Redakteur der Zeitung „Die Presse“, Prof. Hans Werner Scheidl, schreibt am Samstag, dem 15. 11. 2008 in seiner Kolumne „Die Welt bis gestern“ zum Thema „Republikumsstellung“ im Parlament in Wien (läuft bis 11. 4. 2009, Einzelbesuch nicht möglich, nur Führungen) unter anderem:

„...Umso mühsamer gestaltet sich der Anfang. Nicht einmal die genauen Staatsgrenzen Deutsch-Österreichs standen fest. An das Burgenland, damals Deutsch-Westungarn,

dachten die Gründungsväter noch gar nicht“, erinnert Prof. Karner bei einem Rundgang durch die Schau. Viel wichtiger waren ihnen die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren. Auf die erhob aber 1918 die soeben gegründete Tschechoslowakei Anspruch. Als sich die Sudetendeutschen um ihr Selbstbestimmungsrecht geprellt sahen, rief der Sozialdemokrat Josef Seliger seine Landsleute zu Protestkundgebungen in sudetendeutschen Städten auf. Diese wurden von der damaligen (tschechischen) Staatsmacht gewaltsam unterdrückt.

54 Tote und hunderte Verletzte waren die Folge dieser Aktion. Der Höhepunkt dieses Unabhängigkeitskampfes war am 4. März 1919 erreicht. Doch anders als beim Widerstand in Kärnten gelang es den deutschen Böhmen, Mähren und Schlesiern nicht, bei Österreich bleiben zu dürfen.

So gestaltete sich die kurze Zwischenkriegszeit nicht nur für die Österreicher als Abfolge ständig neuer Katastrophen. Auch den früheren Kronländern, die nun eigene Nationalstaaten gebildet hatten, ging es nicht viel besser. Und die altösterreichischen Minderheiten wurden ihrer kulturellen Identität beraubt: Südtiroler und Kanaltaler in Italien, Sudetendeutsche und Österreichisch-Schlesier in der CSR, Donauschwaben in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, Untersteirer und Unterkärntner im Königreich Jugoslawien. Die Katastrophe namens Hitler traf dann alle gleichermaßen...

Hier hat Herr Professor Scheidl in kurzen Worten das ausgedrückt, was geschah und was uns bewegt. Dafür danken wir ihm und sagen: „Bitte vor den Vorhang!“

Es ist zu hoffen, daß auch andere Zeitungen, der ORF usw. ebenso reagieren werden, wenn der 4. März 2009 heransteht – denn da begehen wir „vor 90 Jahren das Eintreten für Österreich und das Selbstbestimmungsrecht“. Damals starben 54 Menschen für ihr Eintreten für Österreich – ebenso wie am Marburger (an der Drau) Blutsonntag am 11. Februar 1919.

Es wäre sehr angebracht, wenn das offizielle Österreich, vor allem der Nationalrat – denn am 4. März 1919 fand die erste Sitzung der prov. Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich, ohne Beteiligung der gewählten sudetendeutschen Abgeordneten, die von der CSR gehindert wurden, nach Wien zu reisen, statt – dieser großen Österreicher, die ihr Leben für dieses Land hingaben, einmal würdig gedenkt. In diesem Zusammenhang wird an die Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 7. Juni 1919 erinnert, wo die Sozialdemokraten, die Christsozialen und der Vertreter der „volksbewußten Judentum Deutsch-Österreichs“ zum Thema Südtirol, der Steiermark, Kärnten, im ganzen Sudetenland gegen die Abtretung von Gebieten, protestierten und den dort lebenden Deutsch-Österreichern ihre Verbundenheit demonstrierten.

Die Landsmannschaft ist gefordert, mit dem Nationalratspräsidium sofort Kontakt aufzunehmen und auf den 4. März 1919 entsprechend hinzuweisen und um ein entsprechendes Gedenken zu ersuchen.

Tschechien hat am 1. Jänner 2009 den EU-Vorsitz – das sollte den Österreichischen Nationalrat nicht daran hindern, wir brauchen nicht zu buckeln oder Bedenken haben, das haben die Prager Herren auch nie gehabt.

Auch die Stadt Wien wäre zu ersuchen, einen Platz oder einen anderen geeigneten Ort nach den Opfern des 4. März 1919 zu benennen, hat doch der Sozialdemokrat Josef Seliger zu den friedlichen Demonstrationen an diesem Tag aufgerufen. Auch da müßte man vorstellig werden.

Alle Landsleute sind aufgerufen, sich für ein Gedenken und eine Platzbenennung einzusetzen, sei es mit Briefen, Anrufen, E-mails usw. Es müßte wie eine Lawine sein – da ist jeder von uns gefordert. Überlassen wir dies nicht anderen, dem Nachbarn – sondern agieren wir selbst. Hubert Rogelböck, Wien

Regelverstoß

In jeder uns bekannten Gesellschaft versuchen die Menschen den Problemkreis der Erfolglosigkeit durch rational begründetes, ge-

sellschaftliches oder politisches Handeln praktisch zu bewältigen. Zu diesem Zweck hat Manfred Maurer in der Kolumne „Schamlos“ in der Ausgabe 21 zur Überwindung der Unzulänglichkeit unserer Interessenvertretung die sudetendeutsche Erlebnissgeneration und ihre Nachkommen zur politischen Offensive aufgerufen, um Macht und Einfluß der politischen Parteien für unsere Anliegen zu sichern. Diese Rollenerwartung und selbst die Rollenannahme der Erlebnissgeneration samt ihrer Nachkommen mit der Möglichkeit entsprechender Kontaktaufnahmen wird nicht dafür ausreichen, die Grundausrichtung der politischen Parteien zu beeinflussen wie es wünschenswert wäre. Dies wird zum Beispiel durch die in der gleichen Ausgabe der „Sudetenspost“ erörterte Reaktion der Parteispitzen Merkel und Steinmeier auf den verlorenen Rechtsstreit der Preußischen Treuhand verdeutlicht. Für die Interessenwahrung besteht deshalb im allgemeinen die Tendenz, durch Verbindungen und Zusammenschlüsse eine gewisse Stabilität und größere Resonanz zu erreichen und sich dadurch vor Willkürlichkeit und Opportunismus zu schützen. Eine Bestätigung für die Wirksamkeit derartiger Interessenwahrung erbringt der Bericht des Bundesministeriums des Inneren vom 15. 3. 2002 mit der Überschrift: „Benachteiligung der Rumänendeutschen bei der Bodenrückgabe beseitigt“. Dieser Hergang und Vollzug von Rechtsgleichheit wird wie folgt dargestellt: Die rumänische Regierung hatte im Sommer 2001 eine Verordnung verabschiedet, die de facto die Rumänendeutschen im erheblichen Umfang von der Landrückgabe ausschloß. Die deutsche Seite hat hiergegen u. a. auch gegenüber dem Premierminister von Rumänien wiederholt auf Änderung gedrängt. Bereits Ende 2001 hat die rumänische Seite die Änderung dieser Verordnung im Sinne der Rumänendeutschen eingeleitet. Der Leiter der rumänischen Regierungsdelegation ... erklärte nunmehr bei der deutsch-rumänischen Regierungskommission in Berlin, daß in dieser Woche auch die Abgeordnetenkammer in Rumänien entsprechende Änderungen zur Zufriedenheit der deutschen Minderheit vorgenommen hat. Es ist dies ein Beispiel für die Verwirklichung des politischen Systems der Bundesrepublik, wo politische Parteien oder andere Zusammenschlüsse wie Interessenverbände (Lobbyisten) Macht und Einfluß ausüben sowie Entscheidungen herbeiführen, soweit sie nicht vergleichbar erfolglos agieren wie die zuständigen Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Nichtsdestoweniger haben die geschädigten Landsleute einen Anspruch auf eine wirkungsvolle Geltendmachung ihrer Interessen durch den Gesellschaftsvertrag, den die ordnende Norm der SL-Satzung darstellt, und zwar durch den konstitutiv festgelegten Paragraph 3 mit der Wahrung aller Belange in der Heimat sowie in den Aufnahmegebieten, mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf die Heimat sowie das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums zu wahren. Das bedeutet für die SL-Verantwortungsträger, daß der damit zum Ausdruck gebrachte Willen der Gemeinschaft in seinem Gehalt nicht angetastet, geändert oder aufgehoben werden darf, diesem vielmehr bei der Aufgabenerfüllung entsprochen werden muß, so wie es zum Beispiel im Gelöbnis des Sprechers seinen Ausdruck findet. Hiernach wird gelobt, das Amt gemäß Satzungsvorschrift auszuüben und die Interessen der Landsleute jederzeit und gegenüber jedermann nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten. Diese Selbstverpflichtung setzt ein zielführendes, dem Grundsatz der materiellen Wiedergutmachung dienendes Handeln voraus und macht ein entsprechendes Eingreifen erforderlich für den Fall, daß die von dieser Verantwortlichkeit ausgehenden ideellen und eigentumsrechtlichen Anforderungen nicht erfüllt werden. Nach den seitherigen Erfahrungen muß man leider feststellen, daß sich das für diese Aufgabenstellung notwendige traditionelle Ethos mehr und mehr aufgelöst hat. In der Wirklichkeitsdimension dieser Verantwortung hat sich das allgemeine Bewußtsein gebildet, daß die Handlungserwartungen nicht erfüllt werden, weil

gegen die Rechtsregeln der Satzung und deren Wertvorstellungen auf Dauer verstoßen wird. Dieser Mangel in der Befolgung satzungsgemäßer Verpflichtung hat dazu beigetragen, daß die sudetendeutschen Heimatvertriebenen als Opfergruppe zweiter Klasse erscheinen, was der Bedeutung des an ihnen begangenen Verbrechens nach dessen Ausmaß, Nachhaltigkeit und Brutalität nicht gerecht wird und den ideologischen Vernichtungswillen, die staatskriminelle Energie und den nationalistischen Wahn der Vertreiber vergessen läßt.

Diese Verfallschuld hat eine Reihe von Landsleuten veranlaßt, eigene Initiativen zur Wahrung ihrer Rechtsansprüche auf Wiedergutmachung zu ergreifen, die trotz des Einsatzes nicht unbeträchtlicher Geldmittel seither erfolglos verlaufen sind. Für den Fall, daß diese Streitverfahren letztendlich ohne Erfolg enden und die Landsmannschaft sich weiterhin für das Unrecht der Verweigerung von satzungsgemäßer Interessenwahrung entscheiden sollte, wird sich für die abgewiesenen Kläger und Beschwerdeführer die Frage ergeben, ob sich ein entsprechender Rechtszug dazu eignen könnte, diese Wand aus Schweigen und Verdrängen zu durchbrechen?

Zwar ist bekannt, daß Verletzungen von Gelöbnissen oder Eidesformeln im politischen Bereich als nicht strafwürdig bewertet werden, und dies dürfte auch für das vorerwähnte Gelöbnis des Sprechers bzw. für die Angelobung der Vorstandsmitglieder gelten. Nichtsdestoweniger kann die Verweigerung satzungsgemäßer Verpflichtungen von widerrechtlicher Relevanz sein, so wie zum Beispiel im staatlichen Bereich der Versuch zur Änderung der verfassungsgemäßen Ordnung oder ein Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze nach strengen Regeln bestraft werden. Auch die SL-Vorstandsmitglieder haben die Pflicht, den Satzungsauftrag sach- und zeitgerecht zu erfüllen. Damit verknüpft ist auch das Entstehenmüssen für Erfolg oder Mißerfolg derjenigen Instanz gegenüber, von der die Kompetenz für die Aufgaben und die Verantwortung für deren Erfüllung übernommen wurde.

Für Tun und Lassen muß im Bereich des Rechts die Verantwortung übernommen werden. Es ist die Zeit gekommen, die ernsthafte Frage zu stellen, ob der schädliche Ausgang der bisherigen Heimatpolitik ohne Geltendmachung der ideellen und materiellen Wiedergutmachung nicht voraussehbar gewesen ist? Zutreffendenfalls würde dieses Wissens- und Nichtwollens-Element zur Frage von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit in der Schuld- und Haftungsfrage führen müssen. Nur ein auf den Staat bezogenes Handeln zur Verwirklichung der heimatpolitischen Wertvorstellungen kann somit Ursache, Zweck und Ziel zur Lossprechung von Unwerturteilen führen.

Herbert Schmidl, D-Kieselbronn

Notfalls klagen

Die zweiteilige Dokumentation des HR, gesendet von der ARD, hat zu Recht zu geharnischten Protesten, nicht nur unserer Landsleute geführt. Leider wurde uns entgegengehalten, daß der Rundfunkrat des HR, dem auch ein prominenter Landsmann angehört, keine Einwendungen gegen die Ausstrahlung der Sendung hatte, was natürlich unsere Argumentation erschwert.

Wir – die SL-Bezirksgruppe Oberbayern – haben trotzdem in zwei fundierten Schreiben eine Fernsehdiskussion zu dieser Sendung gefordert. Auf unsere Schreiben haben wir ausführliche Antworten des Intendanten, Dr. Helmut Reitze, des Fernsehleiters Manfred Krupp, der Redakteurin Ester Schapira und eine Stellungnahme von Professor Detlef Brandes vom CC erhalten.

Wir haben die Schreiben gründlich analysiert und sind zu der Auffassung gekommen, nach wie vor eine Fernsehdiskussion über diese Sendung zu fordern, und wenn dem nicht entsprochen wird, eine Klage gegen den HR in die Wege zu leiten. Weil diese Angelegenheit nicht nur die Sudetendeutschen, sondern alle Vertriebenen und darüber hinaus alle geschichtskundigen Landsleute betrifft, übersenden wir Ihnen unsere Schreiben an den HR zur Kenntnisnahme. Es würde uns freuen, wenn wir für unser Vorgehen gegen diese unhaltbare Sendung möglichst zahlreiche Unterstützung erhalten würden.

Johann Slezak
SL-Bezirksgruppe Oberbayern

Goldenes Verdienstzeichen für Komm.-Rat Erhard Frey



Der Jubilar in der Mitte mit Gattin; v. l. n. r.: Zeihsel, Dr. Frey, Dr. Ladner, Lm. Steinhauer, Wala, Frau Steinhauer, Frau Zeihsel. Foto: Christa G. Spinka

Am 13. November fanden im Wappensaal des Wiener Rathauses Ehrungen für drei verdiente Wirtschaftsfachleute statt. Darunter auch der aus Joslowitz stammende Kommerzialrat Erhard Frey, der den „Sudetenpost“-Lesern auch durch seine Bücher und Aktivitäten bekannt ist. LHStv. Renate Brauner führte in ihrer Laudatio u. a. aus:

„Die Familie Frey stammt aus dem traditionellen Gemüseanbaugbiet der Österreichisch-ungarischen Monarchie, aus dem Znaimer Raum, der Heimat der weltbekannten Znaimer Gurken. Kommerzialrat Erhard Frey wurde im August 1936 in Südmähren geboren. 1945 wurde die Familie Frey vertrieben und fand in Österreich eine neue Heimat. Im Februar 1946 pachtete die Familie in Floridsdorf eine Landwirtschaft und begann erneut mit dem Gemüseanbau. Erhard Frey schloß die schulische Ausbildung in Wien ab und übernahm 1965 den Gemüseverarbeitungsbetrieb der Eltern. Das Firmeneareal wurde mehrmals vergrößert und das Sortiment um Spezialitäten stark erwei-

tert. Damit baute Komm.-Rat Frey den Betrieb zu einer modernen Delikatessenmanufaktur mit 25 Beschäftigten aus. 1997 übergab Komm.-Rat Frey nach 32 Jahren erfolgreicher Betriebsführung sein Unternehmen an seinen Sohn Ing. Erhard Frey. Neben seiner unternehmerischen Tätigkeit beschäftigte sich Komm.-Rat Frey mit der kulturellen Belebung des Floridsdorfer Ortsteiles Leopoldau. So ist er seit Jahrzehnten Präsident des gleichnamigen Musikvereines, organisierte anlässlich der Feier „Hundert Jahre Leopoldau bei Wien“ die Ausstellung „Leopoldau – hundert Jahre Teil der Stadt Wien“. Die Geschichte der Leopoldau veröffentlichte er in dem Buch „Leopoldau – ein Dorf im Wandel der Zeit“. Seine persönlichen Lebenserinnerungen hat er unter dem Titel „Mein Leben – mein Wirken“ 2006 veröffentlicht.“

Abschließend überreichte sie Frey – mit dem sich auch einige eingeladene südmährische Landsleute freuten – das Goldene Verdienstzeichen des Landes mit Urkunde.

Die Jägerndorfer Synagoge, die nicht brannte

Die Schriftstellerin Ingrid Wecker berichtete in dem Buch „Feuerzeichen“ auf Seite 135: „Besuchen wir Jägerndorf / Krnov, finden wir am Tempelring / Soukenicka, hinter dem Postamt, eines der größten Bauwerke des jüdischen Glaubens Nordmährens in seiner Bausubstanz ohne nennenswerte Schäden, und hat ohne Reparaturen fünfzig Jahre überstanden. Eine schwarze Marmortafel an der Südfassade mit der tschechischen Inschrift sinngemäß übersetzt: „Dieses Gebäude diente vor dem Zweiten Weltkrieg Bürgern des jüdischen Bekenntnisses, deren überwiegende Mehrheit in nazistischen Konzentrationslagern 1939 – 1945 umgekommen sind, als Synagoge“.

Ein zweites Schild neben der Tür an der westlichen Südseite des Gebäudes berichtet 1960 bis 1998, daß in diesem Gebäude das Bezirksarchiv Freudenthal, Nebenstelle Jägerndorf, zu finden ist, das von Frau Fiedlerova aus Troppau verwaltet wurde.

Warum wurde diese größte Synagoge Nordmährens, das Lehr- und Bethaus, die „Schul“ nicht auch ein Opfer der Verwüstung in der Reichskristallnacht im November des Jahres 1938, wie 171 der 1420 anderen Synagogen im deutschen Reichsgebiet, oder die Gotteshäuser in Troppau, Ostrau, Olmütz? Die Restzerstörungen der Synagogen besorgten alliierte Luftangriffe während der Kriegshandlungen.

Umwidmung in eine Markthalle

Dank einer listigen Entscheidung des Jägerndorfer Stadtrates konnte das Juwel als einzige doppeltürmige Synagoge Österr. Schlesiens vor siebzig Jahren von der Zerstörung in der Reichskristallnacht am 9. November 1938 gerettet werden.

Schon im Oktober 1938 wurde der Antrag des damals 33jährigen Baumeisters Franz Irblich einstimmig im Stadtrat von Jägerndorf auf Umwidmung der Synagoge in eine Markthalle, angenommen. Der letzte Zeitzuge dieser Aktion der letzten Oktobertage 1938, Helmut Irblich, durfte, wenn auch im bescheidenen Maße, als 8jähriger, am Projekt seines Vaters, des Baumeisters Franz Irblich, mitwirken. Es herrschten damals frostige Temperaturen. Seine Aufgabe war, mit dem Fahrrad und einer Fünf-Liter-Kanne, die zwölf Mitarbeiter, die mit der Umwidmung der Anlage beschäftigt waren, im ständigen Umlauf mit heißem Tee zu versorgen, den

die Mutter in der Kuckucksberggasse 9 bereitete, zum Tempelring zu transportieren.

Dort standen zwei Eisenkörbe mit glühendem Koks, um den frischen Kalkmilchanstrich an den Wänden und Decken mit den entweichenden Kohlendioxid-Gasen zu trocknen und in Kalkstein zu wandeln.

Die Bänke waren unter den Emporen gestapelt, der freigewordene Raum mit Marktständen bestückt. Das Tympanon über der Eingangstüre mit einer schwarzgestrichenen Holztafel abgedeckt, mit weißer Aufschrift: „Markthalle“.

Der Judentempel brennt

Am 9. November 1938 wurden hinter dem Aussegnungsgebäude des jüdischen Friedhofes zwei mit Brennstoff gefüllte Fässer entzündet. Riesige schwarze Brandwolken kündeten Unheil. Eine stattliche Menschenmenge, getrieben vom Gerücht „der Judentempel brennt“, eilten zum Brandherd, dem Judenfriedhof in die Troppauer Straße.

Brandgeruch, riesige schwarze Rauchpilze, züngelnde Flammen, kündeten das Unheil und befriedeten die Neugierde der herbeigeeilten Menschen. Weder Feuerwehr noch Polizeikräfte waren anwesend. Nach Berlin wurde gemeldet: „Es hat gebrannt, Befehl ausgeführt!“

Im Jahre 1946 verurteilte der Volksgerichtshof der Tschechoslowakischen Republik Troppau / Opava den Baumeister Franz Irblich aufgrund der Retributionsgesetze zu zehn Jahren schweren Kerker. Fünf Jahre nach Haftverbüßung starb Franz Irblich an den Leiden der Haft im Jahre 1961 in Schweinfurt.

Südmährische Spielschar „Moravia Cantat“ trat auf

Der letzte Zeitzuge der Rettung der Synagoge, der vertriebene Sohn Helmut Irblich, organisierte 2008, siebzig Jahre nach Profanierung des Gotteshauses, anlässlich der 14. Deutsch-Tschechischen Kulturwoche in Jägerndorf / Krnov, in der Synagoge ein Konzert mit Kompositionen deutsch – jüdisch – mährischer Komponisten aus dem Repertoire der „Moravia Cantat“ Stuttgart „Sch' ma jisroel, adonaj elohenu, adonaj echod“ Höre, Israel! Der Ewige, unser Gott, Der Ewige, ist einzig.

Die Leitung hatte Wolfram Hader, der mit Erfolg das Werk seinen Vaters Widmar Hader (Elbogen) fortsetzt. G.Z.

Vorweihnachtliche Handarbeitsschau

Der Frauenkreis der Siebenbürger Sachsen lädt alle sudetendeutschen Landsleute und Freunde sehr herzlich zur „Vorweihnachtlichen Handarbeitsschau“ mit Verkauf, am Freitag, dem 28. November, von 12 bis 18 Uhr, und am Samstag, 29. November, von 10 bis 18 Uhr, ins „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 1. Stock (Siebenbürger), ein!

Achtung!
Die EU ist mit dem Beneš-Virus infiziert!

Gedenkmesse für die Toten des IR 99

Das Infanterie-Regiment 99, die „99er“, waren in Wien und Znaim zu Hause, und die Soldaten wurden in Znaim und Wien rekrutiert – also ein südmährisches Regiment mit Wiener Einschlag.

Es hatte sich in zahlreichen Auseinandersetzungen im Ersten Weltkrieg besonders bewährt und sein Blutzoll war einer der höchsten in der Monarchie.

Den Gefallenen und Toten wird alljährlich besonders gedacht, so auch heuer.

Die Gedenkmesse findet am Samstag, dem 13. Dezember, in der Votivkirche in Wien 9, nächst Schottentor und der Wiener Universität, um 16.30 Uhr, mit anschließender Kranzniederlegung bei der Ehren- und Friedhof, statt. Alle Landsleute und Freunde sind eingeladen, mit uns der Toten und Gefallenen zu gedenken.

Tribüne der Meinungen

Brief an den ARD

Zur ARD-Sendung „Die Sudetendeutschen und Hitler“ vom 22. und 29. September:

Von Enttäuschung über Verwunderung bis zum blanken Entsetzen reichten die Reaktionen unserer sudetendeutschen Heimatfreunde über das von Ihnen ausgestrahlte Machwerk zur o. a. Thematik. Vor allem die sehr betagten Landsleute, die viele Ereignisse noch selbst in eigener Erinnerung hatten, erlebten hier eine Tendenzberichterstattung, nur vergleichbar mit einer stalinistischen Sudelküche á la Karl Eduard von Schnitzler, beginnend vom Titel „Die Sudetendeutschen und Hitler“ bis zur Schlußaussage von den Sudetendeutschen als Staats- und Landesverräter. Eine detaillierte Aufzählung aller dieser bewußt inszenierten Einseitigkeiten würden Seiten füllen und wurde meines Wissens auch schon umfangreich von vielen Zuschauern ausreichend dokumentiert. Bis zum heutigen Tag habe ich auch gezögert, mich in dieser Angelegenheit zu Wort zu melden, bis es mir vergönnt war, den Spiritus Rector, Professor Dr. Detlef Brandes, umhüllt als wissenschaftlicher Berater dieser offensichtlichen Geschichtsm Manipulation, auf einem Dialogforum zu dieser Thematik am 15. und 16. November in Greiz in seiner Eigenschaft als tatsachenresistenten Geschichtsdeuter kennenzulernen. Seine Art der „Geschichtsforschung“ besteht darin, durch einseitige Unterschlagungen Ereignisse so aufzubereiten, daß diese in ein vorgegebenes oder erwünschtes Schema passen. Auch dieses Schema ist dem aufmerksamen Betrachter mittlerweile bekannt.

Mit diesem Verriß hat sich der öffentlich rechtliche Sender bezüglich Glaubwürdigkeit keinen guten Dienst erwiesen und noch weniger der europäischen Völkerverständigung. Dies wird umso deutlicher, als die ARD-Direktion offensichtlich bis heute nicht bereit ist, die vielen sachlichen Zuschriften aufzugreifen, um daraus eine Richtigstellung zu veranlassen.

Friedrich Patzelt, D-Gera



Weihnachtsmarkt – Buchausstellung

Die Sudetendeutsche Jugend lädt Sie herzlich ein: Heuer bieten wir Ihnen an:

- ✧ Viele selbstgefertigte Dinge, wie Kerzen, Gestecke, Schmuck für den Advent- und Weihnachtstisch, Modeschmuck, Weihnachtskarten, Stickereien, Häkelarbeiten, bemalter Glasbehang, Keramikarbeiten usw.
- ✧ Weihnachtsbäckereien.
- ✧ Eine große Buchauswahl! (Ausgestellt sind Bücher sudetendeutscher, karpatendeutscher, siebenbürgischer, donauschwäbischer und natürlich auch zeitgenössischer Autoren!) Daneben gibt es auch wieder den beliebten Bücher-Flohmarkt!
- ✧ Färbige Wappenbilder sudetendeutscher

Städte und Orte, gefaßt in einem Naturbilderahmen.

- ✧ Färbige Wappenbilder karpatendeutscher Städte und Orte.
- ✧ Sudetenland-Autokleber, -Kappen, -Kugelschreiber, -Feuerzeuge, Sonderpoststempeln und Kleingeschenke.
- ✧ Die CD „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“.
- Zeit: Sonntag, 30. 11., von 11 bis 16 Uhr.

Ort: „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse Nr. 25 (Hoftrakt, 2. OG). Wir freuen uns auf Ihren Besuch und laden dazu auch Ihre Freunde ein zu einer Tasse Kaffee und Gebäck gegen geringes Entgelt.

Saazer Gedenktafel im Altvater-Turm

Der stellvertretende Vorsitzende des Vereins Kulturkreis Saaz, Horst Helmer, enthüllte am 10. September, gemeinsam mit seiner Ehefrau Luise, die vorher von ihnen selbst angebrachte Gedenktafel im Altvater-Turm. Die Gedenktafel soll an die schrecklichen Ereignisse von 1945 / 1946 erinnern. Zugewogen waren auch Landsmann Otto Liebert mit seiner Ehefrau, jetzt Bad Münders, Turmbetreuer Manfred Eisoldt sowie eine größere Anzahl Zuschauer und Touristen.

Heimatreunde aus dem Altvatergebirge in den Ostsudeten haben nach der Vertreibung in den Jahren 1945 / 46 aus ihrer angestammten Heimat im Landkreis Gießen (Hessen) 1976 den Altvater-Turm-Verein e.V. in Langgöns gegründet, mit dem sich viele Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in der Sudetenland identifizierten. Sie alle verfolgten das Ziel, den in der alten Heimat 1957 abgebrochenen Altvater-Turm in Deutschland wiederzuerrichten.



Der „neue“ Altvater-Turm / Lehesten-Thür.

Kein Platz für Intoleranz

Nach langer Suche wurde bei Lehesten im südöstlichen Teil von Thüringen, nahe der Grenze zum Freistaat Bayern, der Berg „Wetzstein“ gefunden, dessen Umgebung den natürlichen Gegebenheiten des Altvatergebirges sehr nahekommt. Im April 1999 erfolgte der erste Spatenstich, ein Jahr später wurde der Grundstein gelegt. Im November 2000 begannen die Bauarbeiten, die zwei Jahre später beendet wurden. Seitdem zieht der Altvater-Turm neben sehr vielen Heimatvertriebenen auch eine große Anzahl Touristen an, die in ihm einen Baustein für ein gemeinsames europäisches Haus sehen, in dem Nationalismus, Intoleranz, Völkerverhaß und Willkür keinen Platz haben.

Der knapp 36 Meter hohe Turm verfügt neben einer Gaststätte und einer beeindruckenden Aussichtsplattform, die eine gute Aussicht ins ferne Erz- und Fichtelgebirge sowie in den Frankenwald bietet, auch über mehrere Ausstellungsräume, die zur Darstellung von Heimat- und geschichtskundlichem Material genutzt werden. Im Kellergeschoß befindet sich die Sankt-Elisabeth-Kapelle, in welcher großteils Ortsgedenktafeln der ehemals deutschen Städte und Gemeinden des Altvatergebirges angebracht sind.

Bleibendes Erinnern

Im Treppenhaus des Turmes ist im 7. Stock neben anderen Gedenktafeln nun auch eine Tafel des Kulturkreises Saaz zu finden. Hier blieb bisher ausgerechnet Saaz unter den sudetendeutschen Städten unberücksichtigt. Mit der am 10. September erfolgten Anbringung ist ein längst fälliger Schritt vollzogen worden, der historisch zu bewerten ist.

Bei der Inschrift für die Gedenktafel hat sich der seit September 2007 amtierende Vorstand



„Nach getaner Arbeit!“ Horst Helmer mit Gattin und Frau Liebert nach Enthüllung der Gedenktafel im Altvater-Turm.

des Kulturkreises Saaz mit dem Vorsitzenden Dr. Gerhard Illing von den Grundsätzen leiten lassen, daß in Anbetracht der historischen Lage in Europa und der zunehmenden Aktivitäten und bekanntgewordenen konkreten Fakten zur Vertreibung auch von uns Saazern konkret und deutlich der Vertreibung und Todesopfer gedacht werden muß.

Die Gedenktafel-Inschrift benennt klar die historischen und kulturgeschichtlichen Tatsachen, neben der Vertreibung auch die Nachkriegsopfer, ohne auf Zahlen einzugehen. Saaz und das Saazerland haben – nach Erich Hentschel – mindestens 1633 Todesopfer zu beklagen.

Der Kulturkreis Saaz e.V. hat bereits am 12. August dieses Jahres in zwei Festakten der Vertreibung, der Vertriebenen und Ermordeten gedacht, bei denen jeweils identische Gedenktafeln im Stadtpark der Stadt Roth und in der Stadt Georgensgmünd enthüllt wurden.

Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiten in würdiger Form und in hoher Qualität ausgeführt worden sind. Schließlich sollen sie in würdiger Form der Erinnerungskultur dienen und auf „Wunden, die nie verheilen“ hinweisen.

Die Gedenktafel-Inschrift:

Zum Gedenken an die Bürger der Stadt Saaz und des Saazerlandes, die 1945 / 46 im ehemaligen Sudetenland ermordet wurden, und an die Bürger des deutschböhmisches Saazerlandes, die 1945 / 46 aus der angestammten Heimat vertrieben wurden.

Gestiftet: Kulturkreis Saaz e.V. Anno 2008

Über das am 10. September im Altvater-Turm erfolgte Ereignis berichteten auch viele regionale Zeitungen.

H. Helmer

Dorothea Thiel †



Noch können wir es nicht fassen – unsere liebe Dorothea (Dorli) Thiel hat uns plötzlich verlassen. Es sollte wieder einmal ein schöner und erholsamer Urlaub in Abano werden – aber es

wurde eine Fahrt ohne Wiederkehr – und so konnten wir uns nur mehr am 8. November am Friedhof in Villach-Sankt Martin von ihr verabschieden. Sie hinterläßt in der Bezirksgruppe Villach und in der SLÖ Kärnten eine große Lücke, die kaum zu schließen sein wird. Voll Engagement hat sie jedes Jahr diese schönen Ausflüge und zahlreichen Feiern vorbereitet, an die wir gerne zurückdenken. Dorli Thiel, geboren im Jahre 1928 in Reichenberg, kam nach der Flucht in die ehemalige DDR nach Villach, wo sie bereits vor 1960 eine Sudetendeutsche Jugendgruppe gründete. Als Lehrerin verbrachte sie dann viele Jahre in der BRD, um nach ihrer Pensionierung nach Kärnten zurückzukommen. Hier übernahm sie zahlreiche Aufgaben in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, wie zum Beispiel die Betreuung der Familiengruppe in Villach. Sie war jahrelang die Stellvertreterin des Bezirksobmannes der SLÖ in Villach und hatte die Vertretung in der Landesgruppe über. H. Anderwald

Gasteltern dringend gesucht!

Unsere „Siebenbürgen-Aktion“ wird 2009 zum 16. Male durchgeführt.

Fünf Kinder – zumeist mit einem Elternteil Siebenbürger Sachsen – im Alter zwischen zwölf und vierzehn Jahren sowie eine jüngere erwachsene Begleitperson sind vom 11. bis zum 18. Juli Gäste am Sommerlager in Purbach am Neusiedler See im Burgenland. Für diese müssen die gesamten Anreise-, Aufenthalts- und Versicherungskosten von uns getragen werden (den Eltern wäre dies auf Grund der geringen Einkommen in Rumänien nicht möglich), darum sollten diese jungen Leute zwei Wochen in Österreich untergebracht sein: Eine Woche am Sommerlager und eine Woche bei Gasteltern.

Ein Kind ist bereits untergebracht, vier Kinder und die Begleitperson sind noch unterzubringen.

Von Samstag, dem 18. Juli, Nachmittag, bis Samstag, dem 25. Juli, Abend, werden Gasteltern gesucht. Vor allem in Wien, Niederösterreich, dem nördlichen Burgenland. Werte Landsleute und Freunde: Wir würden uns sehr freuen, sollten Sie eine oder mehrere Personen für die genannte Woche als

Gäste aufnehmen können. Alle sind kranken- und unfallversichert, für die Gasteltern fallen nur die Unterbringungskosten an. Überlassen bleibt den Gasteltern, wie sie die Woche gestalten wollen, zum Beispiel durch Zeigen der Umgebung usw. Übrigens: Alle sprechen sehr gut Deutsch.

Hier geht es um eine soziale Tat, gemeinsam sollte es gelingen, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Diese Aktion bedarf großer und langwieriger Vorbereitungen, aufgrund dessen benötigen wir so rasch als möglich, jedoch **bis spätestens 15. Jänner 2009**, eine Nachricht von Ihnen; je früher, je besser für die Beteiligten.

Richten Sie diese an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel. (mit Anrufbeantworter – wir rufen sicher zurück) Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at. Geben Sie bitte bekannt, wie viele Personen sie aufnehmen können und auch eine telef. Erreichbarkeit.

Lassen Sie uns, werte Landsleute und Freunde, im Interesse dieser Kinder nicht im Stich – schon jetzt danken wir für die wertvolle Mithilfe und Gastfreundschaft!

10. Wiener Spitzentag ein Erfolg



Bei diesem großen Ereignis für die Klöppelbegeisterten in Wien machte erstmals auch die SLÖ-Frauengruppe unter Führung von Bundesfrauenreferentin Gerda Mayer mit. Im Bundesrealgymnasium Parhamerplatz in Wien 17 eröffnete Bezirksvorsteherin Ilse Pfeffer die vorbildlich unter der Leitung von Heidelinde Sixt organisierte Tagung. BO Gerhard und Trachtenreferentin Reinhilde Zeihsel besuchten die SLÖ-Vertreterinnen, welche eine eigene Schulklasse zur Präsentation ihrer Klöppelarbeiten und zum

Schauklöppeln zur Verfügung hatten. Es war reges Interesse und die Faltblätter über die Sudetendeutschen fanden interessierte Abnehmer. Als Sonderaussteller war auch das Museum aus Prachatitz / Prachatic mit Trachten mit Klöppel- und Nadelspitzen aus der Slowakei und Böhmen, neben anderen Ausstellern, beteiligt. Hartmut Lang hielt einen vielbeachteten Vortrag über „Spitzen aus Wien am Anfang des 20. Jahrhunderts“. Das Bild zeigt Gerda Mayer konzentriert beim Klöppeln R.Z.

Volkstrauertag in Usingen / Taunus



Der BdV-Ortsverband Usingen lud am Volkstrauertag zu einem kurzen Gedenken am Denkmal vor dem Gymnasium ein. Obmann Volk rief dazu auf, die Namen der zahllosen Opfer nicht dem Vergessen preiszugeben. Ihr massenhaftes Sterben erhalte nur dann einen Sinn, wenn man es als Mahnung zu Versöhnung und Frieden verstehe. Volk ging auch auf den Fernsehfilm „Die Sudetendeutschen und Hitler“ ein. Er verletzte auf subtile Art die Würde der Opfer, denn er stelle die Sudetendeutschen als besonders anfällig für die NS-Ideologie dar, was eine

Fehldeutung sei. Erfreulich sei hingegen, daß die sterblichen Überreste von 5500 Deutschen in der CR jetzt endlich ihre letzte Ruhestätte in Eger gefunden hätten. Sie seien in ihren Papp-särgen im Jahre 2007 von Aussig in ein militärisches Sperrgebiet im Brdy-Wald östlich von Pilsen transportiert worden. Da die Lagerflächen jetzt aber von den USA für ihre Raketenstellung benötigt werden, habe sich die tschechische Seite entschieden, die Beerdigung in Eger zügig durchzuführen. Ist der Krieg doch der Vater aller Dinge?

Ausstellung „Johann Gregor Mendel“ in Oberösterreich



Eine interessante Dokumentation über den Begründer der Vererbungslehre ist derzeit an der Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalt in Sankt Florian bei Linz zu sehen. Die Ausstellung wurde von der

SLOÖ der Schule angeboten, die das Thema Gregor Mendel, verbunden mit der Thematik der Sudetendeutschen, einem interessierten Publikum im Hause und Besuchern näherbringen soll.

Die Eröffnung nahm am 13. November der Direktor der Schule, Dr. Hubert Fachberger, im Beisein der Studenten, des Professorenkollegiums und dem Bürgermeister von St. Florian, Robert Zeitlinger, vor. Eine Abordnung der SL Oberösterreich, unter anderem vertreten durch LO Ing. Peter Ludwig und DDr. Alfred Oberwandling, konnten in ihren Redebeiträgen sowohl auf Mendels Werk, als auch auf das Schicksal der Sudetendeutschen näher eingehen.

Danke auch dem Verein „Alte Heimat, heimatstreuer Kuhländer“, der die Ausstellung konzipiert und Broschüren, Bilder und Filme überlassen hat, die als Information den Studenten überreicht wurden und in der Schulbibliothek verbleiben.

Die Öffnungszeiten:

Bis Freitag, 19. Dezember, zu den Öffnungszeiten der Schule – Montag bis Freitag von 8.00 bis 16.00 Uhr. Ludwig

Ein schönes Brauchtumsfest – das Volkstanzfest in Klosterneuburg

In der Babenbergerhalle unserer Patenstadt Klosterneuburg fand am Samstag, 8. November, das 41. Österreichisch-sudetendeutsche Volkstanzfest – Leopolditanz 2008 – statt. Viele Volkstänzer und Zuseher aus nah und fern – darunter auch eine Dame aus Südafrika, die bei der UNO in Wien beschäftigt ist – nahmen an dieser Kulturveranstaltung teil. Es wurden zahlreiche Persönlichkeiten begrüßt, Stadt- und Gemeinderäte, der stv. SLÖ-Bundes- und Landesobmann Lm. Dieter Kutschera mit Gattin sowie einige Heimatgruppen-Obleute. Leider war die Beteiligung aus den Reihen der Landsleute heuer schwach, was wir sehr bedauern und was auch ein wenig unangenehm auffiel. Gerade diese Veranstaltung in unserer Patenstadt hätte sich einen besseren Besuch unserer Landsleute und deren Kinder verdient.

Aus Wien, Niederösterreich, dem Burgenland, Oberösterreich, der Steiermark, Deutschland, der Schweiz, aus Holland, Finnland und sogar aus den USA, Thailand und Korea kamen die Teilnehmer. Seit Wochen waren alle Plätze im Großen Saal und größtenteils auch auf der Galerie vergeben.

Großen Anklang fand die Gestaltung, Vorbereitung, Durchführung, der wunderbare herbstliche Saalschmuck usw. Die Vorbereitung und Durchführung oblag wieder den beiden gemein-

samen Veranstaltern, der Volkstanzgruppe Klosterneuburg und der SdJÖ.

An die hundert Paare gestalteten einen bunten Aufzug und die gut ausgewählte Tanzfolge sorgte für beste Stimmung, auch bei den Nichtvolkstänzern.

Die Pausengestaltungen waren wieder sehenswert, und großen Beifall erhielten auch die anwesenden Kinder für ihre Darbietung von in kurzer Zeit beim Fest erlernten Volkstänzen.

Allzu rasch verging die Zeit, und nach einigen Zugaben wurde ein in sich geschwungener großer Schlußkreis gebildet und das Volkstanzfest mit einem Lied beendet.

Ein herzliches Dankeschön allen Spendern, diese haben mit ihrer Spende einen besonderen Anteil zum Gelingen dieses schönen Brauchtumsfestes beigetragen.

Am 7. November 2009 findet das 42. Volkstanzfest statt, welches mit einem großen Jubiläum begangen werden wird. Kommen Sie 2009 in unsere Patenstadt Klosterneuburg – dazu laden wir schon jetzt herzlichst ein.

Wir würden uns über einen verstärkten Besuch aller Landsleute – also auch von ihnen – sehr freuen. Dies wäre im Interesse der Patenschaft der Stadt Klosterneuburg und im Sinne der Patenschaft mit den Sudetendeutschen sehr wünschenswert.

Gedenkmesse für die Gefallenen



Vertreter der Gruppe St. Pölten mit Fahne und Länderwappen Böhmen und Mähren.

Am Sonntag, 16. 11., fand in der Prandtauerkirche in St. Pölten eine Gedenkmesse zum Gedächtnis für die gefallenen oder vermißten Soldaten sowie aller Opfer von Krieg und Vertreibung und Gewalt. Zelebrant war DDr. Knittel.

In kurzen Ansprachen wiesen Obst Edtmeier (Vertreter des MilKdt von NÖ) und HR Schaden

(Vertreter der Sudetengruppe Sankt Pölten) auf das geschehene Unrecht hin. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, daß auch heute keiner vor derartigen Repressalien sicher ist. Es nahm eine große Anzahl von Traditionsverbänden mit hochrangigen Vertretern an dieser Veranstaltung teil.

EINSAMKEIT

Es gibt eine Krankheit, an der viele leiden, ganz besonders aber die Entwurzelten, die Verpflanzten, die Vertriebenen. Diese Krankheit heißt Einsamkeit. Verstreut oft in der ganzen Welt, vom Leiden gezeichnet, vermissen sie am meisten die ethnischen Werte, die ihnen durch die Vertreibung genommen wurden. Was ihnen fehlt, sind Heimat, Geborgenheit, die Anteilnahme des Nächsten, die Gemeinschaft, die gute Nachbarschaft. Viele liegen jetzt ganz allein wo in Krankenhäusern oder warten in Altersheimen auf das Ende. Niemand schreibt eine Karte, einen Brief, niemand ruft an. Die Entfernungen sind zu weit. Es bleibt still. Dies ist das Grausamste an der Vertreibung. Der Verlust der Gleichgesinnten, der Mitfühlenden, der Freunde. Sie sind allein, vertrieben, in alle Winde verstreut, einsam. Gott schütze sie!

Kurt Nedoma

Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“

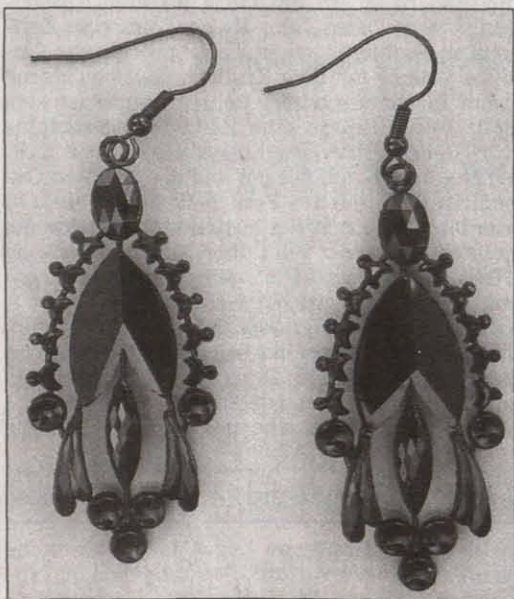
Am Samstag, dem 6. Dezember, findet das beliebte Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, Großer Festsaal (Erdgeschoß), statt. Beginn ist wieder um 20 Uhr, Einlaß ab 19.30 Uhr, Ende 1 Uhr.

Zum Tanz spielt wiederum der „Evergreen-Hans“. Es gibt warme und kalte Speisen sowie Getränke zu moderaten Preisen.

Wir laden alle Tanzbegeisterten jedweden Alters recht herzlich ein und freuen uns auf zahlreichen Besuch. Der Krampus kommt bestimmt und verteilt Päckchen (bitte solche für Freunde und Angehörige mitbringen und mit dem Namen des zu Beschenkenden versehen).

Zur Vorbereitung wird um Platzreservierung bei der SdJ, in 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon und Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at beziehungsweise persönlich bei den Jugendfunktionären (z. B. bei Rogelböck, Telefon und Fax: (01) 888 63 97, von 17 bis 19 Uhr) ersucht. Auch sind alle Freunde herzlich eingeladen. – Der Krampus rasselt schon mit seiner Kette!

„Schwarz wie Glas“ im Isergebirgsmuseum



Schwarz wie Glas. Schwarzglasbijouterie aus dem Isergebirge. Sonderausstellung im Isergebirgs-Museum Neugablonz vom 7. Dezember 2008 bis 13. April 2009. Geöffnet täglich außer Montag von 14 bis 17 Uhr sowie am Ostermontag, 13. 4. 2009, geschlossen am 24., 25. und 31. 12. 2008 sowie am 1. 1. und 10. 4. 2009.

Die Ausstellung „Schwarz wie Glas“ ist ein Projekt des Museums für Glas und Bijouterie in Gablonz an der Neiße (Muzeum skla a biżuterie v Jablonci nad Nisou) in Zusammenarbeit mit der Firma V. Svatoň.

Infos: Eva Haupt M.A., Museumsleiterin Isergebirgs-Museum Neugablonz, Marktgasse 8, 87600 Kaufbeuren-Neugablonz, Tel.: 0 83 41 / 96 50 18, Fax: 0 83 41 / 65 2 92, info@isergebirgs-museum.de

Gedenken einer Notwendigkeit



Auch mehr als sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es notwendig, der Opfer der Vertreibung zu gedenken. Nur wer die Vergangenheit nicht vergißt, kann die Zukunft bewältigen. Dies erklärte Bürgermeister Adi Fürstberger kürzlich bei der Gedenkfeier am Mahnmal des deutschen Ostens am Tanner Rahmenberg. Die Feier der Landsmannschaften hatte der Förder-

verein zum Erhalt des im Jahre 1952 errichteten Mahnmals, das an ein trauriges Kapitel deutscher Geschichte erinnern soll, organisiert. Angeführt von Fahnenabordnungen der Landsmannschaften aus dem Rottal Inn und Oberösterreich, der Krieger und Soldaten- und Reservisten sowie des Imkervereins waren die Teilnehmer dazu vom Marktplatz zum Rahmenberg gezogen.

Einladung zur Festveranstaltung der Hausner Stiftung mit Verleihung der Urkunde mit Plakette

Freitag, 12. Dezember, um 18 Uhr, Sudetendeutsches Haus, Adalbert-Stifter-Saal. für heimatpolitischen, kulturellen und wissenschaftlichen Einsatz im Rahmen der sudetendeutschen Volksgruppe an:

Herrn Dr. Richard Grill.

Laudator: OStD Ernst Korn, Ehrenvorsitzender der Sudetendeutschen Lehrer und Erzieher.

Sudetendeutsche Jugendgruppe „Sportbund Sudeten“

Die Auszeichnung nimmt stellvertretend Hauke Flöter entgegen.

Laudator: Hermann Hampel mit Filmbeitrag über die Sprachkurse in Metzenseifen / Slowakei von Hauke Flöter.

Musikalische Umrahmung: Blechbläserquartett unter Leitung von Hermann F. Sehr.

Programmablauf

La Majesté – Georg Philipp Telemann. Begrüßung Dr. Hans Mirtes, Vorsitzender der Hausner-Stiftung.

Kitzbüheler Standschützen Marsch von Georg Kaltschmid.

Vorstellung der beiden Preisträger mit Laudatio.

Verleihung der Urkunde mit Plakette und Überreichen eines Geldgeschenkes durch Frau Hermine Hausner, Kuratoriumsvorsitzende. Melodienreigen von Johann Strauß.

Dankesworte der Preisträger.

One Rast – Marsch von Erwin Trojan.

Schlußworte Dr. Hans Mirtes.

Absingen der Bayern-Hymne 1. Strophe und des Deutschlandliedes 3. Strophe.

Im Anschluß an die Festveranstaltung Stehempfang und angenehmer Gedankenaustausch im Foyer des Sudetendeutschen Hauses.

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

MANDELBROT FÜR DEN ADVENT

200 g Butter (ich nehme 190 g Becel mit 40 % Fett), 400 g Zucker (braun), 500 g Mehl, 250 g Mandeln, fein gerieben, 2 Eier, 1 Messerspitze Nelken, 15 g Zimt, 1 Eßlöffel Kakao, 1 Paket Weinsteinbackpulver.

Butter, Zucker, Ei gut rühren, zuletzt zusammenkneten und Rollen mit Durchmesser von 2,5 cm formen und auf ein Brett legen, diese kaltstellen, (am besten kurz in die Tiefkühlung geben) und dann in 5 mm dünne schräge Scheiben schneiden. Auf ein mit Backtrennpapier belegtes Blech geben und bei 175° C zirka zehn Minuten backen.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka

Kulturverein Südmährerhof

Im feuchten Novemberwetter hatten sich fünfzig Mitglieder zum Vereinsnachmittag im „Haus der Heimat“ eingefunden. Von den zwei Dutzend November-Geburtstagen war aber nur Hermann Sinnl anwesend, der zusammen mit Hans Hausenbiegl, welcher nachträglich seinen Oktober-Geburtstag beging, gefeiert wurde. Der Obmann berichtete über zahlreiche Oktober-Termine, darunter über die Dreharbeiten der Volkskultur, bei denen unechte slowakische und tschechische (Mikulovanka) Folkloregruppen am Südmährerhof auftraten, die echten südmährischen und kroatischen Trachten aber zunächst unberücksichtigt blieben. Nachträglich gelang es, ein Foto aus Geislingen, über den großen Makart-Festzug anlässlich des 60. Regierungsjubiläums Franz Josefs im Jahre 1908 in Wien, hineinzu reklamieren, welches die Trachtengruppe Znam-Nikolsburg in der Prater-Hauptallee zeigt. Unter dem Titel „Erlebnis Österreich“ wird dieser Beitrag am 28. 12. auf ORF 2 NÖ um 17 Uhr gesendet. So kämpfen wir zusammen mit der SLO gegen das Vergessen unseres Kulturerbes. So auch bei einem Vortrag der Diplomatischen Akademie auf Einladung von Direktor Jiri Grusa, bei dem Dr. Mahr (Karlsbad) sehr kenntnisreich über das Münchener Abkommen sprach und in der Diskussion die Gelegenheit war, die Stereotypen und vorgeschützten Traumata der Tschechen zu relativieren. Das Ehepaar Ginzl sorgte wieder für Bepflanzung des Grabdenkmals am Nikolsburger Friedhof, Hans-Günter Grech mit Gudrun Spinka und Reiner Elsinger führten am 31. 10. die Kranzniederlegung am Friedhof und bei der Rosalia durch und entzündeten auch in Klenitz ein Licht. Leider war das Gitter bei der Rosalia gewaltsam beschädigt worden. Weitere Berichte befaßten sich mit verschiedenen Jubiläen: Vor 50 Jahren starb der Professor für keramische Bildnerei Robert Obisier, geboren 1884 in Lundenburg, der im Stadtbild von Wien zahlreiche Werke hinterlassen hat, so z. B. die überlebensgroße Mutter am Gemeindebau nächst der Spinnerin am Kreuz. Heinz Fischer hat auch eine umfangreiche, kunstgeschichtliche Diplomarbeit über Ignaz Lengelacher aufgetrieben, der von 1717 bis 1757 in Nikolsburg am Stadtplatz eine Werkstätte neben dem Schloßaufgang unterhielt, in der nicht nur die Nikolsburger Arbeiten (u. a. Dreifaltigkeitssäule, Ehrenwand im Schloß, Stiegenaufgang, Neptunbrunnen, zwei Nepomukstatuen und Heiligenfiguren beim Kirchenaufgang, Plastiken in den Seitenkapellen der Piaristenkirche) entstanden, sondern auch Nepomukstatuen in rund dreißig Orten des Kreises und Altäre und Plastiken in dreizehn weiteren Orten, darunter Pausram, Laa, Unter Wisternitz, Raigern, Austerlitz, Pollau und Kirteln. Er war mit einer Nikolsburger Seilertochter Zauner verheiratet und zeugte elf Kinder, von denen nur vier überlebten. Beim Ausbau des Schlosses unter Fürst Walter in den 1720er Jahren war Nikolsburg ein Zentrum hervorragender Künstler, wie Heinrich Förster (Schloßtor, Leipzig / Brunn), Josef Adolph, Josef Prenner u. a., die sich auch zu manchen Zechgelagen zusammenfanden. Sein Alterswerk vollbrachte Lengelacher in Bruchsal und Karlsruhe. Vor 135 Jahren wurde das Gymnasium verstaatlicht, der Friedhof erweitert, der Spitalbau beschlossen. 1878 begann der Volksschulneubau, auch der Bosnienkrieg und vor 110 Jahren, 1898, war der große Schulkomplex mit dem Neubau der Bürgerschule abgeschlossen, der uns seit Jahren als Ruine entgegenschaut. Vor 105 Jahren wurde im November die evangelische Kirche geweiht. Schließlich fand vor 90 Jahren das Unrecht der Deutschen in Böhmen und Mähren seinen Anfang: Am 3. 11. 1918 hatte der Kreis Deutsch-Südmähren seinen Anschluß an NÖ erklärt, welcher am 5. 11. auch im Landtag angenommen und am 22. 11. in der provisorischen Deutsch-Österr. Nationalversammlung ratifiziert wurde. Schon am 9. 11. hatten die Tschechen Lundenburg okkupiert und am 16. 12. folgte Nikolsburg. Es paßte gut, daß am 11. 11. eine Plakatausstellung von Dr. Eybl eröffnet wurde, die nachher besichtigt werden konnte. Wir hatten ja schon von ihm die Ausstellung „Der Rest ist Österreich“ am Südmährerhof. – Am 11. 12. um 16 Uhr ist unsere Vorweihnachtsfeier. Reiner Elsinger

Böhmerwaldbund Wien



Unser Heimatnachmittag am 16. November stand unter dem Motto „Totengedenken“. Obmann Kreuss konnte dazu wieder viele Mitglieder und auch Gäste begrüßen. Nach dem traditionellen gemeinsamen Singen des Böhmerwaldliedes „Tief drin im Böhmerwald“ gedachten wir der großen Böhmerwälder Hans Watzlik und Hilda Bergmann, welche im November ihren 60. Todestag bzw. 130. Geburtstag hatten. Nach dem Verlesen von besinnlichen Worten zum Thema „Was heißt das: Der Toten gedenken“ entzündeten wir an den Tischen die Andachtskerzen und hielten in einer stillen Gedenkminute Einkehr. Wir gedachten aller Opfer beider Weltkriege, aller Opfer der Vertreibung und aller Heimgegangenen des „Böhmerwaldbund“ und des „Hochwald“. Für die 2008 Verschiedenen unserer Heimatgruppe brannten am Vortragstisch bereits drei große Kerzen. – Mit einem Kurzfilm über den „Biedermeierfriedhof in St. Marx“, welchen Obmann Kreuss selbst zusammengestellt hatte, leiteten wir über zu den Vorträgen der Mitglieder. Obmann Kreuss brachte Gedichte von Watzlik, Bergmann und Micko, Helli Sibor (siehe Foto) Geschichten von Trude Marzik und Rosi Fassl trug in ihrer unnachahmlichen Art das Gedicht „Das Riesenspielzeug“ von Adelbert von Chamisso vor. – Die Geburtstagskinder des Monats November wurden mit einem Fläschchen Wein bedacht und die Sponsoren der Enkelin unseres Mitgliedes Gertrude Heinrich, Petra, gebührend gefeiert. Nach der Bekanntgabe der nächsten wichtigen Termine konnte Obmann Kreuss wieder von großzügigen Sponsor- und Subventionsbeiträgen berichten, welche die Anschaffung eines Notebooks für den Verein ermöglicht haben. Auch für die jährliche Grabpflege des Hartauer-Grabes in Sankt Pölten konnte eine jährliche Subvention des Magistrates der Stadt Sankt Pölten ausgehandelt werden. – Nachdem auch sämtliche zur Verfügung stehenden Böhmerwälder Jahrbücher 2009 einen Abnehmer gefunden hatten, verteilte Obmann Kreuss die Terminkarten für die Heimatnachmittage im Jahr 2009, welche wieder mit der Restaurantleitung des „Wienerwald“ abgesprochen sind. – Zu unserer Weihnachtsfeier am 4. Adventsonntag, dem 21. Dezember, ab 15 Uhr, laden wir wieder alle Freunde und Gönner des Böhmerwaldbundes, alle Mitglieder und deren Bekannte, herzlichst ein. Im Rahmen dieser Weihnachtsfeier wird wieder ein Kurzfilm zum Thema „Weihnachten im Böhmerwald“ vorgeführt, welcher die Weihnachtsvorbereitungen einer Krummauer Familie in Tschechien zeigt. Auf einen besinnlichen und stimmungsvollen Adventnachmittag freut sich schon heute Eure Vereinsleitung.

OBERÖSTERREICH

Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich



Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich
Einladung zur
ADVENTFEIER
am Samstag, dem
13. Dezember 2008,
Beginn ist um 14 Uhr, im Volksheim Langholzfeld-Pasching, Adalbert-Stifter-Straße 31.

Die Verbandsleitung der Böhmerwälder in Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Dezember: Aloisia Schacherl, 90 Jahre am 18. Dez.; Maria Herbst, 89 Jahre am 15. Dez.; Johann Schwarz, 86 Jahre am 16. Dez.; Erika Gotschke, 85 Jahre am 24. Dez.; Dr. Carl Hödl, 84 Jahre am 17. Dez.; Katharina Fölker, 81 Jahre am 29. Dez.; Dir. Elfriede Ledermüller, 79 Jahre am 1. Dez.; Adelheid Witschek, 79 Jahre am 16. Dez.; Dr. Herbert Sailer, 79 Jahre am 17. Dez.; Melanie Lang, 79 Jahre am 21. Dez.; Wilhelmine Herzog, 78 Jahre am 16. Dez.; Paula Wuggenig, 78 Jahre am 25. Dez.; Christa Neuwirth, 78 Jahre am 25. Dez.; Ing. Gerhard Cizek, 77 Jahre am 16. Dez.; Ing. Stefan Ulrich Micko, 76 Jahre am 14. Dez.; Margarethe Lang, 73 Jahre am 1. Dez.; Elfriede Weismann, 73 Jahre am 18. Dez. Rienmüller

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat Dezember geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum 88. am 15. Dez. Theresia Hantschk aus Grusbach, 85. am 24. Dez. Hedwig Mautner aus Dürnholz, 83. am 6. Dez. Alois Lutz aus Hosterlitz, 81. am 7. Dez. Erna Büssermayr aus Kleingrillowitz, 81. am 12. Dez. Theresia Sattmann aus Großtajax, 78. am 12. Dez. Gertrude Bucher aus Lechwitz, 76. am 30. Dez. Bernhard Sattmann aus Großtajax. – Todesfall: Wir trauern um unser langjähriges Mitglied Frau Doris Graf aus Troppau, die am 30. Oktober im 82. Lebensjahr verstorben ist. Den Angehörigen unser aufrichtiges Beileid.

Vöcklabruck

Liebe Landsleute! Bei unserer letzten Zusammenkunft konnten wir der Frau unseres Obmannes, unserer lieben Christl Stiedl, mit Blumen und einem kleinen Geschenk ganz herzlich zum 90. Geburtstag gratulieren. Aber wie so oft im Leben, Freude und Trauer liegen nah beieinander, und so mußte uns unser Obmann mitteilen, daß wir wieder ein Mitglied durch den Tod verloren haben. Unser ältestes Mitglied, Johann Bartl, ist am 25. Oktober verstorben. Er hätte am 21. 1. 2009 seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. – Wie immer im Dezember, wollen wir wieder einen Nachmittag mit vorweihnachtlichen Gedanken verbringen. Wir treffen uns am 8. Dezember im „Regauer Hof“ in Regau, diesmal schon um 12 Uhr, zu einem gemeinsamen Mittagessen.

Johanna Cavagno

Wels



Unsere **ADVENTFEIER** findet heuer am Samstag, 6. Dezember, um 15 Uhr, im großen Saal des Herminenhofes statt.

Wie immer, wollen wir gemeinsam feiern, Kekse und Kuchen kosten und auch etwas trinken. Zu diesem vorweihnachtlichen Nachmittag laden wir Sie sehr herzlich ein. Bei dieser Gelegenheit werden wir unseren Mitgliedern, die 80 Jahre und älter sind, das Weihnachtsgeschenk der Bezirksgruppe Wels überreichen. Sollten Sie eine Fahrgelegenheit brauchen, rufen Sie an, wir holen Sie gerne ab und bringen Sie auch wieder nach Hause: Tel. 0 72 42 / 76 2 41 (Fam. Ruprecht), Tel. 0 72 42 / 74 9 53 (Fam. Bucher), Tel. 0 72 42 / 47 1 50 (Fam. Schaner). Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Bringen Sie bitte auch Ihre Kinder und Enkelkinder mit! Rainer Ruprecht

Rohrbach – Haslach



Einladung zur
ADVENTFEIER
am Sonntag, dem 30. November,
14 Uhr, Gasthaus Reiter, Haslach.

Ein besinnlicher Nachmittag mit Liedern und Texten soll zur Einstimmung auf das nahe Weihnachtsfest beitragen. Ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen wird diese Feier abrunden. Auch Familienmitglieder und Freunde sind willkommene Gäste.

Unser jährlicher Herbstausflug führte uns diesmal nach St. Peter am Wimberg, wo wir die Firma CIMA besichtigten. Dort werden täglich 75 Millionen Stück Zigarettenpapiere hergestellt. Anschließend fuhren wir ins nahegelegene Hopfenmuseum, in welchem wir nicht nur die alten Arbeitsweisen und die Geschichte des Hopfenbaus im Oberen Mühlviertel nachvollziehen, sondern hautnah auch den heutigen Einsatz einer Pflückmaschine bei der Hopfen-ernte miterleben konnten. Im Hopfenstüberl konnten wir uns bei einem frischen Trunk Gerstensaft und einer guten Brettjause von den kleinen Anstrengungen dieser zwei Führungen erholen. Wir freuten uns dabei auch über den Besuch von NAbg. Ing. Norbert Kapeller, der jedem von uns sein Buch „Gedenkreisen“ als Geschenk übergab. Herzlichen Dank dafür! – Neben den Geburtstagskindern dürfen wir speziell den „runden“ Geburtstagsjubilaren Aloisia Keplinger und Gertraud Kastner sowie dem Ehepaar Ernst und Gertraud Kastner zur Feier des Goldenen Ehejubiläums herzlich gratulieren und Gesundheit und Gottes Segen wünschen! – Geburtstage: Franz Leitenbauer, 83 J. (8. 10.); Maria Pachner, 52 J. (10. 10.); Walter Wagner, 76 J. (15. 10.); OSR Christl Gierlinger (15. 11.); Aloisia Keplinger, 80 J. (24. 11.); Gertraud Kastner, 70 J. (13. 12.); Josef Jauker, 86 J. (29. 12.). Dr. Fritz Bertlwieser

Bezirksgruppe Freistadt



Einladung zur
ADVENTFEIER
am Montag, 8. Dezember, 14 Uhr,
Gasthof Deim (Familie Jäger), Böhmergasse 8, Freistadt.

Eine besinnliche Stunde soll uns zur Einstimmung auf das kommende Weihnachtsfest in heimatlicher Gesinnung vereinen.

Ein gemütlicher Ausklang mit einer kleinen Bewirtung wird diese vorweihnachtliche Feier abrunden.

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 5. 12. Anton Wagner, 6. 12. Elfriede Sigl, 7. 12. Maria Wagner, 10. 12. Kons. Werner Lehner, 14. 12. Johann Haider, 20. 12. Kons. Sepp Prokschi, 23. 12. Erich Maurer, 23. 12. Alt-Bürgerm. Mag. Dkfm. Josef Mühlbacher, 26. 12. Rosa Neumann, 26. 12. Stefanie Wimmer, 31. 12. OSR Dir. Franz Tunkl. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Helga Kriegl

Arbeitskreis Südmähren

Bis zum Jahresende liegen noch zahlreiche Veranstaltungen vor uns: Sonntag, dem 30. November: Weihnachtsmarkt und Buchausstellung (von 11 bis 16 Uhr) und der Sudetendeutsche Advent (ab 16 Uhr) im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25. – Dienstag, 2. Dezember: „Advent – Nikolo daheim“ – Heimstunde im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Beginn 19.30 Uhr. – Samstag, dem 6. Dezember: Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Beginn 20 Uhr. – Samstag, 13. Dezember: Gedenkmesse für die Gefallenen und Toten des „IR 99 – Znam und Wien“ in der Votivkirche, Wien 9, 16.30 Uhr. – Dienstag, 16. Dezember: Letzte Heimstunde in diesem Jahr – „Südmährische Weihnacht“ im „Haus der Heimat“, 2. OG., Beginn 19.30 Uhr. Bringt bitte Eure Freunde und ein wenig Weihnachtsbäckerei mit. – Vom 21. bis 31. Dezember führen wir auf vielen Friedhöfen in Südmähren wieder die Weihnachtslichtaktion durch. Wenn Du mitmachen willst, dann komme am 2. und 16. Dezember ins „Haus der Heimat“ in Wien.



STEIERMARK

Graz

Novembertreffen der Stadtgruppe Graz. – Im vollbesetzten Raum des Stammlokals „Gösser-Bräu“ konnte der Stadtgruppenobmann Dr. Helge Schwab am 11. November nicht nur Mitglieder und Freunde, sondern auch den Landesobmann Univ.-Prof. Dr. Adalbert Koberg herzlich begrüßen. Der Jahreszeit entsprechend, verlas der Obmann ein Gedicht, sprach über Allerheiligen und Allerseelen, wobei er besonders unserer kürzlich verstorbenen Irmgard Seefried gedachte, und brachte uns auch die Bräuche aus unserer Heimat wieder nahe. Er berichtete von der Kranzniederlegung am Gedenkstein in Bruck, an der Abordnungen aus Bruck, Graz, Leoben und Mürzzuschlag sowie vier Mitglieder der „Zornsteiner“ aus Leoben teilgenommen haben. Dieser Gedenkstein ist das einzige Denkmal der Sudetendeutschen in der Steiermark. Der Landesobmann berichtete sodann über die Gedenkfeier der Zentralberatung der Volksdeutschen am Grazer Zentralfriedhof, bei der der Landesobmann der Donauschwaben DI. Florian Neller, die Ansprache hielt. Berichte aus der Landsmannschaft und von der Ausstellung im „Haus der Heimat“ sowie ein Exkurs über die Republik Deutsch-Österreich, die noch gehofft hatte, die deutschen Gebiete von Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien in ihr Staatsgebiet aufnehmen zu können, ergänzten die Ausführungen. Frau Gerlinde Hirzer erzählte tiefbewegt von ihrem Besuch in ihrer Heimatstadt Mährisch Trübau und wie innig betreut sie sich von der Obfrau des Deutsch-tschechischen Begegnungszentrums Irene Kunc gefühlt habe, die ihr in allen Belangen Tür und Tor geöffnet habe. Ein längeres Beisammensein mit gegenseitiger Aussprache schloß dieses Treffen ab. – Unsere Adventfeier findet am 13. Dezember um 15.00 Uhr im Bürgersaal der „Gösser statt. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Edeltraud Richter



TIROL

Kufstein

Einladung zur

WEIHNACHTSFEIER

am Sonntag, dem 14. Dezember, 15 Uhr, Lanthalerhof (Zirbenstube).

Wieder, wie in jedem Jahr, trägt der Christbaum seine Kerzen. Wieder ist so frohe Zeit in den Häusern und in den Herzen.

Und auch wir – in unserem Kreis – wollen frohe Weihnachtsfeiern, einfach wie wir selber sind, wollen wir das Treffen gestalten.

Melodien und Worte sollen uns genügen, denn wir wünschen uns Freude und Weihnachtsfrieden. Wir freuen uns auf das Wiedersehen!



KÄRNTEN

Bezirksgruppe Villach

Unsere Bezirksgruppe erlitt durch den Tod unseres Vorstandmitgliedes Dorli Thiel einen schweren Verlust. Ihre Beliebtheit wurde durch die zahlreiche Teilnahme am Begräbnis dokumentiert. Aus Anlaß ihres Todes sieht sich die Bezirksgruppe Villach noch nicht in der Lage, die vorgesehene Weihnachtsfeier am 20. Dezember abzuhalten und bittet daher um Verständnis für diese Absage. Stattfinden wird im Geiste unserer Dorli Thiel der monatliche Familiennachmittag am 3. Dezember im Hotel Post um 14.30 Uhr. Auf Eure Teilnahme freut sich der Obmann. Dipl.-Ing. L. Anderwald

DEUTSCHLAND

Nikolsburg – Geislingen

Geburtsstage: 89 Jahre am 5. 12. Mihatsch Johann; 88 Jahre am 22. 12. Ellinger Anna (Linska); am 25. 12. Kobsa Irmgard (Hellmuth); 87 Jahre am 26. 12. Spörl Marie (Göschl); 84 Jahre am 6. 12. Frühwirt Hermine (Nepp); 82 Jahre am 18. 12. Nepp Anton, am 29. 12. Schwarz Marie (Haseiber); 81 Jahre am 18. 12. Zauner Bruno; 80 Jahre am 6. 12. Surger Franz, am 22. 12. Pretsch Maria (Fritsch); 79 Jahre am 1. 12. Kohlschütter Maria (Warbinek), am 7. 12. Fendt Robert, am 11. 12. Gutjelka Ottilie, am 18. 12. Brand Stefanie (Haseiber); 78 Jahre am 21. 12. Swoboda Irma (Topolansky); 77 Jahre am 2. 12. Koller Paula (Eschelbach), am 19. 12.

Hartkorn Otto; 76 Jahre am 17. 12. Lang Johanna (Koller), am 30. 12. Trnka Brunhilde (Cousin); 75 Jahre am 12. 12. Ruthardt Eberhard; 73 Jahre am 27. 12. König Irmgard; 71 Jahre am 27. 12. Salzmann Ingeborg (Hammerlik); 66 Jahre am 22. 12. Grech Günther, am 27. 12. Spazier Inge (Frombach); 60 Jahre am 22. 12. Zapfl Brigitte (Hutmacher); 59 Jahre am 14. 12. Nedoma / Janker Hannelore; 56 Jahre am 9. 12. Spinka Christa; 55 Jahre am 10. 12. Wojatschek Rudolf. Kurt Nedoma

AUS DER ALTEN HEIMAT

Nordmähren – Adlergebirge

Hochkarätiger Besuch im BGZ Mähr. Schönberg. – Mit großer Spannung erwartete ich am Sonntag, 2. November, den Besuch von vierzig deutschen Studenten und Studentinnen, angeführt von ihrem ehemaligen Lehrer und heutigen Bundesvorsitzenden der Ackermann-Gemeinde Adolf Ullmann, die aus dem Landkreis Würzburg angereist kamen, in Begleitung ihrer Professoren. Ahnungslos und mit staunenden Gesichtern betraten die Jugendlichen unser schönes Begegnungszentrum, und es war ihnen anzusehen, wie groß die Überraschung war, das es so etwas „Deutsches“ gibt, hunderte Kilometer von der Staatsgrenze entfernt. Meinen Erfahrungen nach ist der Ablauf ähnlicher Besuche im BGZ meistens mit eilender Ungeduld verbunden, umso mehr an diesem Tag, wo bei herrlichem Sonnenschein der Altvaterturn zu einem Aufstieg verlockend einlud. Diesmal kam es aber anders, und nachdem unsere Gäste im Tagungsraum Platz genommen hatten, wurde das Programm auf eine ganze Stunde festgelegt. Als Hauptthema sollte ich den Jugendlichen über meine sudetendeutsche Lebensgeschichte, angefangen von der Geburt bis zur Gegenwart, berichten, und da war die eine Stunde schnell vorbei, aber von Ungeduld, jetzt zu meiner Überraschung, keine Spur. Es entwickelte sich eine Diskussion, die erst nach einer weiteren Stunde beendet wurde. Aufgefallen war mir während der ganzen Diskussion das rege Interesse einiger Jugendlichen an dem Schicksal der Sudetendeutschen, die für mich erstaunlicherweise nicht ganz unwissend zu verschiedenen Themen, fast fachkundig diskutierten. Offensichtlich überraschte diese Tatsache auch Herrn Ullmann, denn er forderte dann die Jugendlichen auf, die Hände zu heben, wer aus einer Familie mit sudetendeutschen Wurzeln stammt, und es meldeten sich zehn Jugendliche. Es existiert also doch etwas wie eine Nachfolgegeneration, die sich um die Vergangenheit ihrer heute schon Großeltern, wenn nicht Urgroßeltern, interessiert, und es wäre wünschenswert, wenn dies nicht nur in Deutschland der Fall wäre, sondern auch im Umfeld der eigenen Reihen in den Deutschen Verbänden der CR. Walter Sitte

Sudetendeutscher Advent in Wien

Der bei allen überaus beliebte „Sudetendeutsche Advent“ – mit Adventsingen – wird am Sonntag, dem 30. November, im Großen Festsaal im „Haus der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, Erdgeschoß, begangen.

Beginn ist um 16 Uhr – Einlaß erfolgt ab 15.15 Uhr.

Besuchen Sie mit ihrer Familie, mit Bekannten und mit Freunden diese besinnliche Stunde ohne jedweden Kitsch.

Der Eintritt ist frei, Spenden zur Deckung des Aufwandes werden erbeten.

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592. – www.sudetenpost.com

Obmann: **DDR. Alfred Oberwandling**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**, Alle in 4040 Linz, Kreuzstr. 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstr. 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00; Einzelpreis: € 1,85, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at
E-mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Landesgruppe Wien

Erinnerung an die Baustein-Aktion für das „Haus der Heimat“. – Vor mehr als zwölf Jahren wurde das „Haus der Heimat“ (HdH) in Wien von der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich und von uns, der SdJÖ, sowie vom Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften (VLÖ) bezogen. Es ist die Heimstätte für die Altösterreicher deutscher Muttersprache und deren Nachkommen, sowie für all jene, die an diesen Problemen interessiert sind. Viele schöne und interessante Veranstaltungen, Tagungen, Sitzungen usw. fanden dort statt. Etliche Ausstellungen wurden durchgeführt, jungen Studenten und Maturanten konnte mit unserer reichhaltigen Bücherei bei deren Studien geholfen werden und so weiter. Neben den landsmannschaftlichen Treffen wird unser großer Raum auch für Geburtstags- und Familienfeiern – gegen ein kleines Entgelt – genutzt. Es gibt eine gut ausgestattete Küche (mit Kaffeemaschine, Geschirr, Besteck, Geschirrspüler usw.). Dazu braucht man sich nur bei der SdJÖ rechtzeitig anzumelden. Weihnachten steht vor der Tür und tagtäglich erhält man zig Spendenleragscheine. Da sollte man nicht auf die Bausteinaktion für das „Haus der Heimat“ – Sudetendeutsche Landsmannschaft – vergessen. Der Erhalt kostet sehr viel. Die Betriebs-, Heizungs-, Strom-, Reinigungs-, Personal- und Bürokosten usw. bereiten den gewählten Verantwortlichen viel Kopfzerbrechen. Von woher soll das dafür benötigte Geld kommen? Aus diesem Grunde wollen wir Sie – alle Landsleute und Freunde – an die Bausteinaktion erinnern. Hier die Kontonummer: 0034 52570 03, Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich / Bundesverband, bei der BA-CA, BLZ. 11000, Kennwort: „Bausteinaktion“ (bitte angeben). Spenden auch Sie für diese Aktion anlässlich Weihnachten – es geht um unser aller „Haus der Heimat“, werte Landsleute. Denken Sie in diesem Zusammenhang an Schenkungen, an Legate, an testamentarische Verfügungen usw. zum Zwecke des Erhalts und Ausbaus unseres „Häuses der Heimat“. Dafür sei Ihnen schon jetzt gedankt. – 14. / 15. Februar 2009: Schmeisterschaften der Sudetendeutschen Jugend und Landsmannschaft sowie aller Freunde in Lackenhof am Ötscher in Niederösterreich. – 11. bis 18. Juli 2009: Sommerlager für Kinder und junge Leute (von ca. sechs bis 15 Jahre) aus ganz Österreich in Purbach am Neusiedler See im Burgenland. Wir ersuchen, diese Ferienmöglichkeit in die Urlaubsplanung einzubinden – es sollten auch Ihre Kinder bzw. Enkelkinder (und auch deren Freunde sind zum Mitmachen eingeladen) daran teilnehmen. Wäre ein Sommerlagerplatz nicht ein tolles Weihnachtsgeschenk, werte Großeltern – schenken Sie Ihren Enkeln diesmal einen schönen Ferienaufenthalt in Form eines „Gutscheines“, ist das nicht eine gute Idee? Um jedoch alle Landsleute und vor allem Eltern mit entsprechenden Kindern von dieser einmaligen Möglichkeit zu informieren, benötigen wir deren Anschriften. Wir dürfen Sie herzlich ersuchen, uns diese so bald als möglich bekanntzugeben (mit dem Alter der Kinder – so ab vier Jahren aufwärts, für künftige Lager) an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel. und Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at. Besten Dank für Ihre Mühewaltung. Bedenken Sie dabei, daß wir ohne diese Anschriften niemand in Kenntnis setzen können. Zu beiden vorgenannten Veranstaltungen werden ab sofort Teilnehmermeldungen aus ganz Österreich entgegengenommen.

Treffpunkt ist jeden Mittwoch ab 18 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG. – Unsere beliebte Rauhnahtwanderung führte uns wiederum in den Maurer Wald zum Schutzhaus, über die „Drasche Eiche“ zur Wotrubakirche am Georgenberg. Es war eigentlich kein richtiges „Rauhnahtwetter“, die Temperaturen lagen um 6 Grad plus, und es gab nur einige Nebelfetzen. Gott sei Dank blies kein Wind. In etwas mehr als einer Stunde war der Rundgang beendet. Wir gedachten beim sogenannten „Sternhimmel“, einer interessanten Darstellung der Jahreszeiten, der Mond- und Sonnenfinsternisse usw., gleich hinter der Wotrubakirche, der Ausrunderung der Republik Deutsch-Österreich vor neunzig Jahren sowie aller Toten, insbesondere der Vertreibung sowie der beiden Weltkriege. Mit einem kurzen, gemütlichen Beisammensein schloß diese frühnächtlige Wanderung gegen 22 Uhr. Es wäre wünschenswert, wenn im kommenden Jahr mehr Landsleute mitmachen könnten. Der Weg war wirklich nicht beschwerlich und für jedermann leicht zu begehen. Darüber hinaus ist es wirklich sehr reizvoll, in der Dunkelheit ein wenig zu gehen. – Sonntag, 30. November: Weihnachtsmarkt und Buchausstellung sowie der Sudetendeutsche Advent im „Haus der Heimat“. – Samstag, 6. Dezember: Krampuskränzchen der Sudetendeutschen und deren Freunde im Großen Festsaal im Erdgeschoß im „Haus der Heimat“, Beginn 20 Uhr. Dazu laden wir jedermann jeder Generation recht herzlich ein. – Unsere Vorweihnachtliche Stunde wird am Mittwoch, dem 17. Dezember, ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“ / Hoftrakt / 2. OG, abgehalten. Alle jungen Leute, alle ehemaligen Kameraden sind dazu recht herzlich eingeladen. Bringt bitte ein wenig vorweihnachtliche Stimmung, ein Häferl und, wenn möglich, selbstgebackene Weihnachtsbäckerei mit. – Bitte vormerken: 7. Ball der Heimat des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich am Samstag, dem 21. Februar 2009, im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34 bis 36. Die Sudetendeutschen sind 2009 sozusagen die „Hauptverantwortlichen“ für dieses gesellschaftliche Ereignis. Es spielt diesmal eine wirklich ausgezeichnete Tanzkapelle – sie spielt alles, und die Mitternachtseinlage wird von der Schönhengster Trachtengruppe aus Mährisch Trübau gestaltet. Da muß man ganz einfach dabei sein.

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN U. NIEDERÖSTERREICH

Sonderausstellung „Baukunst und Kunsthandwerk“ bis 14. April 2009 im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum.

NOVEMBER

28. 11., von 12 bis 18 Uhr und 29. 11., von 10 bis 18 Uhr: **Vorweihnachtliche Handarbeitsschau** der Siebenbürger Sachsen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, 1. Stock.

29. 11., 17 Uhr: **Illuminierung des Weihnachtsbaumes** der VLÖ im Hof des „Häuses der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25.

30. 11., 11 bis 16 Uhr: **Weihnachtsmarkt** der SdJÖ und 16 Uhr: **Sudetendeutscher Advent** der SdJÖ und SdJÖ, jeweils im „Haus der Heimat“.

DEZEMBER

6. 12., 17 Uhr: **Unser Mann in Prag**. Bericht von Peter Barton im „Haus der Heimat“.

6. 12., 20 Uhr: **Krampuskränzchen** der SdJÖ im „Haus der Heimat“.

SPENDEN-KONTO

Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE“

Redaktionsschluß

Der Redaktionsschluß für die letzte Ausgabe dieses Jahres ist am
Donnerstag, 4. Dezember, 12.00 Uhr.
Folge 24 erscheint dann am 11. Dezember.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00. – Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Wertvoller Sonderdruck

Vor kurzem erhielt ich von der „Sudetenpost“ einen Sonderdruck über „70 Jahre Münchener Abkommen 1938 und das Schicksal der Sudetendeutschen“.

Diesen Druck legte ich vorerst weg, ohne einen Blick in den Inhalt zu tun. Nach einigen Tagen schaute ich mir diesen näher an und siehe, es war sehr, sehr interessant.

Viele, die diese Schrift auch erhalten haben, werden es genauso gemacht haben. Es ist ja auch schwer zu verstehen, was diese Artikel aussagen. Den meisten, auch den Jüngeren der Erlebnissgeneration (Jahrgänge 1938 bis 1945) sagt das Vorgehen der Tschechen in der Zwischenkriegszeit bzw. die Not in dieser Zeit nichts.

Es war eine schwere Zeit. Die Tschechen kamen nicht mit Gewalt und Tyrannei – die Toten bei den diversen friedlichen Demonstrationen sind ein anderes Kapitel. Es gab keine Verhaftungswellen (vorerst) und keine Todesurteile. Sie machten es mit feiner Klinge, es war die Politik der kleinen Schritte.

Als erstes gab es die sogenannte Bodenreform. Dies war der umschriebene Name für die Enteignung und die Zerstörung des deutschen Kapitals. Es wurde dem kommunistischen Rußland nachgemacht. Die Tschechen enteigneten den Grund und Boden nicht ersatzlos, sondern sie stellten einen minimalen Wert fest, der aber erst nach vielen Jahren ausbezahlt werden sollte. Aller Grundbesitz über 150 ha wurde enteignet. Hauptsächlich waren es Gründe von deutschen Eigentümern. Dieser Boden wurde aufgeteilt und an tschechische Bewerber weitergegeben. Zum Beispiel das Fürstentum Liechtenstein verlor dadurch von seinem 170.000 ha Grundbesitz mehr als 100.000 ha. Die Tschechen erreichten damit gleich zwei Ziele. Das deutsche Kapital wurde zum Teil zerschlagen und Tschechen in deutschen Gebieten angesiedelt.

Damit kommen wir gleich zum zweiten Ziel der Tschechen, die Entgermanisierung der Sudetendeutschen. Es gab nun fast in jedem Ort einige tschechische Neusiedler. Die brauchten auch eine tschechische Erziehung. In jedem Ort wurde eine tschechische Schule eingerichtet, auch wenn es dort nur vier bis fünf Kinder von tschechischen Familien gab. Und wenn es eine solche Schule im Ort gab, mußten die Kinder von Deutschen, welche einen öffentlichen Dienst (Bahn, Post, Finanz, Gericht, usw.) hatten oder anstrebten, diese besuchen. Die Deutschen mußten, wenn sie im Staatsdienst standen, eine Sprachprüfung ablegen, sonst wurden sie entlassen oder gar nicht angestellt. Sie bekamen ohnehin nur untergeordnete Planstellen, leitende Posten wurden nur an die Tschechen vergeben.

Der nächste Punkt: Die Arbeitslosigkeit. In Tschechien gab es keine große Wirtschaftskrise wie in Deutschland oder Österreich. Trotzdem gab es eine überaus hohe Arbeitslosenquote bei den Sudetendeutschen. Das Verhältnis der tschechischen Arbeitslosen zu den Deutschen war 1 zu 8. Bei einem arbeitslosen Tschechen waren acht Deutsche arbeitslos. Bei Bewerbungen für eine Arbeit wurden immer wieder die Tschechen bevorzugt.

Ein kleines Beispiel: Die Gemeinde Nikolsburg bekam vom Staat den Auftrag, eine im Ort zu bauende Kaserne vorzufinanzieren. Es wurde den Stadtvätern zugesagt, daß den Auftrag zu diesem Bau südmährische Firmen bekämen. Nach heftigen Debatten im Gemeinderat war die Finanzierung gesichert, aber eine tschechische Firma mit tschechischen Arbeitern errichtete die Kaserne. Die Arbeiter kamen aus dem Gebiet von Brünn und Olmütz.

Eine weitere Schikane: Die Benachteiligung bei den Wahlen, (so nach einem Artikel dieses Heftes). In den tschechischen Wahlkreisen brauchte man für ein Mandat 26.000 Stimmen, in den Wahlkreisen mit deutscher Mehrheit waren 36.000 Stimmen für ein Mandat notwendig. Durch die große Mandatanzahl standen den Deutschen auch Ministerposten zu. Da man die Deutschen nicht ausschließen konnte, wurden sie zu Ministern ohne Portefeuille (ohne Geschäftsbereich) bestellt.

Ich könnte noch einige Beispiele aufzählen, wie die Sudetendeutschen und die Südmährer schikaniert und benachteiligt wurden.

Tribüne der Meinungen

Der Haß der Tschechen auf alles Deutsche war nicht neu. Er begann weder 1945 oder 1938, auch nicht am Ende des Ersten Weltkrieges 1918. Der Haß begann schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Gründung der panslawistischen Bewegung. In dieser Bewegung und dem aufkeimenden Kommunismus wurde der Gedanke zur Zerstörung des Kapitalismus geboren. In den Augen der Tschechen waren die Deutschen die Kapitalisten. Diesen galt es zu zerstören. Bis zum Ersten Weltkrieg sahen sie keine Möglichkeit dazu. Die Tschechen verstanden es, sich im Vielvölkerstaat Österreich viele Vorteile zu verschaffen.

1918, als sie sich zu den Siegermächten zählten, holten sie alles nach, was sie bisher nicht bekommen hatten. Diese Benachteiligungen und Schikanen von einer kleinen Zahl von Politikern schürten den Haß zwischen den beiden Nationen, der sich ins Unerträgliche steigerte und 1945 eskalierte, wobei es zu den menschenunwürdigen Vertreibungen kam.

Dieser Sonderdruck will nur daran erinnern, wie es in der Zwischenkriegszeit war. Für viele sind diese Beiträge etwas Neues. Wenn Sie es lesen, werden Sie der Meinung sein, daß es so etwas gar nicht geben konnte. Es waren keine Greueltaten, aber es waren bzw. es wurden Taten gesetzt, die ein Volk zermürben konnten. Wie man aus diesem Heft ersehen konnte, war Henlein vorerst kein Nazi. Er wollte nur das Volk der Sudetendeutschen erhalten und es gegen die Ungerechtigkeiten der tschechischen Regierung verteidigen. Zu einem verbissenen Nazi haben ihn nur die Medien der Andersdenkenden gemacht.

Darum sage ich allen, lest diese Broschüre, merkt es Euch und vergeßt nie.

Anton Nepp, Wien

Grundfreiheit

Laut Radio Prag vom 18. November hat die EU-Kommission die Mitgliedsländer aufgefordert, ihre Arbeitsmärkte für die Arbeitnehmer aus allen EU-Staaten zu öffnen. Der zuständige EU-Kommissar Vladimir Špidla erklärte, die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt gehöre zu den Grundfreiheiten innerhalb der EU.

Dem EU-Kommissar Špidla ist dabei entgangen, daß diese „Grundfreiheit“ im EU-Staat Tschechien seit 1945 und bis heute unverändert auf wunderliche Weise außer Kraft gesetzt ist. Die im Verein mit den Beneš-Dekreten bis heute geltende Verordnung vom 12. 6. 1945 des Ministeriums für Schulwesen und Aufklärung – „Aberkennung des Studiums und Examen und von akademischen und anderen Graden, erworben an deutschen, ungarischen oder slowakischen Hochschulen nach dem 17. 11. 1939“ – macht daher für Tschechien rein formal die berufliche Freizügigkeit möglich, de facto zugleich aber durch die apriorische Aberkennung beruflicher Qualifikationen, soweit sie in den genannten Staaten ab 1939 und bis heute erworben wurden, unmöglich. Aus Gründen rechtlicher und arbeitsmarktpolitischer Parität müßten Deutschland, Österreich, Ungarn und die Slowakei adäquate berufliche Qualifikationsaberkennungen für tschechische Staatsbürger statuieren.

Die gängige tschechische Argumentation, daß diese Dekrete und Verordnungen heute praktisch obsolet seien, zieht nicht, denn dem Unterzeichner, von Beruf Architekt, wurde vom tschechischen Denkmalschutzamt mangels rationaler Argumente zur Entkräftung seiner gutachtlichen Feststellungen zu einem Lehrbeispiel des in Tschechien verbreiteten systematischen Abwrackens von Bauwerken, die 1945 enteignet wurden und daher Monumente skandalösen Verwahrlosungszustands manifestieren, polemisch abqualifiziert mit der Feststellung, er verstehe nichts von tschechischer Architektur. Freilich: Wenn diese Praxis des systemischen Verfallenslassens Manifestationen tschechischer Architektur und tschechischen Denkmalschutzes sind, dann kann ein an anderen als tschechischen Bildungsanstalten diplomierter Architekt von „tschechischer Architektur“ evidenterweise nichts verstehen. Quo vadis EU?

Hans Kopatsch, D-Mossautal

Die Sudetendeutschen, der HR und Adolf Hitler

Brief an den Hessischen Rundfunk:

Liebe Frau Schapira,
zur notwendigen Ergänzung und Fortsetzung der von Ihnen federführend betreuten und bisher nur zweiteiligen Sendereihe Hitler und die Sudetendeutschen, soll nicht versäumt werden, den HR u. a. auch auf Berichte z. B. über Ereignisse, manche ewig Gestrige sagen zwar noch heute Massaker, von Prerau oder Totzau aufmerksam zu machen. (Weitere einschlägige Berichte zu mehreren Dutzend entsprechender ähnlicher „Ereignisse“ können dem Internet entnommen werden). Danach ist in den Folgen kommender Doku-Soaps gleicher Machart der in den Pilot-sendungen gepflegte neutrale Tendenzjournalismus beizubehalten und auf historische Hintergründe von vor 1938 weiterhin gänzlich zu verzichten. Um das (eigene) transportierte gesicherte Geschichtsverständnis nicht eventuell doch noch hinterfragen zu müssen. So daß auch die die bisherige alleinige Lesart revidierenden jüngeren tschechoslowakischen Aufarbeitungen und Bekenntnisse zu eigenen Verstrickungen und Folgen der nationalistischen Masaryk / Beneš-Politik ebenso vernachlässigt werden können.

Jene auf historisch unbedachte und noch immer nicht vom opportunen Zeitgeist überzeugte Zuschauer gezielten Kommentierungen sind dabei auch künftig, schon im Sinne objektiver Informationspflicht des Verfassungsauftrages öffentlich-rechtlicher Sender und des journalistischen Anspruchs auf Sorgfalt und Ausgewogenheit, nicht zu unterschlagen. Geradezu zwingend erscheint dabei, die folgenden gesicherten historischen Tatsachen auch wieder mit dem schon bisher gezeigten sendungsbewußten Impetus den Zuschauern ins Gedächtnis zu rufen:

... unterdrückte Tschechen / Slowaken haben das unveräußerliche Menschenrecht auf kollektive Rache gegenüber den gesamtheitlich unverbesserlichen sudetendeutschen Nazi-Kollaborateuren, die die ihnen freiwillig gewährte tschechoslowakische Staatszugehörigkeit und die ihnen zugestandenen politischen Teilmitwirkungsrechte nicht dankbar zu schätzen wußten, selbst in die Hand nehmen müssen. Weil wegen des gerechten Volkszorns und des in Schockstarre daniederliegenden tschechoslowakischen Staates eine rechtlich unanfechtbare gegebenenfalls individuelle Schuldmittlung weder zumutbar noch durchführbar war. So konnte sich eine rechtsstaatliche tschechoslowakische Gerichtsbarkeit auch erst im Laufe späterer Jahre etablieren, wie sich dies auch in der einzig völkerrechtlich korrekten Auslegung der Beneš-Dekrete, nämlich der tschechoslowakischen, zu deren fortdauernder Gültigkeit und Anwendung bis in heutige Gerichtsurteile dokumentiert. Selbstverständlich ist dabei im Sinne gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu tolerieren, daß Tschechien seine wiederholten diesbezüglichen Verurteilungen durch den UN-Menschenrechtsausschuß weiterhin einfach ignoriert.

... weil von Gründung der CSR an, die den Sudetendeutschen uneigennützig zugestandenen vielfältigen Privilegien, wie den Verzicht auf die Beteiligung an der mühsamen Erarbeitung einer ausgewogenen Verfassung oder etwa die Gewährung freilanger Freizeit durch zehntausendfache Freistellung vom erschwerlichen täglichen Broterwerb, durch deren unverständliches Beharren auf Gleichberechtigung mißbraucht wurden. Tschechen und Slowaken sind dabei einerseits mit selbstloser Bereitschaft uneigennützig in die Bresche gesprungen und haben andererseits mit großer Risikobereitschaft die bekannt notleidenden Betriebe der Sudetendeutschen unter großen finanziellen Opfern übernommen. Durch diese nachbarschaftliche Solidarität konnte dankenswerter Weise der Beitrag der sudetendeutschen Regionen mit ihren zirka 28 Prozent an der Gesamtbevölkerung von ehemals deutlich über 50 Prozent am Sozialprodukt der CSR auf unter 50 Prozent zum

nachhaltigen Vorteil des Landes (herunter-) stabilisiert werden.

... und daß diese, losgelöst von jedem Wettbewerb und unverständlicherweise durch die Unbedartheit der Konkurrenz auch noch beförderten, somit den Sudetendeutschen unverdientermaßen in den Schoß gefallenen (ökonomischen) Privilegien durch die CSR-Administration abgebaut werden mußten, dürfte jedem einem Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit verpflichteten Leistungsträger einleuchten und war zum befriedenden Interessenausgleich zwischen den Nationalitäten staatspolitisch schlicht unabdingbar.

... weil die Sudetendeutschen die freundschaftlichen tschechischen schulischen Koedukationsangebote mit dem dafür notwendigen Ersatz überfüllter deutscher Schulen durch lernintensive tschechische Kleinstklassen in uneinsichtiger Weise nicht mittragen wollten. Und sie wider jede wissenschaftliche Erkenntnis dieses vorbildliche pädagogische Integrationskonzept nicht unterstützten und zudem noch auf eigenen Unterricht, bei der mehr als ausreichenden tschechischen Staatssprache, in ihrer daher kaum noch erforderlichen Muttersprache beharrten. Wozu es zudem erst noch der volkswirtschaftlich unverhältnismäßigen und kostenintensiven Ausbildung einer nur rudimentär vorhandenen eigenen Lehrerschaft dieser erst jüngst eingesickerten inhomogenen Grenzbevölkerung bedurft hätte.

... und nicht zuletzt, weil die sudetendeutsche Ein-Drittel-Minderheit in ihrer verblendeten Ignoranz den wohlmeinenden landestypischen Schweiß'chen Kunstgriff zu ihren Gunsten nicht erkennen wollte und gegen wesentlich größer dimensionierte sudetendeutsche Wahlkreise opponierte. Obwohl sie doch als Minderheit rein zahlenmäßig überhaupt nicht über genügend (qualifizierte) Bewerber verfügte, die bei ähnlicher Dimensionierung analog der kleineren, zahlreicheren tschechischen Wahlkreise erforderlich gewesen wären.

... daß sich dem schon 1919 von der tschechoslowakischen Führung prophetisch vorausgesagten Massentourismus der Sudetendeutschen 1945 / 46 auch die ungarische Ethnie in der Tschechoslowakei freudig anschloß. Für dieses auch ungarische, von den tschechoslowakischen Behörden ebenso akribisch durchgeführte Massenphänomen, noch plausible Erklärungen zu finden, ist der tschechischen und slowakischen Seite zur rechtfertigenden Begründung allerdings noch etwas Zeit einzuräumen. Wobei die zwingende, vielfach in der veröffentlichten Meinung offenbar unstrittig kausale Logik, (*Sudetendeutsche <gleich> kollektive Nazis <gleich> gerechte kollektive Vertreibungskonsequenz*) auch auf die ehemaligen CSR-Mitbürger ungarischer Nationalität anzuwenden, allerdings noch weniger zutreffend erscheint.

... resümierend muß zudem auch ein semantischer Mindestanspruch gewahrt bleiben. So daß das spontane und unverseht an Leib und Leben erfolgte willkommene Verlassen der Okkupationsheimat durch fürsorgliche Unterstützung der tschechischen Milizen, unter Mitnahme allen Hab und Gutes, sowohl bei gut organisierten Drei-Tages-Trekkingtouren (z. B. ab Brünn) als auch mit eigens zusammengestellten Salonzügen touristisch vorbildlich durchgeführt, nicht als ethnische Säuberung (vulgo: Vertreibung), sondern höchstens als Abschuß (Odsun) zu bezeichnen ist. Zugegebenermaßen allerdings, wie bei vielen wohlmeinenden derartigen Aktionen solcher Größenordnung, nicht ohne bedauerliche geringe Kollateralschäden für einige wenige Sudetendeutsche und Ungarn.

In diesem Sinne, Ihre weiterhin ungebrochene Schaffenskraft befürchtend, verbleibt

Profugus Sudeticus*

(*Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.